# **Thüringer Landtag**

6. Wahlperiode

152. Sitzung

Mittwoch, den 03.07.2019

Erfurt, Plenarsaal

# Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geibert, CDU Blechschmidt, DIE LINKE	5 6, 6, 8, 8, 8
Möller, AfD	6, 7
Wahl eines Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichts- hofs mit Befähigung zum Richteramt Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/7429 -	8
Mühlbauer, SPD Gruhner, CDU	9, 9 9
b) Thüringer Gesetz zur Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/7418 Neufassung	11
ERSTE und ZWEITE BERATUNG	
Becker, SPD	11, 20

Primas, CDU Kummer, DIE LINKE Kießling, AfD	12, 28 16, 29 18, 19, 19
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	24, 24 30
a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum The- ma: "Die Reform der Grund- steuer und ihre Auswirkungen auf Thüringen" Unterrichtung durch die Präsi- dentin des Landtags - Drucksache 6/7405 -	34
Rudy, AfD Kowalleck, CDU Kalich, DIE LINKE Dr. Pidde, SPD Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Taubert, Finanzministerin Kuschel, DIE LINKE Möller, AfD	34 36 37 38 40 41, 43 44, 45 45, 46
b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum The- ma: "Mordfall Lübcke – Rechtsterroristische Netzwer- ke auch in Thüringen bekämp- fen" Unterrichtung durch die Präsi- dentin des Landtags - Drucksache 6/7421 -	46
Marx, SPD Walk, CDU Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Möller, AfD König-Preuss, DIE LINKE Maier, Minister für Inneres und Kommunales	46 48 49 51, 53 53, 54 54 55
c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum The- ma: "Intransparenz von Immo- biliengeschäften der Landesre- gierung in Gera" Unterrichtung durch die Präsi- dentin des Landtags - Drucksache 6/7434 -	55
Kowalleck, CDU	55

Lukasch, DIE LINKE Kießling, AfD Warnecke, SPD Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft	57 59 61 63 64
d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Bundesratsinitiative Thüringens zur Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent auch auf Hygie- neartikel des täglichen Be- darfs" Unterrichtung durch die Präsi- dentin des Landtags - Drucksache 6/7437 -	69
Stange, DIE LINKE Kowalleck, CDU Dr. Pidde, SPD Muhsal, AfD Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie	69, 70 71 72 73 75 77
e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Extre- me Rechte an den Wurzeln packen – Rechtsrock in Thürin- gen konsequent bekämpfen" Unterrichtung durch die Präsi- dentin des Landtags - Drucksache 6/7445 -	79
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Möller, AfD König-Preuss, DIE LINKE Walk, CDU Lehmann, SPD Maier, Minister für Inneres und Kommunales	79 81 83 85 86 88

Beginn: 14.01 Uhr

#### Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Ich begrüße die Vertreter der Landesregierung, unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Zuschauer am Livestream sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Für diese Plenarsitzung hat Abgeordneter Gruhner als Schriftführer neben mir Platz genommen, die Redeliste führt Frau Abgeordnete Mühlbauer.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Lieberknecht, Frau Abgeordnete Scheerschmidt, Herr Abgeordneter Reinholz, Herr Abgeordneter Fiedler und Frau Abgeordnete Rosin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, bevor wir in die Formalien eintreten, gestatten Sie mir einige Worte zu einem Ereignis, dass die Menschen in ganz Deutschland erschüttert hat. Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke vor seinem Wohnhaus heimtückisch ermordet. Der mutmaßliche Täter, ein langjährig gewaltbereiter Rechtsextremist, ist bereits gefasst. Die Bundesanwaltschaft hat die weiteren Ermittlungen übernommen.

Dr. Walter Lübcke war unserem Freistaat Thüringen eng verbunden. Zehn Jahre lang – von 1989 bis 1999 – leitete er die Jugendbildungsstätte in Ohrdruf. Dr. Walter Lübcke war leidenschaftlicher Parlamentarier. Von 1999 bis 2009 gehörte er dem Hessischen Landtag als Abgeordneter der CDU an. Manche von uns kannten ihn persönlich, ich selbst auch.

Dr. Walter Lübcke ist offensichtlich das Opfer politisch motivierter rechtsextremer Gewalt geworden. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang die um sich greifende Verrohung der Sprache, vor allem in den sozialen Netzwerken. Hierzu zählen die Beleidigung und Bedrohung politischer Amts- und Mandatsträger. Dieser beängstigenden Entwicklung müssen wir uns ganz entschieden entgegenstellen.

(Beifall im Hause)

Wir trauern um Dr. Walter Lübcke. In Gedanken sind wir bei seinen Familienangehörigen und seinen Freunden. Ich bitte Sie, sich für eine Schweigeminute und ein Gebet von den Plätzen zu erheben.

Ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, folgender allgemeiner Hinweis: Das Landesarchiv Thüringen und die Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek werden am Mittwoch und am Donnerstag ihr Projekt "Thulex. Thüringen – legislativ & exekutiv" im Foyer des Landtags vorstellen. Ich empfehle Ihnen, dieses zu besichtigen und auch zu benutzen.

Folgende Hinweise zur Tagesordnung: Im Ältestenrat wurde vereinbart, grundsätzlich alle Tagesordnungspunkte in gekürzter Redezeit – 50 Prozent – zu behandeln. Davon ausgenommen sind der Tagesordnungspunkt 14 b auf Verlangen der Fraktion Die Linke, der Tagesordnungspunkt 1 b

auf Verlangen der Fraktion der SPD, der Tagesordnungspunkt 12 auf Verlangen der Fraktion der AfD und der Tagesordnung 3 auf Verlangen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die in einfacher Redezeit verhandelt werden. Nach dem Beschluss des Ältestenrats hatte jede Fraktion die Möglichkeit, jeweils einen Tagesordnungspunkt zu benennen, der in einfacher statt gekürzter Redezeit verhandelt werden soll. Die Fraktion der CDU hat davon abgesehen. Weiterhin wurde vereinbart, die Wahl in Tagesordnungspunkt 37 heute als ersten Punkt aufzurufen, den Tagesordnungspunkt 14 b als zweiten Punkt vor der Aktuellen Stunde.

Die Beschlussempfehlungen haben folgende Drucksachennummern: zu Tagesordnungspunkt 1 a 6/7425, zu Tagesordnungspunkt 1 b 6/7428, Tagesordnungspunkt 5 6/7433, zu Tagesordnungspunkt 8 6/7426 und zu Tagesordnungspunkt 11 6/7427. Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 9 werden die mitberatenden Ausschüsse erst am Mittwoch bzw. am Donnerstag abschließend beraten. Die Beschlussempfehlungen können dadurch erst am Mittwoch bzw. Donnerstag bereitgestellt werden, sodass ich Ihnen vorschlage, die Tagesordnungspunkte 2, 3 und 9 erst am Freitag aufzurufen. Ein Aufruf der Tagesordnungspunkte 2 und 3 setzt eine Fristverkürzung nach § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung voraus. Diese kann mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. Erhebt jemand Widerspruch? Bitte schön, Herr Abgeordneter Geibert.

# **Abgeordneter Geibert, CDU:**

Ja, Frau Präsidentin, vielen Dank. Zum Tagesordnungspunkt 3 ist zwischenzeitlich ein kommunalrelevanter Änderungsantrag der Regierungsfraktionen vorgelegt worden. Die Auswertung der Anhörung dazu konnte nicht in angemessener Frist im zuständigen Fachausschuss behandelt und zur Kenntnis genommen werden. Wir beantragen deshalb, den Tagesordnungspunkt 3 von der Tagesordnung abzusetzen.

#### Präsidentin Diezel:

Ich schaue in das Rund. Wer ist damit einverstanden, dass der Tagesordnungspunkt 3 abgesetzt wird? Den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der AfD, der CDU und der fraktionslose Abgeordnete Rietschel. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Fraktionen der Koalition. Wer enthält sich? Es enthält sich niemand. Damit bleibt der Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung. Gibt es bei den anderen beiden Punkten Beanstandungen, 2 und 9? Nein. Gut, dann können wir so verfahren. Die Gesetzentwürfe der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben folgende Drucksachennummern: Tagesordnungspunkt 14 b 6/7418, Tagesordnungspunkt 15 6/7414, Tagesordnungspunkt 16 6/7415, Tagesordnungspunkt 17 6/7416. Die Tagesordnungspunkte 14 a und 36 werden von der Tagesordnung abgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 18 wird ebenfalls von der Tagesordnung abgesetzt, da er gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 der Geschäftsordnung im Einvernehmen mit den Fraktionen vor der ersten Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft überwiesen wurde. Der Bericht der Landesregierung zu Tagesordnungspunkt 33 hat die Drucksachennummer 6/7413. Die diesbezügliche Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags hat die Drucksachennummer 6/7447. Der Wahlvorschlag zu Tagesordnungspunkt 37 hat die Drucksachennummer 6/7429. Zur Fragestunde, dem Tagesordnungspunkt 38, kommen folgende Mündliche Anfragen hinzu. Es sind die Drucksachen-

nummern 6/7419, 6/7420, 6/7424, 6/7430, 6/7432, 6/7435, 6/7436, 6/7438 und 6/7439. Die Mündliche Anfrage in der Drucksache 6/7386 wurde vom Fragesteller in eine Kleine Anfrage umgewandelt. Zu Tagesordnungspunkt 3 wurde ein Entschließungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke in der Drucksache 6/7417 verteilt. Zu Tagesordnungspunkt 13 wurde eine Neufassung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 6/7401 verteilt. Zu Tagesordnungspunkt 1 b wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 6/7448 verteilt. Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu den Tagesordnungspunkten 23, 25, 26 und 27 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen. Zur Drucksache 6/7418 ist Neufassung verteilt worden, als Hinweis. Gibt es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Bitte schön, Herr Blechschmidt.

# Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Wir hätten zur Änderung der Tagesordnung folgende Vorschläge einzureichen. Erstens, wir würden zu dem Tagesordnungspunkt 14 b zur Problematik der Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst gern die erste und zweite Beratung während der Plenarsitzungen durchführen. Dann haben Sie die entsprechenden Platzierungen nach den Ausschusssitzungen angesprochen. Wir würden für den Freitag vorschlagen, der jetzt schon gesetzte erste Tagesordnungspunkt Vergabegesetz, zweiter Tagesordnungspunkt der TOP 13, das Glücksspielgesetz, der dritte Tagesordnungspunkt der TOP 2, der vierte Tagesordnungspunkt der TOP 3.

## Präsidentin Diezel:

Den dritten Punkt bitte noch mal wiederholen, ich muss mitschreiben.

## **Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:**

Gut: Eins ist das Vergabegesetz, zwei das Glücksspielgesetz, drei wäre Fernwasser, vier Naturschutzrecht, fünf wäre der TOP 9, das Paritätsgesetz, und der sechste Punkt würde dann die zweite Beratung des TOP 14 b sein.

#### Präsidentin Diezel:

Also Punkt 6 wäre die zweite Beratung des TOP 14 b. Gut, dann müssen wir in der Reihenfolge abstimmen. Gibt es weitere Anmerkungen anderer Fraktionen? Bitte schön, Herr Abgeordneter Möller, AfD-Fraktion.

## Abgeordneter Möller, AfD:

Also ich habe den Auftrag meiner Fraktion, die Tagesordnungspunkte 19 und 30, also "Messerfreie Zonen" und "Sicherer Hafen Thüringen", wieder in einem Tagesordnungspunkt zusammenzulegen und beantrage das hiermit.

#### Präsidentin Diezel:

Zusammen beraten, ja? Gut. Dann stimmen wir ab. Also am Freitag als ersten Tagesordnungspunkt das Vergabegesetz. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich jetzt ...

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Das steht schon drauf!)

Das steht schon drauf? Das wundert mich, okay. Wollen Sie es noch mal abgestimmt haben, wenn es schon draufsteht?

(Zuruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nein!)

Nein, gut. - Ich habe es jetzt nicht gehört, Entschuldigung. Wir sehen im Protokoll nach. -

TOP 13 als Zweites. Darüber müssten wir jetzt abstimmen oder haben Sie das auch nur wiederholt? Abstimmen?

(Zuruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ja!)

Okay. Dann stimmen wir ab, ob TOP 13 am Freitag als Zweites auf der Tagesordnung steht. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Ich sehe Zustimmung bei der CDU-Fraktion und bei den Koalitionsfraktionen und Herrn Rietschel. Wer ist dagegen? Dagegen ist niemand. Wer enthält sich? Es enthält sich die AfD-Fraktion.

Als Drittes wollen Sie "Fernwasser". Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. CDU-Fraktion, Koalitionsfraktionen und Herr Abgeordneter Rietschel Zustimmung. Dagegen? Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? Enthaltung der AfD-Fraktion.

Das Naturschutzgesetz als vierten Tagesordnungspunkt: Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist die Koalition. Wer ist dagegen? Dagegen ist die CDU. Wer enthält sich? Es enthält sich die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Rietschel. Damit so bestätigt.

Als Fünftes käme das Paritätsgesetz. Wer dafür ist, als fünften Tagesordnungspunkt am Freitag das Paritätsgesetz aufzurufen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion und die Koalitionsfraktionen. Herr Rietschel war dafür, ja? Gut. Wer ist dagegen? Es ist niemand dagegen. Wer enthält sich? Es enthält sich die AfD-Fraktion.

Und dann wäre als sechster Punkt TOP 14 b aufzurufen.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Die zweite Beratung!)

Zweite Beratung als sechster Punkt. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion und Herr Rietschel. Wer ist dagegen? Niemand ist dagegen. Wer enthält sich? Es enthält sich die AfD-Fraktion. Damit haben wir diese Anträge jetzt abgearbeitet.

Dann gibt es den Antrag der AfD-Fraktion, die beiden Punkte 19 und 30 zusammen zu beraten –

# Abgeordneter Möller, AfD:

29 und 30.

# Präsidentin Diezel:

29 und 30 zusammen zu beraten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das ist die AfD-Fraktion. Wer ist dagegen? Dagegen sind die CDU-Fraktion und die Koalitionsfraktionen und

Herr Abgeordneter Rietschel. Wer enthält sich? Es enthält sich niemand. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Weitere Anmerkungen? Herr Abgeordneter Blechschmidt.

# Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin, ich habe auf meinem Zettel einen Punkt vergessen, und zwar den TOP 17 aufgrund dessen, dass der Ausschuss am Freitag auch vorberaten muss, am Donnerstag auf alle Fälle abzuarbeiten.

#### Präsidentin Diezel:

Sagen Sie es mir noch einmal?

# Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

TOP 17 "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Beauftragten des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur".

#### Präsidentin Diezel:

Auf alle Fälle.

# Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Am Donnerstag.

## **Präsidentin Diezel:**

Ja. Gut. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? Dagegen ist die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Rietschel. Wer enthält sich? Es enthält sich die AfD-Fraktion. Damit ist das bestätigt.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung? Ich sehe keine weiteren mehr. Dann verfahren wir so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 37

Wahl eines Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit Befähigung zum Richteramt

Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/7429 -

mit folgenden Hinweisen: Der Landtag hatte in seiner 25. Sitzung am 10. September 2015, gemäß Artikel 79 Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringens und § 3 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetzes, Herrn Prof. Dr. Hartmut Schwan zum Mitglied des Thüringer

Verfassungsgerichtshofes mit Befähigung zum Richteramt gewählt. Gemäß § 4 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsgerichtshofs sein, wer das 68. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die Vollendung des 68. Lebensjahrs tritt bei Herrn Prof. Dr. Schwan am 3. Oktober 2019 ein, sodass er dann als Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs ausscheidet. Für die Wahl eines neuen Mitglieds des Thüringer Verfassungsgerichtshofs mit Befähigung zum Richteramt mit Wirkung vom 4. Oktober 2019 haben die Fraktionen der CDU, Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen Herrn Dr. Klaus Hinkel, Präsident des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, vorgeschlagen. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 6/7429 vor.

Die Wahl erfolgt in geheimer Wahl ohne Aussprache mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, also mit 61 Stimmen. Dazu wird wie folgt verfahren: Für die Wahl erhält jede bzw. jeder Abgeordnete einen Stimmzettel. Es kann entweder Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt werden.

Als Wahlhelfer berufe ich die Abgeordneten Tischner, Kräuter und Kobelt. Ich eröffne die Wahlhandlung und bitte die Schriftführer, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Bitte schön.

# Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Adams, Dirk; Becker, Dagmar; Berninger, Sabine; Blechschmidt, André; Bühl, Andreas; Dietzel, Birgit; Dittes, Steffen; Emde, Volker; Engel, Kati; Fiedler, Wolfgang; Floßmann, Kristin.

#### Präsidentin Diezel:

Kurze Unterbrechung. Ich will noch bekannt geben, Herr Kräuter ist nicht anwesend, Frau Müller übernimmt als Wahlhelfer die Handlung.

## Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Geibert, Jörg; Gentele, Siegfried; Grob, Manfred; Gruhner, Stefan; Hande, Ronald; Dr. Hartung, Thomas; Harzer, Steffen; Hausold, Dieter; Helmerich, Oskar; Henfling, Madeleine; Henke, Jörg; Hennig-Wellsow, Susanne; Herold, Corinna; Herrgott, Christian; Hey Matthias; Heym, Michael, Höcke, Björn; Holbe, Gudrun; Holzapfel, Elke; Jung, Margit; Kalich, Ralf; Kellner, Jörg; Kießling, Olaf; Kobelt, Roberto; Dr. König, Thadäus; König-Preuss, Katharina; Korschewsky, Knut; Kowalleck, Maik; Kräuter, Rainer; Krumpe, Jens; Kubitzki, Jörg; Kummer, Thilo; Kuschel, Frank; Lehmann, Annette; Lehmann, Diana; Leukefeld, Ina; Lieberknecht, Christine.

# **Abgeordneter Gruhner, CDU:**

Liebetrau, Christina; Lukasch, Ute; Dr. Lukin, Gudrun; Malsch, Marcus; Dr. Martin-Gehl, Iris; Marx, Dorothea; Meißner, Beate; Mitteldorf, Katja; Mohring, Mike; Möller, Stefan; Mühlbauer, Eleonore; Muhsal, Wiebke; Müller, Anja; Müller, Olaf; Pelke, Birgit; Pfefferlein, Babett; Dr. Pidde, Werner; Primas, Egon; Reinholz, Jürgen; Rietschel, Klaus; Rosin, Marion; Rothe-Beinlich, Astrid; Rudy, Thomas; Schaft, Christian; Scheerschmidt, Claudia; Scherer, Manfred; Dr. Scheringer-Wright, Johanna; Schulze, Simone; Skibbe, Diana; Stange, Karola; Tasch, Christina; Taubert, Heike; Thamm,

# (Abg. Gruhner)

Jörg; Tischner, Christian; Prof. Dr. Voigt, Mario; Wagler, Marit; Walk, Raymond; Warnecke, Frank; Wirkner, Herbert; Wolf, Torsten; Worm, Henry; Wucherpfennig, Gerold; Zippel, Christoph.

#### Präsidentin Diezel:

Konnten Sie alle Ihre Stimme abgeben? Gibt es Widerspruch? Ich sehe nicht. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle folgendes Wahlergebnis zur Wahl des Mitglieds mit Befähigung zum Richteramt des Thüringer Verfassungsgerichtshofs fest: abgegebene Stimmen 80, ungültige Stimmen keine, gültige Stimmen 80. Für den Wahlvorschlag der Fraktionen CDU, Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Herr Dr. Klaus Hinkel, stimmten 70 Abgeordnete. Mit Nein stimmten 4 Abgeordnete und 6 Abgeordnete enthielten sich. Damit ist das Quorum von 61 Stimmen erreicht. Ich frage Herrn Dr. Klaus Hinkel: Nehmen Sie die Wahl an?

#### Dr. Hinkel:

Ja, ich nehme sie an.

## Präsidentin Diezel:

Vielen herzlichen Dank! Gratulation!

(Beifall im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach § 5 Thüringer Verfassungsgerichtshofsgesetz ist vorgesehen, dass die gewählten Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofs eine von der Präsidentin des Thüringer Landtags unterzeichnete Ernennungsurkunde erhalten und vor dem Landtag den Eid leisten. Ich bitte dazu das Mitglied mit Befähigung zum Richteramt des Thüringer Verfassungsgerichtshofs, Dr. Klaus Hinkel, nach vorn und die Anwesenden bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

Ich gebe die Ernennungsurkunde aus und verlese Ihnen dann den im Verfassungsgerichtshofsgesetz enthaltenen Text der Eidesformel. Sie können diesen anschließend bekräftigen mit: "ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe" oder "ich schwöre es".

Zuerst die Ernennungsurkunde, die Eidesformel lautet: "Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde!"

## Dr. Hinkel:

Ich schwöre es.

#### Präsidentin Diezel:

Danke schön. Ich gratuliere Ihnen im Namen des gesamten Landtags, wünsche Ihnen immer eine glückliche Hand und alles Gute für den Freistaat Thüringen und Ihren Lebensweg.

(Beifall im Hause)

#### Dr. Hinkel:

Vielen Dank.

## Präsidentin Diezel:

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 14 b**, denn 14 a war abgesetzt. Ich verweise darauf, dass wir hier auch eine Neufassung in der Drucksache verteilt haben.

b) Thüringer Gesetz zur Errichtung der Anstalt öffentlichen
Rechts ThüringenForst
Gesetzentwurf der Fraktionen
DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/7418 Neufassung

•

**ERSTE und ZWEITE BERATUNG** 

Wünscht jemand von den Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen das Wort zur Begründung? Frau Becker. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

## Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es gibt in diesem Hohen Haus Einvernehmen, dass es schlimm um unseren Wald bestellt ist. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Die Fraktionen von Rot-Rot-Grün sind der Meinung, dass wir jetzt schnellstmöglich handeln müssen, um die Anstalt öffentlichen Rechts mit Geld auszustatten, damit sie für ihre hoheitlichen Aufgaben genügend Geld zur Verfügung hat. Deshalb haben wir uns entschlossen – sehr kurzfristig, das stimmt –, noch vor der Sommerpause dieses Gesetz einzubringen, um der Anstalt mehr Geld zu genehmigen. Da nur das Hohe Haus das kann, sind wir dazu gekommen, diesen Gesetzentwurf heute einzubringen.

Es gibt eine Neufassung, weil sich die Schadensereignisse täglich summieren und immer schlimmer werden. Das ist so, darüber brauchen wir nicht zu reden. Wir haben eine große Katastrophe in Thüringen, was unseren Wald betrifft. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen heute beschlossen, die Summen für die Anstalt noch mal hochzusetzen. Deshalb gibt es eine Neufassung. Ich bedanke mich auch bei allen Fraktionen, dass es heute die Möglichkeit gegeben hat, die Summen für 2019, fortwährend für 2020 und dann in den Folgejahren jeweils auf 4 Millionen Euro hochzusetzen. Ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion können das auch mittragen. Ich weiß, dass Ihr Herz auch für den Thüringer Wald und für Thüringen, für das Grüne Herz schlägt.

Ich bitte Sie alle um eine zügige Beratung, damit die Forstanstalt das Geld so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt bekommt, dass sie dann damit arbeiten kann und dass wir wenigstens die größten Schäden – wir werden es nicht endgültig retten können, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten, das wird in der Aussprache sicherlich auch noch mal eine Rolle spielen –, aber dass wir wenigstens alles versuchen, um die größten Schäden von unserem Wald abzuwenden, und die

Anstalt ausstatten, damit sie dazu auch in der Lage ist und auch Personal einstellen kann. Der Gesetzentwurf ist erst mal für die hoheitlichen Aufgaben gedacht. Die nächste Legislatur muss sicherlich auch darüber beraten, die Anstalt neu aufzustellen, die Gebiete der Verteilung noch mal zu überdenken und da auch Geld in die Hand zu nehmen, um andere Leistungen erbringen zu können wie in dem Privatwald. Aber das muss die nächste Legislaturperiode zeigen und da müssen Sie dann Entscheidungen treffen. Aber für diese Zeit – also für heute – bitte ich Sie, den Gesetzentwurf wohlwollend zu beraten und ihn dann auch am Freitag zu beschließen. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Bevor ich die Aussprache eröffne noch der Hinweis: Dieser Tagesordnungspunkt ist auf Verlangen der Fraktion Die Linke in einfacher Redezeit – also normaler, nicht verkürzter Redezeit – zu behandeln.

Ich eröffne die Aussprache und als Erster hat das Wort der Abgeordnete Primas von der CDU-Fraktion.

# **Abgeordneter Primas, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also eben habe ich den Vorabdruck bekommen für dieses Gesetz in Neufassung mit einer Verdopplung der Summen. Das geht ruckzuck.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Genau!)

Erstaunlich, kann ich da nur sagen! Und dann machen wir keine Ausschussüberweisung, sondern wir werden es gleich so beschließen – aber ich sage was dazu.

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der Borkenkäfer wartet nicht!)

Meine Damen und Herren, die Lage im Thüringer Forst ist so dramatisch wie seit 1947 nicht mehr. Darüber haben wir das letzte Mal schon gesprochen. Es handelt sich um eine Katastrophe für die Wälder und die Waldbesitzer im wahrsten Wortsinn. Die langfristigen Schäden für die Wälder sind unabsehbar. Ich denke, es sollte in den letzten Wochen wirklich allen deutlich geworden sein, mit welcher dramatischen Situation wir uns auseinanderzusetzen haben.

Nun sehe ich in diesem Gesetzentwurf nicht die richtigen, die notwendigen Konsequenzen, die in dieser Katastrophe gezogen werden sollten. Wenn man sich diese Situation anschaut, wird auch überdeutlich, welchen Riesenfehler diese Koalition gemacht hat mit ihrer Reduzierung der Finanzzuführungen an ThüringenForst. Die Linkskoalition hat vor einem Jahr mit der Kürzung der Finanzzuführung die Landesforstanstalt sehenden Auges in eine Situation gebracht, in der sie ihre Aufgaben entweder gar nicht mehr oder nicht mehr im bisherigen Umfang erfüllen kann. Das, was uns heute hier vorliegt, ist der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Es ist nicht annähernd das, was erforderlich ist, um dem Ausmaß der Katastrophe gerecht zu werden. Die vorgesehenen zusätzlichen Sonderfinanzzuführungen gehen nicht annähernd weit genug. Es fehlt ein Soforthilfeprogramm für alle Besitzarten. Es fehlt der Rettungsfonds für den Thüringer Wald, es fehlen Hand-

lungsoptionen zur großflächigen Beschleunigung des Waldumbaus und es fehlen Maßnahmen zur Sicherung des Holzabsatzes.

(Beifall CDU)

Es ist einfach nicht damit getan, der Forstanstalt 1 Million Euro zur Verfügung zu stellen, damit sie ein paar Leute einstellt. Wann glauben Sie denn, zu welchem Zeitpunkt der erste neue Bedienstete eingestellt sein wird, wenn erst jetzt, nach Beschlussfassung über den Gesetzentwurf, die Ausschreibungen erfolgen können? Frühestens im Oktober. Jetzt im August, wenn es draußen so richtig losgeht, steht kein einziger zusätzlicher Mann im Wald.

Meine Damen und Herren, längst hätte reagiert werden müssen. Wir sagen es Ihnen seit November vergangenen Jahres. Das, was die Reaktion der Regierenden in Thüringen auf die schlimmste Katastrophe überhaupt sein soll, ist selbst eine Katastrophe.

Meine Damen und Herren, auch das habe ich schon gesagt, das Grüne Herz Deutschlands steht vor dem Infarkt. Es ist ein Skandal, wie wir diesen Notruf überhören und ihn einfach ungehört verhallen lassen.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal zurückkommen: 2016 hat die Forstanstalt angeblich ein paar Grundstücke zu billig verkauft. Die Finanzbeamten waren ganz aufgeregt. Die Ministerin musste ein Gutachten in Auftrag geben lassen. Das hat über 100.000 Euro gekostet, meine Damen und Herren. Das Ergebnis hat nicht das gebracht, was zu erwarten war. Heute: Thüringen-Forst hat ein Vermögen von 1,8 Milliarden Euro. Das ist unser Wald.

## (Beifall SPD)

Ebenso ist der Kommunal- und Privatwald – das ist fast die gleiche Fläche – mit 2 Milliarden Euro anzusetzen. Das Nichthandeln ist nicht nachvollziehbar. Hier findet eine Kapitalvernichtung statt bis hin zum Totalverlust – und das nicht nur im Staatswald. Über 200.000 Waldbesitzer mit ihren Familien sind teilweise existenzbedroht. Jetzt kommen schon die Waldbesitzer mit Tränen in den Augen zu mir nach Hause. Die Kommunen leben vom Wald, deren Haushaltspläne bauen sich auf Einnahmen aus dem Holzverkauf auf. Das Geld kommt aber nicht mehr. Die Weigerung, hier Geld in die Hand zu nehmen, meine Damen und Herren, um dieses Kapital zu sichern, was die Anstalt hat, was die Kommunen haben und die privaten Waldbesitzer, das ist schon ein Stückchen schlimm. Ich sage: Eigentlich ist das Kapitalverlust, mit dem sich irgendwann der Staatsanwalt beschäftigt. Das sage ich Ihnen voraus. Sie vergehen sich an unserem Land.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, es ist nur zwei Wochen her – es ist klar, dass Sie das aufregt –, dass wir, Kollege Kummer, die Frau Ministerin und ich, mit Ihnen über diesen Zustand sprechen konnten. Sie haben den Katastrophenzustand bestätigt und haben auch anschließend beim Sommerfest des Bauernverbandes ganz deutlich darüber gesprochen, wie schlimm das ist und dass Sie jetzt loslegen.

Ja, meine Damen und Herren, Sie sagten: Es ist eine Katastrophe, wir müssen uns dieser Katastrophe stellen. Dann müssen wir sie aber auch ausrufen. Sie geben jetzt der Forstanstalt, meine Damen und Herren der Koalition, einen Bruchteil dessen zurück, was Sie ihr vor einem Jahr entgegen aller Warnungen weggenommen haben.

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist das Vierfache!)

Ich hatte Ihnen, Herr Ministerpräsident, ein Sondervermögen vorgeschlagen oder nennen wir es den Fonds zur Rettung des Thüringer Waldes. Andere machen das so: Bayern macht es, Baden-Württemberg und auch Sachsen. Die Idee war so schlecht nicht, aber ich glaube, sie ist beim Finanzministerium stecken geblieben oder beim grünen Koalitionspartner, meine Damen und Herren, denen ein toter Baum allemal lieber ist als ein gesunder Wirtschaftswald.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Um dumme Sprüche sind Sie heute auch nicht verlegen!)

Fakt ist, diese Landesregierung und diese Koalition lässt unseren Wald schlicht verrecken.

Meine Damen und Herren, auch das letzte Mal habe ich schon deutlich gesagt: Der Bund ist hier nicht außen vor. Auch die müssen bei dieser Katastrophe mithelfen. Ich habe dem Ministerpräsidenten auch gezeigt, dass ich die zuständige Ministerin kontaktiert habe. Dort ist nach meinen neuesten Informationen auch Bewegung, dass da auch die Gedanken deutlicher werden.

Meine Damen und Herren, diese 4 Millionen Euro, die jetzt kommen sollen, das wird uns nicht weit helfen. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich ein jämmerlicher Zustand. Jämmerlich ist auch der Zustand der Koalition. Da ist Tilo Kummer, der die Dramatik verstanden hat, der kriecht auf Knien vom Ministerpräsidenten zur Finanzministerin und vom Fraktionsvorsitzenden zum Fraktionsvorsitzenden und das Ergebnis ist dieses völlig ignorante Gesetz, über das wir reden.

Dabei lagen bereits im November alle Optionen auf dem Tisch. Meine Fraktion hat schon damals ganz konkret vorgeschlagen, was passieren muss. Nehmen Sie die Drucksache 6/6482 vom November 2018. Unsere Kernforderungen waren und sind heute hochaktuell. Das Dramatische daran ist: Nicht eine einzige davon wurde umgesetzt. Fast den gleichen Text wie in dieser Drucksache haben wir in einen Entschließungsantrag zur Finanzplanung übernommen, dem wir hier alle im Landtag einstimmig zugestimmt haben. Aber was hilft es? Wo ist das noch vor drei Wochen gemeinsam geforderte Soforthilfsprogramm für alle Waldbesitzer? Wo sind die Maßnahmen zur Sicherung des Holzabsatzes? Noch mal: Das war im November 2018, was die Fraktion gefordert hat. Stattdessen frisst der Borkenkäfer den Thüringer Wald und die Trockenheit holt jetzt auch noch die Laubbäume.

Meine Damen und Herren, Frau Siegesmund, den Hainich können Sie sich abschminken, den wird es demnächst nicht mehr geben.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Unser Hainich!)

Den wird es nicht mehr geben. Und wer das anzweifelt, wohnt in der Stadt Erfurt und hat nach draußen nichts gesehen. Das sehe ich ja ein. Sie sehen immer nur die Grünflächen im Vorgarten, meine Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau, richtig! Ich komme hier nicht raus!)

Das ist ein Problem, ein echtes Problem. Das Fällen dieser Laubbäume ist nicht so einfach wie bei Fichten, hier braucht es schwere Technik. Und so ein Gerät – davon gibt es in Deutschland nur fünf – kostet 1 Million Euro und wiegt 70 Tonnen. Wenn das durch die Landschaft zieht – Herr Ministerpräsident, wir haben darüber gesprochen –, da wissen wir, wie das aussieht und wie wir mit der Bevölkerung dann auch reden müssen, damit wir diese Problematik hinkriegen, meine Damen und Herren. Aber es ist lebensgefährlich, diese Bäume zu fällen. Es kann nicht manuell passieren.

Meine Damen und Herren, es wird dazu kommen, dass wir ein Betretungsrecht ausrufen müssen. Und es wird dazu kommen, dass die geliebte Jagd auch nicht mehr stattfinden kann, weil das nicht mehr zu rechtfertigen ist, dass die Leute da unter Lebensgefahr in den Wald gehen. All das steht vor uns, glauben Sie es doch nur! Und wenn Sie es wirklich nicht glauben, tun Sie mir doch den Gefallen und gehen wirklich mal raus in den Wald und schauen sich die Laubbäume an. Diese Ideologie, alles mit Mischwald, alles nur Laubholz,

(Zwischenruf Abg. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Das stimmt doch gar nicht!)

das ist die Zukunft, diese Ideologie war falsch und ist falsch. Wir müssen neu denken, da muss die Wissenschaft mitmachen. Mit dem Ministerpräsidenten habe ich es abgesprochen, mit allen anderen auch, wir brauchen das, meine Damen und Herren.

Und wir brauchen nicht nur ein paar Pfennige – oder Cent – für die Forstanstalt, sondern wir brauchen unverzüglich ein Soforthilfeprogramm zur kurzfristigen Schadensbeseitigung, zur großflächigen Beschleunigung des Waldumbaus, zur Sicherung des Holzabsatzes, zur auskömmlichen finanziellen und personellen Ausstattung der Landesforstanstalt. Und wir brauchen Fördermittel für alle Waldbesitzarten.

Wir reden hier von nötigen Finanzmitteln im hohen zweistelligen Millionenbereich. Ich habe einfach mal eine Zahl geschossen und habe gesagt: Wir wissen es nicht, aber das Minimum sind 100 Millionen Euro – nicht in einem Jahr, das werden wir nicht umsetzen können. Wer hier lacht, hat immer noch nicht verstanden, wie schwer die Situation ist. Die Anstalt hat 2018 schon nicht mehr mit Gewinn gearbeitet und rechnet mit schweren Verlusten auch für die nächsten Jahre, weil einfach der Holzabsatz, der Holzmarkt nicht mehr da ist. Wir haben – und das verstehen viele nicht – nicht mehr eine Situation, wo es um Forstbetrieb geht, sondern es geht hier eigentlich nur um eine Forstschutzsituation, meine Damen und Herren. Und Forstschutz – wenn Sie es nicht glauben – ist eine hoheitliche Aufgabe und das Land muss das finanzieren, muss das Geld bereitstellen, einerseits für die Anstalt, die sich um den Staatswald kümmern muss. Andererseits brauchen wir unverzüglich massiv Geld für die Unterstützung der kommunalen und privaten Waldbesitzer.

Meine Damen und Herren, und da komme ich auf die letzten Tage. Wir haben 70 Millionen Euro für Wohnungen in Gera, ich muss das nicht betonen. Für das Geld wird nicht eine einzige Wohnung gebaut, nicht eine einzige Wohnung mehr zur Verfügung gestellt. Das Geld bräuchten wir dringend für den todkranken Thüringer Wald, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen hier die richtigen Prioritäten setzen. Es reicht nicht – das habe ich das letzte Mal auch schon gesagt –, dass die Grünen im Haushalt 400.000 Euro verteilen für naturnahe Waldbewirtschaftung, breite Rückegassen und für das Pferderücken, meine Damen und Herren, was für ein Irrsinn. Wenn das Ihre Prioritäten sind, dann gute Nacht, Grünes Herz Deutschland. Nichts gegen Pferde Rücken, aber wenn das die Antwort der Forstpolitik sein soll für das Grüne Herz Deutschlands, das kurz vor dem Infarkt steht, 400.000 Euro für Rückepferde und 40 Meter breite Gassen, dann gute Nacht. Wer jetzt immer noch glaubt, das Problem löst sich von selbst, wird böse erwachen in einem Thüringen, das wir nicht wiedererkennen, meine Damen und Herren. Danke schön, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, AfD)

#### Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Kummer von der Fraktion Die Linke.

## Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wenn wir an Wald denken, hat jeder, glaube ich, ein etwas anderes Bild vor Augen, wenn er die Augen schließt. Bei mir ist es lichtdurchflutetes Grün. Und wenn man solch eine Erinnerung hat, wenn man im Sommer in den Wald geht, dann weiß man, dass Waldluft feucht, kühl ist, angenehm. Waldinnenklima sagen die Fachleute dazu. Und im Juli duftet es manchmal durchaus schon nach Pilzen.

Ich war gestern draußen, weil ich eine umgestürzte Fichte heimholen musste. Im Moment zerknirschen die Zapfen unter den Füßen, das Moos zerstaubt, obwohl es nass sein müsste. Und als ich den Baum aufgesägt habe: lauter Bohrlöcher des Borkenkäfers darin und die Borkenkäfer wimmelten um mich rum, weil sie noch nach neuer Nahrung gesucht haben. Die Situation ist dramatisch. Und ich sage mal: Nicht jeder kümmert sich um seinen Wald, nicht jeder kann sich um seinen Wald kümmern. Und das ist genau der Grund für den jetzigen Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, und auch noch mal für die Aufstockung des Gesetzentwurfs – Dagmar Becker hat es vorhin schon gesagt –, weil die Dramatik von Tag zu Tag zunimmt.

Aber, Herr Primas, es ist kein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist ein Baustein für eine ganz bestimmte Aufgabe. Es ist ein Baustein, der notwendig wurde, weil es Juristen gibt, die der Meinung sind, dass unser Errichtungsgesetz die Zuführungen an ThüringenForst für hoheitliche Aufgaben abschließend geregelt hat und dass man darüber hinaus, mit einer überplanmäßigen Ausgabe nichts geben dürfte. Das ist der einzige Grund, warum wir solch ein Gesetz brauchen. Das Infrastrukturministerium hatte die überplanmäßige Ausgabe schon vor längerer Zeit angemeldet, um rechtzeitig neue Revierleiter einzustellen und fehlende Revierleiterstellen zu besetzen, um rechtzeitig im forstlichen Forschungs- und Kompetenzzentrum die Fachleute für Waldschutz, für Forstschutz aufzustocken, um rechtzeitig dafür zu sorgen, dass wir mehr Waldarbeiter haben, die rausgehen können, um Käfernester zu finden. Es ist an Rechtsauffassungen gescheitert. Deshalb müssen wir jetzt diesen Gesetzentwurf machen.

# (Abg. Kummer)

Und dieser Gesetzentwurf ermöglicht genau das, was ich sage: Er ermöglicht hoheitliches Handeln von ThüringenForst, also das Entdecken von Forstschutzproblematiken. Dort, wo wir keinen Ansprechpartner haben, muss dann der Staat handeln. Das ist leider bei 50.000 Hektar Wald so, wo wir die Eigentümer nicht kennen, und das ist bei Waldbesitzern so, die aufgrund ihrer finanziellen Situation in einer Lage nicht mehr handeln können, in der ein Holzmarkt nicht mehr existiert – und das wird demnächst auch bei der Buche so sein. Dieses Handeln soll hier auf den Weg gebracht werden. Dafür, denke ich, ist die Summe akzeptabel.

Wir werden Schwierigkeiten haben, auf einem leer gefegten Arbeitsmarkt noch die entsprechenden Fachkräfte zu gewinnen, auch wenn wir dankenswerterweise hier noch Waldarbeiter ausbilden, die wir dann vielleicht nicht nur in diesem Jahr vollständig übernehmen können, wenn sie denn bei ThüringenForst anfangen wollen.

Meine Damen und Herren, das Aufstocken erfolgt auch vor dem Hintergrund der Situation in der Buche. Egon Primas hat es eben angesprochen: Was uns an neuen Zahlen aus der Buche erreicht, ist, dass wir inzwischen so viele Buchen verloren haben, wie normalerweise in einem Jahr in Thüringen nicht eingeschlagen werden. Bisher war es so, dass sich die Waldbesitzer aufgrund des Versagens des Nadelholzmarktes – weil dort europaweit etwa 100 Millionen Kubikmeter Nadelholz rumliegen und auf den Markt drücken – noch über den Bucheneinschlag finanzieren konnten. Als die Welt noch in Ordnung war, als die Preise noch stimmten. Dieser Markt geht jetzt flöten, weil plötzlich innerhalb von 14 Tagen die Jahreseinschlagsmenge im Wald steht und eigentlich raus müsste. Diejenigen, die noch was tun können, noch was versuchen rauszuholen, die werden das versuchen. Die werden versuchen, dieses Holz noch zu vermarkten. Das führt dazu, dass wir dann auch keinen Buchenpreis mehr haben. Und von der Problematik aus werden wir auch hier helfen müssen.

Natürlich ist es so, dass das - wie gesagt - nur ein Baustein ist. Denn wenn wir festgestellt haben, da ist ein Käfernest, und dann kann ein Waldbesitzer nicht ermittelt werden oder ist nicht handlungsfähig, dann muss hier eine Ersatzvornahme durchgeführt werden. Auch das ist erst mal ein bürokratisches Verfahren, das Aufwendungen mit sich bringt. Ich habe auch die Möglichkeiten, Geschäftsbesorger zu bestellen. Das muss ein Landkreis machen. Dafür müssen die in die Lage versetzt werden. Da muss ich aber handeln. Und dieses Handeln, das in der Vergangenheit, soweit ich zurückdenken kann, wenn so was mal war, Geld gebracht hat, was auf ein Sonderkonto eingezahlt werden konnte, wo dann der Besitzer, wenn er sich irgendwann mal gemeldet hat, dieses Geld bekam, dieses Handeln wird heute Geld kosten. Denn das Aufarbeiten des Holzes ist im Regelfall inzwischen teurer, als das Holz am Markt bringt. Diese Lücke zu schließen kann nicht Aufgabe des Errichtungsgesetzes bei der hoheitlichen Zuführung sein. Diese Lücke zu schließen ist Aufgabe einer weiteren Maßnahme, wofür Geld geordnet werden muss. Das kann sicherlich mit überplanmäßigen Ausgaben funktionieren, dann muss so was regelmäßig dem Bedarf angepasst, entsprechend auch in den Gremien des Landtags beraten werden. Besser wäre es natürlich noch, wenn wir eine andere Lösung hätten. Aber wenn man sieht, wie weit wir in dieser Legislatur fortgeschritten sind, ist klar, dass bei all den Regelungen, die an ein demokratisches Gesetzgebungsverfahren gebunden sind, es mit der Zeit verdammt knapp ist.

# (Abg. Kummer)

Herr Primas hat es beschrieben, die Idee von 14 Tagen. Ja, es war in 14 Tagen nicht umsetzbar, einen ausgereiften Gesetzentwurf hier im Landtag zu präsentieren. Wenn es dort jemanden gibt, der einen hat, sind wir sicherlich dankbar dafür. Aber es muss auch das Verfahren funktionieren. Vorhin hat es einen Protest gegeben von Ihrer Fraktion zum Verfahren im Naturschutzgesetz. Wir haben sicherlich in Anbetracht der Fülle der Dinge, die noch vor uns liegen, verdammt wenig Zeit für ein ruhiges, langsames, gesittetes Gesetzgebungsverfahren. Das ist der Punkt, wo ich hoffe, dass wir in Anbetracht der Sache in den nächsten Wochen noch gemeinsam um Lösungen ringen werden. Wir brauchen sie dringend. Wir brauchen dringend die Unterstützung derer, die im Sinne der Walderhaltung unterwegs sind und sich sicherlich ein Stück weit allein gelassen fühlen, die in die Lage versetzt werden müssen, zu handeln, was sie im Moment aufgrund der fehlenden Einnahmen aus ihrem Handeln eben nicht mehr sind.

Meine Damen und Herren, von der Warte her bitte ich um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Wir haben ja die zweite Lesung in diesem Plenum heute beschlossen. Da bin ich erst mal dankbar dafür, dass das auch so einhellig ging. Ich denke, es ist der richtige Weg, um bei ThüringenForst die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, Personal einzustellen, Leute zu gewinnen, die im Sinne des Forstschutzes rausgehen in die Wälder, alle 14 Tage gucken, wo die Käfernester sind, um dann die Informationsflüsse wenigstens zu organisieren, wo gehandelt werden muss. Und ich hoffe – wie gesagt –, dass wir Lösungen für das Handeln auch noch hinbekommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Abgeordnete Kießling.

# Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, auch wenn wir die im Gesetzentwurf festgesetzten Beträge für den sprichwörtlichen "Tropfen auf den heißen Stein" halten, so sind wir doch dafür, dass hier schnell und unbürokratisch ThüringenForst und auch unseren Wäldern geholfen werden muss und in dem Falle auch geholfen werden soll. Schließlich wird die AfD von den Bürgern dieses Freistaats nicht für parteitaktische Spielchen in den Landtag gewählt, sondern um zum Wohl des Landes und damit auch zum Wohl unseres Grünen Herzens, des Thüringer Waldes, Politik zu betreiben. Und unser Grünes Herz ist angeschlagen, sehr angeschlagen - Herr Primas hat es hier schon genügend ausgeführt. Doch lassen Sie mich eines darstellen, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen: Im November 2017 brachte die rot-rot-grüne Landesregierung das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" hier in den Thüringer Landtag ein. In diesem damals mit rot-rot-grüner Mehrheit beschlossenen Gesetz und entgegen der warnenden Worte so gut wie aller angehörten Verbände und unserer AfD-Fraktion haben Sie festgelegt, dass die Finanzzuführung vom Land an die Landesforstanstalt von knapp über 30 Millionen Euro im Jahr 2018 auf lediglich 24,3 Millionen Euro im Jahr 2025 schrumpfen solle trotz steigender Aufgaben, die Sie immer wieder an ThüringenForst übermitteln. In den Haushaltsverhandlungen habe ich immer wieder auf diese Misere hingewiesen. Nicht zuletzt wurde auch durch den Gesamt-

# (Abg. Kießling)

personalrat von ThüringenForst in der 2. Gehrener Erklärung eindringlich vor den unter anderem jetzt eingetretenen Folgen gewarnt. In der 2. Gehrener Erklärung weist der Gesamtpersonalrat auf die dramatische Situation aufgrund der Sturmschadenereignisse, des trockenen Sommers und der Borkenkäferproblematik im Jahr 2018 in Verbindung mit einem jährlich sinkenden Finanzmittelzuführungsbetrag und den damit einhergehenden Personalabbau hin. Sowohl die Arbeitsmittel- als auch die Arbeitskräftekapazitäten sind angespannt und nicht auf derartige Schadensereignisse dauerhaft ausgerichtet. Doch was sagte noch am 02.11.2017 unser geschätzter Kollege Tilo Kummer – das meine ich jetzt wirklich so – in seiner Rede zu ThüringenForst? Zitat: "Im Einzelplan des Haushalts des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz für das Jahr 2013/2014 ist auf Seite 10 der implizierte Stellenabbau durch Rückführung der Zuschüsse der Anstalt öffentlichen Rechts "ThüringenForst" ab dem Jahr 2019 in Höhe von 148 Stellen benannt worden. Die heutige Landesregierung setzt das um." Ja, Rot-Rot-Grün ist für den Abbau und Raubbau und somit für die allgemein prekäre Situation verantwortlich.

#### Präsidentin Diezel:

Herr Redner, lassen Sie mich bitte unterbrechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Ich bitte Sie, die Plakate einzurollen, sich hinzusetzen und die Aufmerksamkeit dem Redner zu schenken. Es ist nach § 6 und § 4 der Hausordnung zu unterlassen sowie die Verhandlung und die Beratung hier im Haus nicht zu beeinträchtigen. Bitte rollen Sie Ihre Plakate ein, setzen Sie sich hin und verfolgen Sie in Ruhe und angemessen gekleidet die Beratung!

(Beifall DIE LINKE)

## Abgeordneter Kießling, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

## Präsidentin Diezel:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Bitte setzten Sie sich hin, kleiden Sie sich diesem Haus und der Würde dieses Hauses angemessen. Bei allen Anliegen, die aus Ihrer Sicht nachzuvollziehen sind, bitte ich Sie trotzdem, diesem Haus die entsprechende Würde gedeihen zu lassen und die Redner ausreden zu lassen.

## Abgeordneter Kießling, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. "Sagt die Wahrheit" – ein Spruch auf dem Plakat, das ist richtig. Ich würde den Herren und Damen da oben auch empfehlen, sich mal mit der wirklichen Wahrheit zu beschäftigen und mal zu gucken, was ist Klima, wo kommt der Klimawandel wirklich her. Aber das dazu.

Auch wenn der Borkenkäfer Parteien und Politik nicht interessiert, so muss man doch feststellen, das Rot-Rot-Grün an den jetzigen Missständen bei ThüringenForst nicht ganz unschuldig ist. Wie schlimm es aussieht, ist in den Antworten meiner Kleinen Anfragen vom 18. Februar dieses Jahres in den Drucksachen 6/7054 und 6/7055 nachzulesen. Es freut mich, wenn meine Kleinen Anfragen

# (Abg. Kießling)

die Regierungsfraktionen nun endlich munter gemacht haben. Deshalb fordere ich als umweltpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion und Mitglied im Beirat der Landesforstanstalt, jegliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Landesforstanstalt dauerhaft zu entlasten. Hierbei sind insbesondere eine Erhöhung der Finanzzuführung vom Land und eine Eindämmung des Personalabbaus ins Auge zu fassen. Ebenso sind Ideologieprojekte wie die Einrichtung von Urwäldern und Errichtung von Windrändern im Wald entsprechend zu stoppen, auch um den Wald als solchen zu erhalten. Ein Urwald sichert Schädlingen Rückzugsorte und durch den Windenergieausbau im Wald werden zusätzlich Schneisen in den Wald geschlagen und so Angriffsflächen für den nächsten Sturm geboten. Von anderen Schäden einmal ganz abgesehen, wie zum Beispiel für die Bodenhydrologie und die ganzen anderen Bodenbewohner, auch die ganzen Vögel, Fledermäuse etc., die Sie mit den Windrädern im Wald schreddern wollen.

Doch genug der Worte, lassen sie uns handeln! Hätten wir nicht die erste und zweite Beratung beschlossen, hätte ich gesagt, wir überweisen das Thema jetzt in die entsprechenden Ausschüsse. Ich freue mich natürlich, wenn wir das am Freitag entsprechend durchwinken können, denn ThüringenForst und auch unser Wald, unser Grünes Herz hat keine Zeit mehr, um hier Hilfe zu erhalten. Dennoch wäre ich dafür, das Thema in den Ausschüssen, im Forstausschuss, wie auch im Umweltausschuss, wieder mal auf die Tagesordnung zu rufen, denn das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

## Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Becker.

# Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, vielleicht haben wir Fehler gemacht. Ja, vielleicht war der Abbaupfad der Forstanstalt nicht das Richtige. Aber das haben wir 2017 in diesem Ausmaß auch wirklich nicht wissen können. Der Abbaupfad der Forstanstalt ist nicht von dieser Regierung beschlossen worden, sondern von CDU und SPD.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man auch der Wahrheit entsprechend sagen. Wir haben ...

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Mit der SPD!)

Die SPD war dabei, ja. Ich sage ja, es war vielleicht ein Fehler. Es ist doch alles gut. Das gebe ich doch gern zu. Man muss auch zu etwas stehen, aber der Forst hat wirklich immer in diesem Land eine Vorreiterrolle gespielt, um das Personal abzubauen. Das war schon so, bevor es eine Anstalt war. Sie haben ordentlich ihre Aufgaben erfüllt und gesagt: Gut, das Land Thüringen muss sparen und da gehen wir voran. Wir haben die Reviere vergrößert, die Forstämter verringert. Das ist alles wahr. Das ist keine Frage und es war sicherlich auch teilweise richtig, was da passiert ist. Es konnte in der Größe nicht weiter bestehen. 2018 hatten wir ein Jahr – was es noch nie gab –, wo wir im April noch Wasserstand hatten, wo der Wald auch gut durchgekommen wäre, aber dann gab es

keinen Niederschlag mehr, dann gab es wirklich Veränderungen und ein Hitzejahr, was nicht absehbar war. Herr Kießling, Sie brauchen mir da gar nicht zu kommen. Wer Klimaveränderungen verleugnet, braucht nicht zu kommen, dass wir da irgendetwas falsch machen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Dann hören Sie meiner Rede mal richtig zu! Klimaveränderungen gab es schon immer, das leugnen wir auch nicht, nur, ob die Menschen zu 100 Prozent schuld sind!)

Doch, dann lesen Sie mal Ihre Partei... Gut, alles klar. Wir hatten 2018 ein Jahr, was nicht im Voraus absehbar war. 2019 haben viele noch gehofft, es sollte nicht ganz so heiß werden wie 2018 und vielleicht kommt es zu Niederschlägen. Es kam auch zu mehr Niederschlägen, aber die haben nicht ausgereicht. Der Wald steht unter einem Zustand im Moment, es gibt kein Wasser für die Wälder und das ist das Bedrohendste im Moment für die Wälder. Dadurch, dass es so heiß ist, Bäume angeschlagen sind, haben es der Borkenkäfer, der Eichenprozessionsspinner, der Schwammspinner leicht, weil es keinen Regen gab, weil der Wald dort verdurstet. Das ist das Problem, was wir haben. Da können Sie uns 2017 vorwerfen wie Sie wollen, wir haben das umgesetzt, was angedacht war.

## (Beifall DIE LINKE)

In dem Moment haben wir gedacht, wir tun das Richtige, jetzt müssen wir gegensteuern. Das ist vollkommen klar. Der Wald ist in einem Zustand, wo nicht mehr darüber nachzudenken ist. Wir müssen keinen Abbaupfad weiter betreiben, sondern müssen Aufbaupfade betreiben, so schnell wie möglich. Das ist auch schon gesagt worden. Dieses Umdenken basiert in Thüringen auf einer Basis, die vorhanden ist. Wir haben eine Anstalt öffentlichen Rechts und wir haben das Gemeinschaftsforstamt. Viele Bundesländer trauern dem hinterher, dass sie das abgeschafft haben. Das muss man einfach sagen. Nicht, dass ich das schön reden will. Dem Wald geht es schlecht, aber die Struktur bei uns ist vorhanden. Mit der aufzubauenden Struktur kann weitergehend etwas erreicht werden für den Wald. Das müssen wir als Grundlage nehmen. Deshalb sagen wir auch, wir geben jetzt dieses Geld in die Forstanstalt, um die Struktur in der Forstanstalt zu stärken und damit auch allen anderen Waldbesitzern - auch den Kommunalwaldbesitzern und auch den Privatleihbesitzern und dem Waldbesitzerverband – entgegenzukommen, dass die Forstanstalt so stark wird, dass sie noch mehr Aufgaben übernehmen kann und forstwirtschaftlich da reingehen kann in den Privatwald und auch in den Kommunalwald. Das wird schwer genug, Herr Primas hat es angedeutet. Kräfte sind wenig vorhanden. Das muss man so sagen. Der Markt ist leer. Sachsen hat im Dezember 2018 reagiert und so ungefähr 40 Millionen Euro in die Hand genommen, um entgegenzuwirken. Das muss man sagen, aber es ist nicht so, dass das Land Thüringen nichts getan hätte. Das Ministerium war immer im Gespräch mit dem Waldbesitzerverband. Mit allen Betroffenen hat er auch ihre Pläne und hochgesetzte Gelder genommen, um da etwas auszugleichen, aber das wird nicht reichen. Es wird nicht reichen. Ich sage der neue Thüringer Landtag, der im Oktober 2019 gewählt wird, muss sich neu aufstellen, was den Waldbesitz betrifft. Unsere Kinder und Enkelkinder werden den Wald, so wie er heute da ist, nicht mehr erleben. Davon gehe ich aus. Lieber Egon Primas, der Hainich gehört nicht Frau Siegesmund. Auf diesen Hainich können wir alle stolz sein und wir können uns alle darüber freuen, was die Entwicklung gebracht hat.

# (Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab Widerstand gegen den Nationalpark, aber der Nationalpark war ein Tourismusmagnet mit seinem Baumkronenpfad. Der wird sterben. Die Buchen im Hainich sterben ab. Es wird ein anderer Hainich in 20 Jahren da sein als jetzt. Darüber brauchen wir nicht zu reden, das ist schlimm genug. Das wird touristisch vielleicht nicht so gut sein für Thüringen, wenn das passiert, deshalb müssen wir ... Wir können im Hainich nicht dagegenwirken, dafür haben wir gesorgt, da greift der Mensch nicht ein. Da werden die nächsten Generationen erleben, was passiert, wenn die Buche vertrocknet.

Aber wir müssen in unserem Staatswald und in den anderen Wäldern und auch bei der Fichte entgegenwirken. Wir müssen versuchen zu retten, was zu retten ist. Das ist unsere Pflicht und das ist unsere Aufgabe. Und das geht wirklich, weil Ihr Kollege gefragt hat, über alle Grenzen hinweg. Da geht es um den Kommunalwald, da geht es um den kleinen Privatwald und da geht es um den Staatswald. Wir müssen die Aufgaben für alle übernehmen, weil die es nicht leisten können. Und es geht uns auch nicht um einen finanziellen Ausgleich, weil Waldbesitzer jetzt Verluste fahren. Das ist schlimm genug und das ist nicht gut. Aber wir müssen Ihnen die Kraft geben, trotzdem Waldwirtschaft weiter zu betreiben und auch eine Aufforstung wieder ins Auge zu fassen.

## (Beifall DIE LINKE)

Das können sie ja nicht. Durch die hohen Verluste, die sie jetzt einfahren, sind die Privatwaldbesitzer nicht in der Lage, wieder aufzuforsten oder Forstwirtschaft zu betreiben. Und da müssen wir eine Regelung finden, dass das Land Thüringen Geld in die Hand nimmt, um es so zu gestalten, dass auch die Waldbesitzer wieder in die Lage versetzt werden, eigene Waldwirtschaft zu betreiben. Das ist ganz, ganz wichtig. Es kann da keiner alleingelassen werden. Wir müssen alle mitnehmen und das wichtigste und höchste Gut für unseren Wald ist dabei die Forstanstalt.

## (Beifall SPD)

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir es noch mal geschafft haben, von dem ersten Ansatz jetzt auf 4 Millionen Euro zu gehen.

# (Beifall DIE LINKE)

Ich sage auch, es wird wahrscheinlich nicht reichen. Aber es ist das, was erst mal machbar ist und es wird für Birgit Keller bestimmt schwer genug, gemeinsam mit der Forstanstalt diese 4 Millionen Euro jetzt erst mal auszugeben. Also das ist eine Sache, wo wir sicherlich gemeinsam dann Lösungen finden müssen, dass wir Menschen finden, die für uns, für die Forstanstalt arbeiten und unseren Wald retten wollen.

Aber, auch das will ich sagen, es kann dazu kommen, dass wir Teile unseres Waldes vor der Betretung schützen müssen, dass wir Menschen nicht mehr in den Wald gehen lassen können, weil die Gefahr so groß ist. Wenn die Buchenkronen absterben – die fangen oben an abzusterben –, dann ist die Gefahr so hoch, dass die Äste runterfallen und wir Betretungsverbote aussprechen müssen, und das kommt auf uns zu. Da würde ich alle bitten, damit keine Polemik zu machen, sondern den Menschen zu erklären, dass das notwendig ist zu ihrem Schutz. Weil wir schützen die Menschen und auch die Touristen, und das wird schwere Folgen für das Land Thüringen haben.

Aber wir werden es tun müssen. Wir haben am Anfang geglaubt, der Borkenkäfer frisst unsere Fichte. Jetzt verdorrt unsere Buche und die Eiche ist auch ziemlich krank. Also wir haben Riesenprobleme in Thüringen.

Und da bin ich ein bisschen traurig, lieber Egon Primas, dass du so aggressiv reagierst, dass die Landesregierung nichts getan hat. Das stimmt ja nicht. Wir haben schon versucht, Lösungen zu finden, nur sind die Schadensfälle von Woche zu Woche, von Monat zu Monat ernster geworden. Es geht so schnell. Jetzt die Hitze gibt ja noch mal so einen Schub, dass es noch schlimmer wird. Und spätestens, als wir im April in Schleiz und in Wasungen waren, wussten wir doch alle vom Ausschuss, was passiert und was notwendig ist. Also würde ich mal sagen, da hast du als Ausschussvorsitzender auch mit Anteil daran, dass wir die Exkursion gemacht haben. Und wir wissen spätestens seitdem, was hier passiert und was auf uns zukommt und dass wir handeln müssen. Das ist doch keine Frage.

Und der Landwirtschaftsausschuss hat sich auch immer dadurch ausgezeichnet, dass wir gemeinsam handeln, ob bei der Landwirtschaft – auch wenn es immer so gesagt wird, als ob die Grünen da nicht mitmachen, das stimmt ja nicht. Wir haben gemeinsame Beschlüsse auch im Landwirtschaftsbereich und wir stehen gemeinsam zu unserem Thüringer Wald. Und nur, wenn wir gemeinsam

# (Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das tun, was diesem Wald guttut, wenn wir alle mitnehmen, den Waldbesitzerverband, den Kommunalwald – ich denke da an Herrn Weigand, der ja auch schon vor Wochen, Monaten darauf hingewiesen hat, was auf uns zukommt –, und wir gemeinsam Lösungen suchen – und da müssen wir auch eine Lösung suchen, wie wir Geld in die Hand nehmen, um die Waldbesitzer zu unterstützen. Aber dieses Sondervermögen war es nicht. Das geht nicht. Wir müssen da – wie auch immer wir es nennen – etwas finden, um die Waldbesitzer zu unterstützen und es aber auch nicht so mit der Gießkanne ausschütten, das nützt auch nichts.

Es muss sinnvoll ankommen. Wir sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen – das hat der Ministerpräsident auch gesagt –, und wir werden Geld in die Hand nehmen, um den Thüringer Wald und das Grüne Herz Thüringens zu schützen. Aber es wird nicht einfach, es wird sich verändern und es wird große Schadensfälle geben – und wir sind alle angehalten, die Menschen aufzuklären, warum das so ist: Dass nicht die Politik Schuld daran ist, dass es in Thüringen nicht regnet, sondern dass es Voraussetzungen gibt, die wir leider nicht ändern können.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Die SPD!)

Ja, die SPD ist an allem Schuld. Das macht sich ja im Moment sowieso gut. Das steht außer Frage. Darüber brauchen wir nicht reden.

Aber wir müssen zusammenhalten und wir müssen den Menschen wirklich erklären, warum das jetzt so ist. Da müssen wir der Ministerin zur Seite stehen und sagen: warum, weshalb, wieso. Der Hainich zeigt ja: Es macht an Schutzgebieten keinen Halt. Diese Trockenheit, dieses Absterben, der Borkenkäfer – es macht nirgends Halt.

Deshalb bitte ich uns alle zusammenzustehen. Der Gesetzentwurf ist ein Anfang, wir sehen das als guten Schritt. Ich bitte auch die CDU, dem zuzustimmen. Und dann müssen wir sehen, wie es weitergeht. Sicherlich werden wir bis Oktober noch öfters hier am Pult stehen und über unser schönes grünes Herz sprechen müssen, weil es nicht mehr sehr schön ist. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsidentin Diezel:

Dankeschön, Frau Abgeordnete. Das Wort hat jetzt Abgeordneter Kobelt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

# Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede erst mal Dank sagen. Ich möchte mich bei denjenigen bedanken, die jetzt im Wald stehen, die Schäden aufarbeiten, die teilweise unter Einsatz ihrer Gesundheit im Wald dafür sorgen, dass das Schadholz entfernt wird.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank an die Waldarbeiter, die Förster, aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, an die Naturschützer, die sich auch für den Wald einsetzen. Und ja, auch wenn die Form vielleicht nicht dem Hause entsprochen hat: Aber ich sage auch Dank an die jungen Menschen von "Fridays for Future", die mit ihren Aktionen auf den Missstand aufmerksam machen, dass auch der Wald vom Klimawandel gefährdet ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gehört auch zur Wahrheit dazu, wenn wir uns fragen, wie der Wald in solch einen Zustand gekommen ist: Der ist natürlich in den Zustand gekommen, weil es über 20, 30 Jahre eine totale Ignoranz gegenüber Umweltzerstörung gegeben hat.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: So ein Schwachsinn! Die Bäume, die jetzt umfallen, sind über 100 Jahre alt!)

(Unruhe im Haus)

## **Präsidentin Diezel:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte lassen Sie den Redner weitersprechen. Jeder hat noch Zeit, hier zu sprechen. Bitte schön, Herr Kobelt.

# Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie kennen das ja vielleicht von der Jagd: Wenn jemand angeschossen ist, dann wird er laut und schreit. Aber lassen Sie mich versuchen, Ihre – ich sage mal positiv betrachtet – Anregungen auch aufzunehmen und das noch mal zu erläutern.

Sie können nicht verhehlen, Herr Primas, dass das Motto der Waldbewirtschaftung oder des Umgangs mit dem Wald in genau Ihrer Regierungszeit und in den letzten 20 Jahren war: Waldbewirt-

# (Abg. Kobelt)

schaftung gibt vor, Wirtschaft gibt vor, wie der Wald zu funktionieren hat. Genau das Motto müssen wir herumdrehen: Der Wald wird zunehmend vorgeben, was an Wirtschaft überhaupt noch möglich ist. Und das haben Sie nicht erkannt, Herr Primas, und das werden Sie auch nicht mehr erkennen.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Gehen Sie mal in den Wald!)

Ich habe genau zugehört, was Sie versucht haben, hier an Fakten darzustellen. Als Erstes haben Sie gesagt: In dem Gesetzentwurf, den wir jetzt mit 4 Millionen Euro Erhöhung jedes Jahr vorgeschlagen haben, wäre nur ein Bruchteil von dem, was ThüringenForst reduziert wurde. Jetzt stellen wir mal die Fakten gegenüber: Ja, es wurde gekürzt. Das war auch zu dem Zeitpunkt noch nicht so absehbar und es muss auch gegengesteuert werden, keine Frage. Aber dass Sie hier die Fakten verdrehen und sich Ihre eigene Zahlenwahrheit machen, das kann ich nicht so stehen lassen. Deswegen schauen wir uns die Zahlen mal an: In dem Gesetz, in dem es um die Reduzierung ging, ging es 2019 um 500.000 Euro. Jetzt kommt eine Erhöhung um 4 Millionen Euro. 2020 gibt es eine Kürzung um weitere 400.000 Euro, jetzt in dem Gesetz eine Erhöhung von 4 Millionen Euro. Entweder wussten Sie es nicht, Herr Primas, da Sie sich nicht damit beschäftigt haben, aber das Fünfbis Zehnfache von dem, was gekürzt wurde, wird jetzt erhöht. Sie haben genau das Gegenteil behauptet. Sie haben gesagt: Wir hätten ein Vielfaches von dem gekürzt, was jetzt erhöht wird. Ich finde, das kann man in so einer Debatte nicht machen, wo es Ihnen angeblich um Einigkeit oder um Klarheit geht, hier solche Lügen zu verbreiten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Nächstes haben Sie gesagt – und das ist ja auch bei solchen populistischen Äußerungen oft üblich, dass man Sachzusammenhänge miteinander verknüpft und das auch den Haushalt betreffend ausführt –: Wir können doch jetzt das Wohnungsbauvermögen nehmen und können Gelder, die aus dem Wohnungsbauvermögen sind, zur Waldrettung einsetzen. Entweder wissen Sie das auch nicht oder Sie setzen es bewusst ein. Dann würde ich Ihnen empfehlen, mit Ihrer Fraktion mal zu sprechen. Herr Mohring wird es Ihnen vielleicht sagen, dass ein Wohnungsbauvermögen zweckgebunden für den Wohnungsbau ist und man das nicht zur Waldrettung nehmen kann.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Die Tiere wohnen doch im Wald!)

Und wenn Sie solche Verknüpfungen herstellen, dann ist das leider, muss man sagen, wirklich nicht sachdienlich, sondern populistisch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen gern noch mal erläutern, was ich eingangs gesagt habe, dass der Umgang mit dem Wald in den letzten Jahren ein Fehler war und dass der Wald hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wurde. Woher kommt es denn, dass die Waldschäden entstanden sind? Das hat natürlich mit dem Klimawandel zu tun. Wir hatten den heißesten Juni, seit es überhaupt dokumentiert und aufgezeichnet wird. Das können Sie von der CDU nicht leugnen, das können Sie von der AfD auch nicht leugnen, dass es da einen immanenten Zusammenhang gibt, und diese Trockenheit sorgt kurzfristig für die Schäden. Aber die langfristigen Schäden deuten sich schon länger an. Das kommt durch den Verkehr, durch die Emissionen. Wir haben zum Beispiel durch den Stickstoffeintrag ein viel zu schnelles

# (Abg. Kobelt)

Wachstum der Bäume und die anderen Elemente wie Magnesium können deshalb gar nicht aufgenommen werden. Das führt dazu, dass die Bäume zu schnell gewachsen sind und dann in der Stabilität gefährdet sind. Wir haben viele standortfremde Baumarten eingeführt und eine standortfremde Baumart ist auch die Fichte. Die Fichte ist eine künstliche Einführung, eine künstliche Baumart, die es im natürlichen Zusammenhang nie in den Gebieten gegeben hätte. Die wurden rein aus wirtschaftlichen Gründen eingeführt. Dann haben wir eine viel zu starke Entnahme im Wald, das System wird geschwächt und es ist praktisch ständig eine Biomasse, die entfernt wird, was auch nicht mehr die Stabilität in dem Maße gewährleistet, wie es notwendig ist. Dann sind Monokulturen entstanden. Das können Sie nicht abstreiten, dass sowohl die Fichte, aber in gewisser Weise auch die Buche eine Monokultur ist. Und diese Schwächung ist vom Wald bei solchen Angriffen durch hohe Trockenheit oder Borkenkäfer nicht mehr so einfach wettzumachen. Das sind Ursachen dafür, dass die Stabilität gefährdet ist.

Natürlich gehört auch dazu, dass wir mit immer größeren Maschinen im Wald den Boden zerstören. Wenn ich da höre, Herr Primas, dass Sie wieder neuere, größere Maschinen für die Waldschäden fordern, dann haben Sie noch nicht verstanden, was die Ursachen sind und dass wir gerade an der Ursache arbeiten müssen und nicht durch Schädigung des Bodens die Grundlage des Waldes weiter in dem Maße schwächen sollten.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Deswegen wollen Sie Betonfundamente im Wald bauen für die Windräder!)

(Unruhe CDU)

Das sind unangenehme Wahrheiten, Herr Primas, das ist klar, dass Sie das nicht hören wollen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber jetzt rede ich hier, lassen Sie mich mal bitte ausführen!

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Sie lassen lieber Waldarbeiter erschlagen!)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Man zeigt nicht mit dem Finger auf angezogene Leute!)

Erst haben Sie an den Zahlen gedreht, jetzt sind wir alle Mörder, die sich für naturnahen Wald einsetzen; das ist eigentlich nicht mehr hinzunehmen, was Sie hier von sich geben, Herr Primas.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was können wir jetzt tun? Es gibt darauf keine einfache Antwort. Selbst die Forstamtsleiter sind in vielen Bereichen ratlos, wenn es darum geht, in Monaten, vielleicht in eins, zwei Jahren die Schäden zu beseitigen oder dort für einen Wandel zu sorgen. Das müssen wir, glaube ich, auch ganz eindeutig den Menschen sagen, dass 40/50 Jahre Umgang mit dem Wald nicht durch einfache Korrekturen in ein oder in zwei Jahren rückgängig zu machen sind. Aber ich denke, wir haben die Verantwortung, jetzt die Fehler auch zu erkennen und eine andere Waldbewirtschaftung und einen anderen Wald anfangen zu gestalten oder vielleicht auch von der Natur in vielen Bereichen gestalten zu lassen. Dazu gehört es halt, dass wir nicht mehr in engmaschigem Abstand von 20 Metern den Boden verdichten, in Rückegassen mit großen

# (Abg. Kobelt)

Maschinen reinfahren, sondern uns nach Alternativen umschauen. Das ist überhaupt nicht so, dass wir dann nur auf Pferde angewiesen sind, wie Sie es versuchen, Herr Primas, lächerlich zu machen, sondern wie in vielen Revieren in Deutschland schon praktiziert mit leichterer Technik, mit Raupenfahrzeugen, mit Seilwinden oder mit anderer leichter Technik, die gerade den Boden nicht so stark verdichtet und zerstört. Das sind keine grünen Spinnereien, das sind praktikable Varianten, die in Deutschland in anderen Regionen, wo der politische Wille noch stärker war, in den letzten 20 Jahren umgesetzt wurden. Es gehört auch dazu, dass man wieder mehr Holz im Wald lässt, dass wir den Holzvorrat aufbauen. Ja, das kostet Geld, natürlich kostet das Geld. Wenn ThüringenForst jetzt nicht mehr seinen Wirtschaftsplan erfüllen kann, auf Teufel komm raus die Entnahmen machen kann, sondern auch die größeren Bäume stehen lässt. Wir sagen ganz eindeutig, das kostet Geld und wir müssen den Wald auch als Klimainvestition sehen. Wir wollen als Grüne dort auch massiv investieren, aber nicht einfach mit der Gießkanne, nicht zweckgebunden, sondern genau für die Maßnahmen, die für einen naturverträglichen, stabilen Wald sorgen. Dort wollen wir Geld in die Hand nehmen und investieren. Dazu gehört es auch, dass zum Beispiel in Naturschutzgebieten – das werden die Herzstücke von Stabilität im Wald sein – eine andere Technik anwenden und dort noch viel sensibler umgehen. Es wird auch darum gehen, Naturverjüngung stärker wirken zu lassen und gerade nicht auf Teufel komm raus aufzuforsten, sondern nur dort, wo es wirklich nicht mehr möglich ist, dass die Naturverjüngung mit einheimischen Arten sich langfristig durchsetzen kann. Wir sind auch sehr dafür, dass wir keine exotischen Arten einführen, nur weil wir denken, dass Douglasie, Roteiche oder Küstentanne das große Allheilmittel ist. Dieses Allheilmittel wird es nicht geben, es wird darin bestehen, ein großes Gemisch von einheimischen Arten anzupflanzen oder durch Naturverjüngung entstehen zu lassen, und es wird darum gehen, dem Wald Raum und Zeit zu geben und auch Geduld zu haben. Das wollen wir als Grüne erreichen.

Wir werden dazu massiv investieren, in der nächsten Legislaturperiode genau solche Maßnahmen umsetzen. Ich bin auch meinen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass wir jetzt schon in der Legislatur in den Haushalten für solche Maßnahmen Gelder bereitgestellt haben und dass auch die Diskussion bei ThüringenForst in so eine Richtung geht. Denn die Menschen, die im Wald arbeiten, sehen, dass es so nicht weitergehen kann. Die brauchen unsere Unterstützung. Das wollen wir als Bündnis 90/Die Grünen unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch mal Dank sagen. Am Anfang habe ich das schon getan an die Menschen, die jetzt im Wald ihre Arbeit tun. Ich möchte Dank sagen an zwei Parlamentarier, die sich in der letzten Legislatur sehr für den Wald eingesetzt haben, von denen ich auch persönlich viel lernen konnte: das sind Dagmar Becker und Tilo Kummer.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Dagmar, lieber Tilo, vielen Dank, dass wir so gut zusammengearbeitet haben, dass ihr euch immer für die Belange des Forstes und des Waldes eingesetzt habt. Ich persönlich bin sehr traurig, dass ihr wahrscheinlich beide in der nächsten Legislatur nicht mehr im Landtag sein werdet. Das war ein großer Gewinn für unsere parlamentarische Arbeit. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Danke schön, Herr Abgeordneter. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Primas, bitte schön.

## **Abgeordneter Primas, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weiß, dass die CDU schuld daran ist und hat seit 1990 neuen Wald gepflanzt und deshalb ist der Borkenkäfer da. Und die 100-jährigen Buchen haben wir auch gepflanzt, deswegen trocknen die jetzt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Scheringer-Wright, DIE LINKE: Aber ThüringenForst habt ihr eingeführt!)

Das ist doch ganz klar. Irgendjemand muss doch daran schuld sein. Wollen Sie die Leute wirklich veralbern? Sie haben keine Ahnung, von dem, was Sie hier reden.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Derjenige, der damit angefangen hat, steht gerade hier vorne!)

1990, das will ich Ihnen nur sagen, haben wir die Forstpolitik komplett geändert,

(Beifall CDU)

haben auf Naturverjüngung gesetzt und nicht mehr umgehauen und neu gepflanzt. Seit 1990 verfolgen wir diese Politik. Und Sie erzählen uns, das wäre bis heute nicht der Fall, wir würden bis heute nach den alten Methoden arbeiten. Das ist so was von weltfremd. Das zeigt ganz eindeutig, dass Sie nicht im Wald sind, sondern dass Sie mit dem Fahrrad überall nur durch die Stadt fahren. Ihre Wähler sitzen ja auch in der Stadt und haben sich für die Natur und für das Dorf und das ländliche Leben noch nie interessiert und interessieren sich auch nicht dafür, sondern nur für Ideologie. Das ist aus meiner Sicht ein Fehler.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist jetzt sehr ideologisch!)

Meine Damen und Herren, Sie sagen, es darf keine Technik rein, es muss anders gehen, leichter. Wissen Sie, was das bedeutet, wenn eine hundertjährige Buche gefällt werden muss? Die fällt um und zerstäubt. Wer da in der Nähe ist, ist hin. Das geht nur mit Technik. Wollen Sie es denn nur nicht verstehen? Wollen Sie wirklich Waldarbeiter mit Rückepferden dort hinschicken, die Buchen umlegen sollen? Ist das wirklich Ihr Ernst? Ist das Ihr Streben? Das kann nicht Ihr Ansinnen sein. Das kann doch nicht wahr sein, dass Sie hier so etwas erzählen.

Und dass Sie erzählen, die Fichte gehört hier nicht her, ist genauso ein großer Blödsinn. In den Höhenlagen wächst die Fichte. Und es ist die Fichte, die der Brotbaum ist in Deutschland und darüber hinaus. Ohne geht es nicht. Kein Waldbesitzer kann nur überleben, indem er zwei Buchen stehen hat oder vielleicht eine Birke. Das wird nicht sein.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist nur abgelenkt!)

Es wächst am meisten die Fichte nach. Wir müssen nur standortgetreue Fichten haben, die auch hierher passen. Da war es nun mal 1947 nach dieser Kalamität so, dass nichts an Pflanzgut da war. Da musste eben das Pflanzgut aus dem Flachland genommen werden, was heute sehr anfällig ist. Das wurde 1947 dann angepflanzt und hat natürlich heute die Probleme. Aber wenn das standortgetreu erkundet ist, welche Baumarten hierher passen, auch die Fichte, welche Sorte Fichte passt hierher, dann ist das Problem überhaupt nicht vorhanden. Das müssen wir doch irgendwann mal begreifen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber einfach nur zu sagen, alles ist falsch, das hat alles seit 1990 die CDU zu verantworten, jetzt sind wir Grünen im Ministerium und schon läuft alles viel, viel besser.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da müssen wir Ihnen recht geben!) Das Ergebnis sieht anders aus. Danke.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wollen nicht, aber es ist eine schöne Idee!)

## Präsidentin Diezel:

Herr Kummer? Bitte schön.

# Abgeordneter Kummer, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Das ist kein Thema für gegenseitige Schuldzuweisungen und Parteienhickhack. Wenn man sich die Geschichte unseres Waldes anguckt, dann ist die eigentlich vor reichlich 300 Jahren neu geschrieben worden, weil ein paar Förster gesagt haben, es geht so nicht weiter. Die Ausplünderung, die damals stattgefunden hat, zugunsten von Glasindustrie, von Keramikindustrie, als Holz die einzige Energiequelle war, führte dazu, dass der Thüringer Wald nahezu entwaldet war. Damals hat man das Modell der Nachhaltigkeit kreiert. Damals ist ein Wirtschaftswald angepflanzt worden, damit es überhaupt wieder einen Wald gibt. So haben folgende Generationen immer versucht, irgendwie das Machbare mit gigantischen Aufwendungen und Leistungen für die damalige Zeit zu kreieren. Wir haben sicherlich alle zusammen die Situation unterschätzt. Wenn ich daran denke, wie in den zurückliegenden Legislaturperioden der notwendige Waldumbau beschrieben wurde, wie aber die Mittel dafür eingestellt wurden, dass man - ja klar, man hatte auch damals nicht wirklich Geld, aber Waldumbau auf 400 Jahre anzulegen, das ist auch noch bis in diese Legislatur fortgeschrieben worden. Es war klar, dass das mit den Prognosen des Klimawandels nicht einhergeht. Dass es so drastisch kommt, wie wir es im letzten Jahr erleben mussten, wie wir es in diesem Jahr schon wieder erleben, das hatte doch bitte schön niemand hier auf dem Schirm. Deshalb müssen wir jetzt sehen, das ist unsere gemeinsame Verantwortung, wie wir hier eine gemeinsame Lösung hinbekommen. Wenn wir wirklich in dieser Legislatur noch gemeinsam etwas tun wollen, dann müssen wir uns alle zusammensetzen und müssen sagen, wie es gehen soll. Fakt ist, das, was wir hier tun, habe ich vorhin gesagt, regelt die hoheitlichen Aufgaben. Wir haben noch nicht darüber geredet, was machen wir, wenn ThüringenForst, weil sie in diesem Jahr kein Wirtschaftsergebnis mehr haben werden, in die roten Zahlen rutscht? Da hat zum Glück das

# (Abg. Kummer)

Land die Gewährträgerfunktion. Das ist damals beim Errichtungsgesetz hineingeschrieben worden. Das Land gleicht den Haushalt jede Nacht wieder auf null aus. Aber wo die Landesgelder herkommen, wie, unter welchen Bedingungen dieses Geld gezahlt wird, welche Antragsgegebenheiten die Anstalt da mit sich bringen muss, das ist dabei noch nicht so wirklich besprochen. Das ist noch nicht so richtig geklärt. ThüringenForst geht es noch gut mit einem Gewährträger in der Hinterhand. Ich sage mal, großen Städten, wo die Waldeinnahmen nur einen geringen Anteil ausmachen, denen geht es da vielleicht auch noch gut, die können auch noch etwas zuschießen. Die kleinen Dörfer, die ich bei mir in der Umgebung kenne, bei denen der Großteil der kommunalen Einnahmen bisher aus dem Wald kam, die ihren Haushalt darauf aufgebaut haben, da sieht es schon ganz anders aus. Und da ist vom Privatwaldeigentümer, der vielleicht nebenbei eine 400-Euro-Rente kriegt, gar nicht mehr zu reden.

Dafür müssen wir eine Lösung finden. Die liegt aber heute nicht vor. Das ist heute nicht Gegenstand dieser Gesetzgebung. Gegenstand dieser Gesetzgebung ist, das notwendige Konstrukt zu schaffen, dass ThüringenForst die hoheitlichen Aufgaben erledigen kann, damit es rundherum ins Laufen kommt. Wir schaffen die organisatorische Voraussetzung, die Durchführung fehlt noch. Da müssen wir sehen, inwieweit wir sie mit Umgruppierungen im Haushalt, mit überplanmäßigen Ausgaben regeln können. Und dann muss aber noch eine entsprechende gesetzliche Regelung hin, die hier die notwendige Hilfe ermöglicht. Das ist eine Aufgabe, die steht vor diesem Haus. Ich habe leider bisher noch keinen konkreten Vorschlag gehört, wo das Geld herkommen soll. Aber darüber sollten wir in den nächsten Wochen reden. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Ich sehe seitens der Abgeordneten keine Wortmeldungen mehr. Für die Regierung spricht Frau Ministerin Keller, bitte schön.

## Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir vorab einige deutliche Worte zur aktuellen Lage. Ich will hier nicht verhehlen, dass ich versuche, die Fassung zu halten.

Wir alle reden über den Wald seit Wochen, seit Monaten. Wir haben versucht, im Haushalt 2020 Geld für die Rettung des Walds einzustellen. Im Ergebnis haben wir keinen Euro vom Parlament erhalten, selbst zu einem Leertitel hat es nicht gereicht.

Nun stehe ich wieder hier. Ich stehe hier und bitte um Ihre Zustimmung zum Errichtungsgesetz. Es ist an der Zeit, wie ich finde, Farbe zu bekennen, Zuständigkeitsdebatten zu beenden, Eigeninteressen hintenan zu stellen und endlich einen geschlossenen Beitrag als Parlament zu leisten, um unsere Lebensgrundlagen, die uns alle angehen, zu erhalten.

Derzeit befinden sich die Wälder und die Forstwirtschaft in Thüringen in einer wirklich sehr kritischen Lage. Es gibt nicht wenige, die sagen, wir befinden uns am Beginn einer der größten Katastrophen in unseren Wäldern seit Menschengedenken. Ich finde, sie haben recht, denn ich war in

den letzten Wochen mit den Forstleuten draußen und habe mir das angeguckt. Und ich habe es mir am Sonntag noch mal angeguckt, ganz privat, weil ich mir gern immer auch ein eigenes Bild von den Dingen mache.

Der Klimawandel sorgt dafür, dass wir in wenigen Jahren unsere Wälder nicht wiedererkennen. Abgestorbene Bäume, weite kahle Flächen werden das Bild bestimmen. Wenn ich nur daran denke, was auf unsere Wälder, auf unser Land zukommt, könnte ich wirklich weinen. Und das meine ich ernst.

Sehr geehrte Damen und Herren, aber ich sage auch: In dieser Katastrophe liegt natürlich eine Herausforderung. Es ist eine Herausforderung, die wir zu meistern haben und die wir auch meistern können. Sie heißt: Waldumbau. Das ist die Aufgabe, die in den kommenden Jahren vor uns steht, und dieser Aufgabe werden wir uns mit all unserer Kraft, mit Millionen von Euro Förder- und Investitionsmitteln und natürlich auch dem Einsatz von vielen Tausend haupt- und ehrenamtlich Tätigen stellen müssen. Wir werden das sicher schaffen. Der Ausgangspunkt für die heutige Situation liegt aber eben nicht in der Gesetzesänderung von 2017, das ist wirklich Quatsch. Der Ausgangspunkt liegt in den Sturmereignissen mit hohem Schadholzaufkommen bereits im Winter 2017/18. Ich habe darüber im Übrigen mehrfach und ausführlich berichtet, Sie alle kennen das. Im Jahr 2018 sind eigentumsübergreifend bereits 800.000 Festmeter wertgemindertes Käferholz angefallen. Über alle Waldeigentumsarten hinweg ist von weiteren 2,5 bis 3 Millionen Festmetern Kieferholz bis zum Jahresende 2019 auszugehen.

Hinzu kommen bisher in dieser Form nie beobachtete flächige und rasant verlaufende Trockenheitsausfälle bei der Buche. Das hat bislang zu 440.000 Festmetern Schadholz im Gesamtwald Thüringens geführt – vor anderthalb Wochen war noch von 200.000 Festmetern die Rede.

Daraus entsteht natürlich ein Überangebot an Rundholz auf den nationalen und internationalen Märkten, welches zudem häufig noch qualitätsgemindert ist und somit fortschreitend deutliche Preisabschläge nach sich zieht. Das führt in der Forstwirtschaft zu Umsatzeinbußen im Holzverkauf. Beispielsweise ist der durchschnittliche Holzpreis für Fichtenrundholz von 79 Euro je Festmeter im Januar 2018 auf nunmehr 56 Euro je Festmeter im Mai 2019 gefallen. Ich habe gehört, die vier großen Säger haben sich getroffen und darüber gesprochen, bis wohin man das vielleicht noch alles bringen könnte. Ich habe da eine Zahl von 35 Euro gehört – also gnade uns Gott.

Dies ist also ein Preisrückgang, den wir bisher haben, von 30 Prozent allein beim Fichtenrundholz. Daneben ist der Absatz von Fichtenholz über die vertraglich gebundenen Mengen hinaus nur noch schwer bis gar nicht möglich. Deshalb müssen wir uns strategisch Gedanken darüber machen, wie wir die Thüringer Forstwirtschaft breiter aufstellen, um die hohe Abhängigkeit vom Holzmarkt zu entschärfen. Davon war hier auch die Rede. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Nur so kann der Wald in Thüringen auch dauerhaft stabil bestehen. Das Schadensausmaß in Thüringen liegt bereits bei circa 1.300 Hektar Kahlflächen, circa 2.000 Hektar stark verlichtete Wälder und Ausfälle neu begründeter Kulturen von mindestens weiteren 500 Hektar. Allein diese bekannten Schäden verursachen vor dem Hintergrund der entstandenen wiederaufzuforstenden Kahlflächen einen Investitionsbedarf in Höhe von rund 20 Millionen Euro. Die Waldbesitzer aller Eigentumsformen und die Forstverwaltung stehen deshalb vor bisher nicht gekannten Herausforderungen. Sie warten

dringlich auf unsere Hilfe und haben kein Verständnis für die bisher ausgebliebenen Resultate all unserer parlamentarischen Arbeit. Als Forstministerin bitte ich Sie, mit demselben Herzblut, mit dem Förster und Waldbesitzer um ihren Wald kämpfen, sich mit Ihrer Zustimmung zum Änderungsentwurf des Errichtungsgesetzes zu bekennen und weitere Unterstützung hier zu erarbeiten und zuzuerkennen. Die Sanierung und der klimagerechte Waldumbau der betroffenen Waldbestände sind dauerhaft abzusicheren. Hierfür ist das neue Errichtungsgesetz ein erster Schritt für Privat- und Kommunalwald. Ich erinnere mich sehr genau an die wortreichen Ausführungen anlässlich der letzten Änderung des Errichtungsgesetzes, in der über alle Fraktionen hinweg immer wieder das Bekenntnis zur Anstalt öffentlichen Rechts ThüringenForst und zum Wald zum Ausdruck gebracht wurde. Aber lassen Sie uns heute hier Taten folgen. Die Chance ist heute schon da. Die Zeit für weitere Debatten ist vorbei. Wir brauchen eine starke Anstalt öffentlichen Rechts, wenn wir den Staatswald retten wollen. Dabei bleibe ich. Kommen wir nun zum konkreten Gesetz. Sehr geehrte Damen und Herren, mit der hier vorliegenden Änderung des § 12 des Errichtungsgesetzes erhält die Landesforstanstalt eine zweckgebundene Finanzzuführung, um ihre hoheitlichen Aufgaben zur Bewältigung der durch die Extremwetterereignisse verursachten Schäden wahrnehmen zu können. Der bisher normierte Zuführungsbetrag deckt die zusätzliche Belastung der Landesforstanstalt durch die Extremwetterereignisse nicht ab. Um für derartige Schadensfälle, die typischerweise mangels Vorhersehbarkeit nicht im Zuführungsbetrag enthalten sind, eine Ausgleichsoption zu schaffen, ist deshalb der vorgeschlagene neue Absatz eingefügt worden. In diesem Zusammenhang hoffe ich auf eine Zustimmung. Ich hatte im Übrigen auch dafür geworben, einen Paragrafen einzufügen, der eine mögliche Kreditaufnahme für die Anstalt öffentlichen Rechts zulässt. Das hätte man über parlamentarische Kontrolle, über den Haushalts- und Finanzausschuss und die gesetzgeberische Kompetenz und der Kontrolle des Parlaments auch tun können. Ich denke, wir werden hier bald über ganz andere Maßnahmen zu reden haben. Mit der hier durch die Drucksache vorgeschlagenen Gesetzesänderung wird aber ein erster wichtiger Baustein geschaffen, um die gegenwärtigen Probleme im Wald zu lösen - ja. Aber ich sage es Ihnen hier und heute ausdrücklich und ganz deutlich, dies kann und darf nur ein Anfang sein. Die hier in Rede stehenden Finanzmittel decken keinesfalls die über Jahre nachfolgenden Kosten für den Waldumbau ab. Der Wald, das grüne Herz Deutschlands, kann nicht vor dem Landtag demonstrieren. Man kann auch nicht hören, wie er leidet und allenfalls das versierte Auge, aber ich denke, inzwischen auch das Laienauge nimmt wahr, dass die Katastrophe weit vorangeschritten ist. Es liegt an uns, dies zu ändern, und zwar mit den Möglichkeiten, die wir haben. Sehr geehrte Damen und Herren, der Wald erlebt diese dramatische Art und Weise, er erlebt die Folgen des Klimawandels, der sich nicht irgendwo, sondern sich ganz konkret vor unserer Haustür abspielt. Ich glaube, da sind wir uns auch alle sehr einig. Unsere Bäume kämpfen mit andauernder Dürre und den zu hohen Temperaturen. Dies mindert die Widerstandsfähigkeit unserer Wälder. Konkret sind aktuell die Fichte vom Borkenkäfer, das Laubholz vom Schwammspinner und die Buche von Trockenheitsausfällen betroffen. Und die 180.000 Thüringer Waldbesitzer und die Förster können dagegen nicht alleine kämpfen und bestehen. Sie brauchen die Unterstützung des Parlaments, der Regierung und sie brauchen die Hilfe der Gesellschaft.

Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, können durch diese Gesetzesänderung eine gezielte Finanzzuführung sicherstellen, sodass die Landesforstanstalt eine umfassende Hilfe im

Privat- und Kommunalwald leisten kann. Das hat mit Gießkanne wirklich ganz und gar nichts zu tun.

Ich will Ihnen gerne einige Maßnahmen, die wir inzwischen schon ergriffen haben, noch mal auf den Weg geben.

Bislang wurde auf den Weg gebracht bzw. auch realisiert die Errichtung eines Koordinierungsstabes "Waldschäden" in meinem Ressort im September 2018, um mit allen Akteuren auf kurzem Wege notwendige Entscheidungen und Regelungen abstimmen zu können. Bereits 2018 erfolgte eine Prüfung und Umsetzung der Optimierung der bestehenden Förderrichtlinie forstwirtschaftlicher Maßnahmen im Hinblick auf die Kalamität. Unter anderem wurden die bestehenden Fördermöglichkeiten der Vorbeugung gegen Kalamitäten, der Wiederaufforstung, des forstwirtschaftlichen Wegebaus auf die Bekämpfung der Kalamität auch ausgerichtet. Es wurde die Bewältigung von Extremwetterereignissen in die Förderung zum 1. Juli 2019 eingeführt. Hierfür wurden bereits vorab im April 2019 die Formulare zur Anzeige der Schadholzaufbereitung veröffentlicht, wodurch die Waldbesitzer mit den Maßnahmen förderunschädlich beginnen konnten. Zudem gab und gibt es vielfältige Hilfeleistungen der Landesforstanstalt, wie beispielsweise den Einschlagstopp im Nadelfrischholz.

Im Jahr 2018 wurden bereits Fördermittel in Höhe von 2,3 Millionen Euro zur Bewältigung der Kalamitätslage ausgezahlt. In diesem Jahr stehen für die Fördermaßnahmen der Landesregierung planmäßig 4,5 Millionen Euro zugunsten des Privat- und Körperschaftswaldes zur Verfügung. Zusätzlich wurden im Rahmen von Anträgen auf außerplanmäßige Ausgaben Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro für 2019 und 7,5 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigungen bis 2022 aus dem Einzelplan 10 bewältigt. Hinzu kommen jetzt in geänderter Fassung, also die geänderte Zahl, 4 Millionen für vier Jahre, also 16 Millionen Euro. Damit werden dringend benötigte Mittel für Fördermaßnahmen im Rahmen der neuen Maßnahme K für den Privat- und Körperschaftswald bereitgestellt und ein zusätzliches Landesprogramm unter anderem für Wiederaufforstungen im kleinen Privatwald ermöglicht.

Mit dem nun vorgelegten Gesetzentwurf würde weiteres Geld verfügbar werden, nämlich konkret 4 Millionen Euro im Jahr 2019, 4 Millionen Euro im Jahr 2020 sowie bei Fortbestand der Sondersituation weitere 4 Millionen Euro in 2021 und 2022. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sichern wir insbesondere die Einstellung von dringend notwendigem Fachpersonal, das die Förster vor Ort tatkräftig unterstützen kann. Ich hoffe, dass uns das gelingt, dass wir also auch Menschen am Markt finden, die wir einstellen können.

Und an dieser Stelle möchte ich auch ausdrücklich betonen – und vielleicht verstehen Sie dann auch inzwischen meine etwas aufgeregte Rede zum Errichtungsgesetz –, dass nämlich die bisherigen Bewilligungen der außerplanmäßigen Finanzmittel ausschließlich zulasten meines Ressorthaushalts gehen. Dies ist angesichts der vor uns stehenden Aufgaben, für die wir alle eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen, völlig inakzeptabel und objektiv auch nicht leistbar. Und ich hielte es auch für unverantwortbar, dies zulasten des Wohnungs-, des Schulbaus, des ÖPNV, des Radwege- oder auch der Landwirtschaft zu tun, um nur einige Beispiele hier zu nennen. Ich erwarte klare Entscheidungen, die den Einzelplan auch nicht weiter belasten.

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammen mit den zuvor benannten Fördergeldern stünden im Ergebnis also 32 Millionen Euro für die Beseitigung der Schäden zur Verfügung. Damit können wir in diesem und im kommenden Jahr arbeiten. Aber nach allem, was ich weiß, wird dies nicht reichen. Vor allem reichen die Mittel nicht, um unsere Wälder klimafest zu machen. Mit den heute vorliegenden Erkenntnissen und den erst in den letzten Jahren sicht- und spürbaren Folgen des Klimawandels ist es weder legitim noch hilfreich, die Verantwortung oder gar die Schuld dafür bei den heutigen Waldbesitzern zu suchen. Die Lage ist zu ernst für motivierte Schuldzuweisungen. Deshalb bin ich sehr dankbar für die Debatte von einigen Abgeordneten hier von der Regierungskoalition bis zur Opposition.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen wir unseren Wald, das grüne Herz Deutschlands, mit den Folgen des Klimawandels nicht allein! Ich versichere Ihnen, ich werde all meine Kraft darauf verwenden, dass auch der Bund einen angemessenen Beitrag dazu leistet. Leider verharrt dieser bislang in seinen Bemühungen. Und lassen Sie uns dem Wald eine Stimme geben! Er braucht uns und er braucht alle, die helfen können.

Ich bedanke mich an der Stelle bei allen Menschen, die im Wald zurzeit unter gefährlichen Situationen tätig sind – das ist nicht übertrieben. Ich bedanke mich bei den Waldarbeitern, bei den Forstleuten, mit denen ich in letzter Zeit gesprochen habe, die mir immer wieder gesagt haben, wir arbeiten am Limit. Das will ich an der Stelle hier noch mal sagen: Danke für Ihre Arbeit und Ihnen danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe die Aussprache und den Tagesordnungspunkt, es ist ja keine Ausschussüberweisung beantragt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 39. Ich eröffne den ersten Teil der Aktuellen Stunde

a) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der AfD zum Thema: "Die Reform der Grundsteuer und ihre Auswirkungen auf Thüringen" Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7405 -

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Rudy von der Fraktion der AfD.

# Abgeordneter Rudy, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste, liebe Grundsteuerzahler – das sind alle, die hier sitzen und im Netz zusehen, denn die Grundsteuer zahlt so gut wie jeder Bürger, egal ob als Mieter über eine Umlage oder als Eigennutzer einer Im-

# (Abg. Rudy)

mobilie und egal, ob er arm oder reich ist. Damit ist diese unsoziale Steuer von hoher Bedeutung für jeden Bürger dieses Landes.

Zu Recht hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Vorschriften der Einheitsbewertung für die Bemessung der Grundsteuer verfassungswidrig sind. Daraufhin wurden viele verschiedene Modelle vorgelegt und diskutiert – neben den bekannten Modellen und auch dem Modell, auf das sich die Spitzen der gar nicht mehr so großen Koalition aus Union und SPD in Berlin geeinigt haben. Dieser Kompromiss sieht die von der CSU durchgedrückte Öffnungsklausel für die Bundesländer vor. Hierdurch sind ein Wildwuchs bei der Gestaltung der Grundsteuer in den Bundesländern und eine daraus folgende Klageflut geradezu vorprogrammiert. Wie bereits in der Presse richtig bemerkt wurde, kann man nur darauf warten, dass auch dieses Machwerk vor dem Bundesverfassungsgericht landen wird.

Dabei betrug das Steueraufkommen aus der Grundsteuer in den Jahren 2017 und 2018 je 14 Milliarden Euro bei einer Wohnungseigentumsquote in Deutschland von gerade einmal rund 51 Prozent. Eine Einnahmenhöhe, zu der der Steuerrechtler, ehemaliger Verfassungsrichter und Anwärter für das Amt des Bundesfinanzministers Paul Kirchhoff sagte, dass bei einem Verzicht auf die Grundsteuer das System nicht zusammenbrechen würde. Stattdessen schlug er einen Zuschlag der Gemeinden auf die Einkommenssteuer vor.

Die vom Bundesverfassungsgericht verlangte Ermittlung aktueller Bewertungen von 35 Millionen Grundstücken und Gebäuden in Deutschland und damit auch in Thüringen innerhalb von fünf Jahren ist für die Verwaltung jedenfalls fast unmöglich und wird sich für die Behördenmitarbeiter und Eigentümer zu einem Albtraum entwickeln. Erschwerend kommt hinzu, dass für das Modell der GroKo erst noch das Grundgesetz geändert werden muss, was gleichzeitig einen tiefen Eingriff in einen Rechtsstaat bedeutet. Eine gerechte, kostenneutrale und bürgerfreundliche Festsetzung der Bewertungen durch dieses Modell ist jedenfalls ausgeschlossen. Daher kann die einzig richtige Lösung für die Grundsteuer nur heißen: abschaffen.

## (Beifall AfD)

Die Grundsteuer ist zutiefst unsozial, ungerecht, viel zu bürokratisch und darüber hinaus über einen Ausgleich bei der Einkommensteuer leicht zu kompensieren. Ähnlich wie in Dänemark oder in der Schweiz bietet es sich an, Gemeinden ein eigenes Hebesatzrecht auf 1 Prozent der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer einzuräumen. Der Hebesatz darf hierbei die Schwelle von 200 Prozent und damit 2 Prozent des zu versteuernden Einkommens nicht überschreiten. Die Mieter werden uns mehr als dankbar sein, denn die Bürger werden dadurch Milliarden einsparen können, insbesondere Geringverdiener hätten so wesentlich mehr Geld zur Verfügung. Zudem würde die Abschaffung der Grundsteuer die Wohnkosten schlagartig senken und einen weiteren Anreiz schaffen, neuen Wohnraum zu schaffen.

Meine Damen und Herren von der SPD, CDU, den Linken und den Grünen, Sie können sich also die Häme sparen, denn was einer der führenden Steuerrechtler dieses Landes und zwei der reichsten Staaten in Europa vormachen, kann so verkehrt nicht sein. Die AfD jedenfalls sträubt sich nicht, den Bürger von unnötigen Steuern zu entlasten und sozial Schwächere zu stärken,

# (Abg. Rudy)

(Beifall AfD)

zumal wir gemäß der OECD bereits den zweithöchsten Steuersatz der Welt haben. Daher kann die Devise nur lauten: Grundsteuer abschaffen. Vielen Dank!

(Beifall AfD)

## Vizepräsidentin Jung:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Kowalleck das Wort.

# Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Grundsteuer ist für die Kommunen eine wichtige Steuereinnahme. Die rund 14 Milliarden Euro im Jahr 2018 machen rund 14 Prozent der Steuereinnahmen der Kommunen aus. Damit werden vor Ort wichtige infrastrukturelle Maßnahmen realisiert und diese kommen letztendlich den Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden und Städten zugute. Eine Forderung nach einer Abschaffung, wie wir sie gerade eben von der AfD gehört haben, hat wenig mit der Realität zu tun. Da muss ich Ihnen auch sagen: Dann wissen Sie auch nicht, wie es vor Ort gerade in den Kommunen aussieht, denn eine Gegenfinanzierung haben Sie hier nicht wirklich gebracht.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Doch, hat er gesagt!)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat bereits am Freitag das Thema "Grundsteuer" im Haushalts- und Finanzausschuss auf die Tagesordnung gebracht und mit der Finanzministerin und den Ausschussmitgliedern besprochen. Die Thüringer Finanzministerin hatte die Entscheidung zur Grundsteuerreform bereits in den Medien positiv bewertet, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, dass auf die Finanzverwaltung Mehrarbeit zukäme. Innerhalb von fünf Jahren müsste jedes Grundstück in Thüringen bewertet werden. Frau Taubert wird dann sicher auch noch mal auf die Einzelheiten eingehen. Wie gesagt, wir hatten das am Freitag auch schon im Detail beraten.

Wichtig ist zunächst einmal, dass eine Einigung gefunden wurde und ein Modell vorliegt. Auf Bundesebene wird jetzt die Berechnungsweise der Grundsteuer geregelt. Bis Ende 2019 muss nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ein neues Modell zur Berechnung der Grundsteuer festgelegt werden, das dann ab 2025 gelten soll.

Aus meiner Sicht hätte die Einigung durchaus früher erfolgen müssen. Dazu haben die Finanzsprecher der Unionsfraktionen schon Anfang April einen richtungsweisenden Beschluss für die Einführung einer Länderöffnungsklausel gefasst. Damit können regionale Herausforderungen bei der Grundsteuer nun auch regional beantwortet werden. Die Länder können entscheiden, welches Grundsteuermodell sie einführen wollen. Hierbei würde ich überhaupt nicht von Wildwuchs und schon gar nicht von Machwerk sprechen, wie das die AfD an dieser Stelle getan hat. Im Gegenteil: Es war wichtig, dass wir Lösungen finden, die gerade auch für die Länder eingesetzt werden können. Und wichtig ist dabei auch, dass die Reform aufkommensneutral erfolgen muss. Hierbei tragen auch die Kommunen ihren Anteil der Verantwortung durch die Gestaltung der Hebesätze. Die Auswirkungen auf die Bürger sind für uns ein wichtiger Indikator für die Praxistauglichkeit der Grundsteuer. Klares Ziel muss es sein, dass Wohnraum bezahlbar bleibt. Inwieweit die Grundsteu-

# (Abg. Kowalleck)

er steigen oder sinken wird, das ist momentan noch nicht abzusehen. Die Kommunen haben letztendlich mit dem Hebesatz einen regulierendes Mittel in der Hand. Aus eigener Erfahrung als Kommunalpolitiker gehe ich davon aus, dass die Städte und Gemeinden sensibel mit dem Thema umgehen werden. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

### Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat sich Abgeordneter Kalich zu Wort gemeldet.

# Abgeordneter Kalich, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich hab es mir extra noch mal durchgelesen, die Fraktion der AfD beantragt eine Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen der Grundsteuerreform auf Thüringen und sagt dazu kein Wort. Das ist schon die höhere Stufe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle wirklich mal sagen, was es für Thüringen bedeutet. Herr Kowalleck hat einige Zahlen genannt. Wenn die Forderung der AfD auf Bundesebene durchgesetzt würde, würden den Kommunen rund 240 Millionen Euro jährlich fehlen. Wir haben eine Haushaltsdebatte hinter uns, in der die AfD zu diesem Problem null sagt, keinerlei Vorschläge macht oder in irgendeiner Form darauf eingeht. Sie kommt jetzt mit irgendwelchen Hirngespinsten,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie haben überhaupt nicht zugehört, oder?)

wie man das aus Thüringen heraus dann im Bundestag per Gesetzänderung klären müsste. Jedem ist klar, dass die Entscheidung, die am 10. April 2018 mit der Reform der Grundsteuer getroffen worden ist, natürlich Auswirkungen hat. Ich habe die Zahlen am Anfang hier genannt. 240 Millionen Ausfall für die Kommunen sind so immens, dass man heilfroh sein kann, dass man letztendlich sich auf Bundesebene doch auf eine Reform geeinigt hat mit Blick auf die drohenden massiven Einnahmeverluste der Kommunen in Thüringen ab dem 1. Januar 2020. Ich habe gesagt, ich bin froh, dass es diese Regelung gibt, allerdings kritisiere ich ganz klar die Öffnungsklausel, die Steuerungerechtigkeit in Deutschland weiter fördern wird,

(Beifall DIE LINKE)

diese Öffnungsklausel, die die vom Grundgesetz geforderte Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zwischen den Bundesländern weiter infrage stellt. Denn es ist bislang völlig offen, ob Bayern nun das Berechnungsmodell für die Grundsteuer ändert oder ob es auch zu deutlichen Steuernachlässen beim Gesamtaufkommen oder zur Zusatzbelastung von Mieterinnen und Mietern auf Länderebene kommt. Die Linke hält an ihrer Forderung fest, dass die Grundsteuer den Wert der Gebäude berücksichtigen muss. Auch darf sie nicht mehr auf Mieterinnen und Mieter als Betriebskosten umgelegt werden. Eine Öffnungsklausel im Gesetz, die es den Bundesländern erlaubt, von der bundesweiten Gesetzgebung abzuweichen, bedroht die Finanzen der Kommunen und schafft unterschiedliches Recht in unterschiedlichen Landesteilen. Einen solchen Flickenteppich lehnt die Linke ab. Ich erwarte nunmehr, dass unter Einbeziehung der Bundesländer ein transparentes parlamen-

# (Abg. Kalich)

tarisches Verfahren auf den Weg gebracht wird. Vielleicht werden ja im Rahmen der Beratungen nunmehr auch die Inhalte und Ergebnisse einer Sachverständigenanhörung des Bundesfinanzministeriums vom 10. Mai 2019 zu verfassungsrechtlichen Fragen einer Öffnungsklausel einem breiten Publikum zugänglich gemacht. Denn diese Sachverständigenberatung war nur einem exklusiven Kreis zugänglich, denn sie war nicht öffentlich. Nach meiner Kenntnis war auch keinem Vertreter unserer Landesregierung der Zugang zu dieser Anhörung möglich. Sollte dies anders sein, möge man mich hier belehren.

Das ist aus meiner Sicht bei einer für die Länder und Kommunen so wichtigen Fragen kein guter Stil. Ich denke aber trotzdem, dass die eingeleiteten Maßnahmen durch die Landesregierung, rund 3,3 Millionen Grundstücke in Datensätzen neu zu erfassen sowie 500.000 neu zu Erfassende, reibungslos erfolgt. Die 68 befristeten Arbeitsplätze, die dazu geschaffen wurden, denke ich, sind der richtige Weg, den man eingeschlagen hat, um dieser Sache entgegenzuwirken. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Dr. Pidde, Fraktion der SPD, das Wort.

# Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bei der AfD-Fraktion haben Überschrift und Inhalt nicht sonderlich zusammengepasst. Wenn ich sehe, dass Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben: "Die Reform der Grundsteuer und ihre Auswirkungen auf Thüringen", dann ist das ein ganz aktuelles Thema, passt also auch sehr gut für die Aktuelle Stunde. Aber im Wesentlichen haben Sie sich dafür ausgesprochen, die Grundsteuer abzuschaffen, und dann, denke ich, geht das mehr in Richtung Wahlkampf, vor allen Dingen, wenn Sie auch nicht sagen, wie Sie dann die Einnahmeausfälle der Kommunen wieder kompensieren wollen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das haben wir doch gesagt!)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Da haben Sie auch nicht richtig zugehört!)

Wenn man jetzt mal zum tatsächlichen Thema kommt, was sie aufgeschrieben haben, nämlich die Auswirkungen auf Thüringen, dann ist es zum Diskutieren von Details noch viel zu früh. Herr Kowalleck hat auf die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche hingewiesen. Dort hat ja die Finanzministerin berichtet und auch auf die Fragen insbesondere von Herrn Kießling entsprechend geantwortet. Auch Herr Kießling hat gesehen, dass halt ganz vieles noch ungelöst ist und noch nicht klar ist und dass wir uns in den Bereich der Spekulationen begeben würden. Auch was ich in den Medien schon gelesen habe, vom Bund der Steuerzahler, die da Panik verbreitet haben oder so etwas, das nützt uns alles gar nicht.

# (Abg. Dr. Pidde)

Das ganze Verfahren ist transparent und offen. Es kann jeder nachlesen, wie weit wir sind. Wir haben jetzt zuerst mal diesen Gesetzentwurf, der erst mal beschlossen sein muss, und danach werden wir dann sehen, wie die Ausgestaltung ist und welche Auswirkungen es wirklich hat.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat das derzeitige System der grundsteuerlichen Bewertung letztes Jahr für verfassungswidrig erklärt, da es gleichartige Grundstücke unterschiedlich behandelt und so gegen das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichbehandlung verstößt. Die Neuregelung ist damit ein verfassungsgerichtlich angestoßener Auftrag. Die veralteten Grundstückswerte, die im Westen zuletzt 1964 erhoben wurden und im Osten sogar auf den Feststellungen von 1935 basieren, taugen nach Ansicht des Gerichts nicht mehr als objektive Berechnungsgrundlage.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein Kompromiss, mit dem man leben kann. Eine fehlende Neuregelung hätte bewirkt, dass die Grundsteuer praktisch im nächsten Jahr nicht mehr erhoben werden könnte. Wir haben das bei der Vermögensteuer schon erlebt, als das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung gefordert hat, die Regierung Kohl das damals aber ausgesessen hat, und dann gab es keine Vermögensteuer mehr. Und wir müssen heute sehen, dass sich Einkommensentwicklung und Vermögensentwicklung in Deutschland stark auseinanderdividiert haben, die eine Seite in die positive Richtung, die andere in die negative Richtung, aber weit auseinander. Deshalb wäre es sinnvoller gewesen, man hätte damals eine vernünftige Regelung für eine Vermögensteuer geschaffen.

Jetzt geht es um die Grundsteuer, und zwar um die Kommunen, und dort ist es die ureigenste und wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, einfach weil es stabile Einnahmen sind, die auch berechenbar sind, anders als bei der Gewerbesteuer. Und wir haben ja schon genug Kommunen, die eine gute Entwicklung bei der Gewerbesteuer hatten, und dann kommt aus irgendeinem Grund eine Rückzahlung durch Investitionen oder Ähnliches und nachher stehen diejenigen, die zum Teil bei uns als abundante Gemeinden geführt worden sind, die gar keine Zuschüsse vom Land bekommen haben, plötzlich ganz unten als Bittsteller und kommen in irgendwelche Hilfsprogramme. Das ist bei der Grundsteuer nicht der Fall. Sie ist die Basis dafür, dass die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen können. Deshalb ist es elementar wichtig, dass hier ein Kompromiss gefunden worden ist. Es ist ein guter Kompromiss, weil es ein wertabhängiges Modell ist. Es gab ein paar Unterschiede zwischen begehrten Innenstadtlagen und zwischen Grundstücken auf dem Dorf. Und das ist wichtig für Flächenländer und auch für Thüringen.

Weniger gut finde ich diese Sonderregeln, die die Länder schaffen können. Es kann zum Schluss dazu führen, dass reiche Länder ihre Grundstücksbesitzer besserstellen und die wirtschaftliche Entwicklung und der Zuzug von Menschen gefördert werden. Das heißt, dass die reicheren Länder reicher bleiben und die ärmeren ärmer – und dazu zählt Thüringen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Müller das Wort.

# Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucherinnen und Besucher, nach einer langen Hängepartie hat es die große Koalition auf Bundesebene vergangene Woche geschafft, einen Gesetzentwurf zur Grundsteuerreform vorzulegen. Lange hat es gedauert und die Zeit drängt weiterhin, denn noch ist nichts beschlossen und so, wie es bis jetzt aussieht, gibt es auch noch ein paar formale Fehler zu beseitigen. Doch dafür sind im Endeffekt unsere Kolleginnen und Kollegen im Bundestag zuständig. Trotzdem muss zum Jahresende ein Gesetz stehen, damit die Grundsteuer weiter erhoben werden kann und für die Städte und Gemeinden keine Ausfälle in Höhe von rund 14 Milliarden Euro zu Buche schlagen, in der Summe über den gesamten Bund gesehen.

Interessant für uns ist allerdings in erster Linie die Ausgestaltung des Entwurfs in Bezug auf die Länder. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, für uns Grüne hätte es auch ein Gesetz sein können ohne Öffnungsklausel für andere Länder oder für einzelne Bundesländer. Durch die Länderöffnungsklausel ist zu befürchten, dass es wiederum die kleinen und finanziell schwächeren Länder trifft, die es sich eben nicht erlauben können, vom Bundesgesetz abzuweichen. Große und wohlhabende Bundesländer – nehmen wir als Beispiel Bayern oder Baden-Württemberg – werden die Länderöffnungsklausel dagegen voll ausschöpfen und ein Modell präsentieren, das statt eines Mixes aus Fläche und Wert lediglich die Fläche in den Vordergrund der Berechnungen stellt. Dadurch werden diese Länder erneut Steuervorteile für sich verbuchen können, während andere Länder den Wert-Flächen-Mix anwenden. Der Bund schafft damit eine weitere Ungerechtigkeit, die aus meiner Sicht vollkommen unnötig ist, denn niemand bringt es etwas, im Extremfall 16 verschiedene Modelle zur Berechnung der Grundsteuer in Deutschland vorzufinden. Sollten wir als Land Thüringen nun ebenfalls einen Sonderweg beschreiten, so mahne ich zur Vorsicht, denn ein Sonderweg bedeutet gleichzeitig einen höheren Verwaltungsaufwand, da neben dem Berechnungsmodell und den Wertermittlungen zur Grundsteuer auch immer eine Parallelberechnung für den Länderfinanzausgleich durchgeführt und eine Gegenüberstellung mit dem Bundesgesetz erstellt werden müsste. Außerdem benötigen wir dann ein eigenes Gesetz, wenn wir das Bundesgesetz nicht übernehmen wollten. Auch das ist mit Mehraufwand verbunden und kommt zu einer Zeit, wo wir uns am Ende einer Legislaturperiode befinden.

Wir sollten daher als Land prüfen, inwieweit andere Länder einen Sonderweg beschreiten, und dann eventuell gemeinsam im Verbund ausloten, ob wir mit den anderen eine gemeinsame Berechnung anstellen wollen, Software dafür anschaffen usw.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung scheint aber aus der Sicht von uns Grünen im Kern nicht schlecht zu sein, bietet er doch eine deutliche Vereinfachung der Berechnung durch eine verringerte Anzahl an Berechnungsfaktoren. Trotzdem ist er noch nicht der Weisheit letzter Schluss und bietet Optimierungspotenzial. Außerdem ist es noch völlig offen, ob die mit der Länderöffnungsklausel verbundene Grundgesetzänderung, für die eine Zweidrittelmehrheit nötig sein wird, überhaupt zustande kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich fasse noch einmal zusammen: Die Grundsteuer ist die drittwichtigste Steuer für die Städte und Gemeinden. Sie ist wichtig, damit sich die Regionen nicht

# (Abg. Müller)

noch weiter auseinanderentwickeln. Die Grundsteuer ist nicht konjunkturabhängig und auch nicht auf wirtschaftsstarke Städte und Gemeinden konzentriert, sondern kann von jeder Stadt und jeder Gemeinde erhoben werden. Sie finanziert Kitaplätze und die Sanierung von Schuldächern. Mit diesen Einnahmen bauen die Städte und Gemeinden Radwege oder kümmern sich um Klimawendeziele. Sie ist unerlässlich und deshalb setzen wir uns für eine in Thüringen praktikable Lösung ein, ohne die Mieterinnen und Mieter stärker zu belasten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Jung:

Als nächste Rednerin hat Ministerin Taubert für die Landesregierung das Wort.

#### **Taubert, Finanzministerin:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, es ist bereits erwähnt worden, dass die Grundsteuer zu den wichtigsten Einnahmen der Kommunen zählt und dass wir in Thüringen auf circa 240 bis 250 Millionen Euro schauen können. Deshalb ist es tatsächlich so wichtig, dass wir im Bundestag und im Bundesrat bis zum Jahresende gesetzgeberisch tätig geworden sind. Ich will auch sagen, dass es der Bundesregierung nicht einfach gefallen ist, diesen Kompromiss zu finden. Ich bewerte ihn auch nicht als besonders prickelnd, weil er weit weg von dem 14:2-Beschluss ist, den im Bundesrat die Finanzminister mal geschlossen haben, nämlich dass wir eine ganz andere Bewertung haben sollten, auch in dem Bereich. Ich sage es mal ganz einfach: Wer ein höherwertiges Grundstück in einer besseren Wohnlage hat, der ist auch potent genug, mehr zu zahlen als in einer Wohnlage - ich bleibe mal hier bei uns auf dem Dorf mit 100 oder 60 Einwohnern -, dessen Grundstück nicht so sehr verwertbar ist. Das war mal der Grundsatz gewesen. Wir haben ein Bundesland, das uns in Geiselhaft nimmt, das ist Bayern, an ganz vielen Stellen. Ja, ich kann es gar nicht anders ausdrücken. Sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag haben sie quasi ein Vetorecht. Sie nutzen das sehr ausgiebig zu ihren Gunsten, und das, obwohl – das will ich noch mal deutlich sagen – genau dieses Bundesland Bayern, als es noch sehr strukturschwach war, darauf angewiesen war, dass aus dem Ruhrgebiet nicht nur die Kohle, sondern die "Kohle" in Form von Geld nach Bayern geflossen ist, um Strukturentwicklung zu machen. Jetzt diesen Kompromiss aufzulösen, weil man jetzt sagt: "Jetzt sind wir ja reich, da brauchen wir nicht mehr mitzumachen", das, finde ich, ist so was von unsolidarisch. Das widerspricht auch dem, was wir mit unserem föderalen System am Ende uns mal vorgenommen hatten.

# (Beifall DIE LINKE)

Dass die Materie sehr komplex ist, das sehen wir auch bei den Vereinfachungen, so nach dem Motto: "Am besten wir schaffen es auch gleich ab, es hilft ja nichts." Wenn ich jetzt mal in der Ideologie der AfD weiter wäre, dann müssten wir ja eine Mauer um Europa bauen. Spätestens dann wird klar, man kann sie gar nicht abschaffen, die Grundsteuer. Denn Sie wüssten gar nicht, woher Sie das Geld nehmen sollten für Ihre Mauer.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das war Ihre Mauer!)

### (Ministerin Taubert)

Das ist nicht meine Mauer, Herr Möller. Sie wollen das doch. Sie wollen doch, dass keiner mehr reinkommt. Das können Sie doch nur mit einer Mauer machen, à la Trump.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Sie haben es uns doch vorgeschlagen!)

Nein, nein, das habe ich Ihnen nicht vorgeschlagen. Das ist genau das, was Sie immer beschreiben.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wir haben von Grundsteuer gesprochen, Sie von Mauer!)

Sie machen Überholen ohne Einzuholen. Das war zu DDR-Zeiten schon falsch. Sie können das ja gern jetzt weiter versuchen. Es ist ein Fehlweg gewesen.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Jetzt reden Sie ja doch über die Grundsteuer!)

Ja, ich habe über die Grundsteuer gesprochen, Frau Muhsal, genau, und zwar über die Bemerkung, die Ihre Fraktion hier im Landtag gemacht hat. Sie wissen immer, wie es finanziert werden soll: Von den Ärmsten der Armen wollen Sie das Geld wegnehmen. Das ist Ihre Ideologie.

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wir wollen es zurückgeben!)

Sie wollen nichts zurückgeben, Herr Kießling, nein. Ich bestreite das ganz vehement. Denn wenn Sie den Staat schwächen, und das wollen Sie, Sie wollen nachweislich den Staat schwächen, indem Sie die Steuer abschaffen wollen.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Nein!)

Sie wollen den Staat schwächen. Ich wiederhole das immer wieder.

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Wir wollen die Bürger entlasten!)

Sie wollen ja nicht die Bürger entlasten. Sie entlasten mit all den Dingen immer die etwas wohlhabenderen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall DIE LINKE)

Aber sicherlich, natürlich. Die AfD ist gegen die kleinen Leute, man muss es ganz deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Deswegen verraten sie auch ihr Rentenkonzept nicht!)

Ja, klar, können sie ja auch nicht.

Meine Damen und Herren, die Grundsteuer berechnet sich ab 2025 wie bisher in drei Stufen: Grundstückswert, Grundsteuermessbetrag und Hebesatz, wobei Grundstückswert und Grundsteuermessbetrag von den Finanzämtern ermittelt werden.

(Unruhe AfD)

Seien Sie doch nicht so aufgeregt. Ich habe Sie wohl getroffen, Herr Möller? Wahrscheinlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren! Als Rednerin hat jetzt Ministerin Taubert das Wort.

# **Taubert, Finanzministerin:**

Meine Damen und Herren, der Grundsteuermessbetrag stellt die Grundlage für die Erhebung der Grundsteuer durch die Kommunen dar. Für die Finanzverwaltung bedeutet das, in den drei Jahren von 2022 bis 2024 – wir werden uns bemühen, auf Anfang des Jahres 2024 zu kommen – bundesweit 35 Millionen Grundstücke neu zu bewerten. Für Thüringen, es ist erwähnt worden, sind das 3,3 Millionen Grundstücke, die in circa 1,5 Millionen wirtschaftliche Einheiten zusammengefasst sind.

Meine Damen und Herren, hierfür müssen im Rahmen von Vorbereitungsmaßnahmen von den Finanzämtern in den nächsten 1,5 Jahren alle notwendigen Datenbanken aktualisiert werden. Dafür wurden die besagten 68 Vollzeitäquivalente, das heißt VBE, Datenerfassungskräfte befristet eingestellt.

Es ist erwähnt worden, dass hier Software notwendig ist. Auch da ergibt sich eine schöne Sache. Für die Software ist Bayern zuständig. Bayern ist in der Lage, zwei Modelle zu programmieren. Das haben sie uns zugesagt. Wir werden mal sehen, wie schnell die Bayern sind, das auch umzusetzen.

Meine Damen und Herren, zusätzlich müssen 500.000 Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken erstmals steuerlich erfasst werden, für die bisher keine Einheitswertfeststellung erfolgt war. Das hängt nicht daran, dass wir faul waren, sondern dass bisher die Nutzer der Grundstücke erfasst waren und jetzt müssen es die Eigentümer sein.

Wir haben auch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Koordinierung der sogenannten automationstechnischen und fachlichen Umsetzung eingerichtet. Anfang September 2018 wurde im Thüringer Finanzministerium eine Projektgruppe eingerichtet mit dem Auftrag, die notwendigen organisatorischen und automationstechnischen Maßnahmen zu verifizieren und entsprechende Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Wir haben dazu auch extra im Januar 2019 eine Stabsstelle "Umsetzung der Grundsteuerreform" eingerichtet.

Wir haben jetzt die Regierungsentwürfe vorliegen. Meine Damen und Herren, die Änderung des Grundgesetzes muss gestemmt werden. Da kann ich auch noch mal aus den Verhandlungen berichten: Natürlich haben sich auch die nicht an der Bundesregierung beteiligten Parteien – insbesondere die FDP und auch die Grünen – im Bundesrat mit beteiligt, weil sie in Länderparlamenten sitzen, weil sie auch zum Teil die Finanzminister in anderen Konstellationen stellen, und sich darum bemüht, dass wir bei einem einheitlichen Modell bleiben. Jetzt haben wir diese Aufspaltung, das heißt, die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer muss jetzt übertragen werden. Ich bin mir sicher, dass wir auch die Zweidrittelmehrheit im Bundestag dafür erreichen können.

Darüber hinaus werden wir als Länder zu umfassenden Abweichungen in landesrechtlichen Regelungen befugt. Wir werden sehen, wer diese Befugnis überhaupt annimmt, ob es Bayern tatsächlich tut, denn wir müssen eine Doppelrechnung machen – sowohl nach dem einen Prinzip, das die

### (Ministerin Taubert)

Mehrheit annimmt, als auch nach dem anderen Modell, was Bayern favorisiert –, denn die Auswirkung der Grundsteuerreform auf den Länderfinanzausgleich ist noch zu beachten. Die Bundesländer hatten sich versprochen, dass die reichlich 14 Milliarden Euro Steueraufkommen aus der Grundsteuer auch weiter dem Länderfinanzgleich als Berechnungsgrundlage dienen. Das bedeutet jetzt im Einzelfall, dass wir garantieren müssen, dass jedes Bundesland auch so gestellt wird – egal ob es die Steuer erhebt oder nicht, in voller Höhe oder nicht –, als ob es die Grundsteuer weiter so erhebt, wie es jetzt ist. Das heißt, wenn ich jetzt 100 Millionen Euro für die Grundsteuer in den Länderfinanzausgleich eingezahlt habe, dann muss das auch in Zukunft sein. Wenn ich aber nur 50 Millionen Euro bei den Gemeinden erhebe, weil ich sage, ich entlaste euch alle, dann wird das Land so gestellt, als ob weiterhin 100 Millionen Euro dabei sind. Auch das muss beachtet werden.

Meine Damen und Herren, so weit zu dieser Reform. Es ist viel dazu gesagt worden. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Auch für die Zukunft sind wir gut aufgestellt, weil die Pauschalierung, die das Bundesfinanzministerium jetzt mit ihren Faktoren in diesen Entwurf der Bewertung hineingegeben hat, ermöglicht uns, dass wir regelmäßig wieder Grundsteuerneubewertungen vornehmen können und dass wir dann natürlich auf die Daten zugreifen können, die automatisiert vorhanden sind.

Ich will nur eins erwähnen: Mindestmaß ist ja, dass wir nicht nur die Grundstücksgröße nehmen – also jemand hat 1.000 Quadratmeter in Erfurt und ein anderer hat 1.000 Quadratmeter in Helmershausen in der Rhön. Das ist die Grundstücksgröße. Dazu gibt es einen sogenannten Bodenrichtwert. Der ist in Erfurt zugegebenermaßen in der Zentrumslage etwas höher als in Helmershausen, einem Dorf in der Rhön. Dieser Bodenrichtwert wird für die Bewertung herangezogen. Wir haben das in einem Kataster von Anfang an sehr vorbildlich gelöst. Da kann man den vorhergehenden Landesregierungen, die das umgesetzt haben, nur dankbar sein, dass das so stringent erfolgt ist. Dazu kommen dann einzelne andere Dinge, zum Beispiel Vergleichsmieten usw., sodass wir das am Ende auch automatisiert berechnen können und sich der Aufwand dann auch in Zukunft in Grenzen hält. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Kuschel, Fraktion Die Linke.

# Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die AfD versucht, sich hier wieder im finanzpolitischen Tiefflug zu bewegen. Ein paar ergänzende Bemerkungen machen sich noch erforderlich, damit klar wird, was die AfD hier eigentlich will und wie das Gemeinwesen dadurch insgesamt Schaden nehmen würde.

Zunächst erst mal: Wer finanziert denn diesen Staat? Zu 84 Prozent entstammen die Steuern aus lohnabhängiger Arbeit und dem Verbrauch im Allgemeinen und nur 16 Prozent stammen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen. Dieses Verhältnis war 1992 60:40. Also 1992 kamen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen.

# (Abg. Kuschel)

schaftlicher Betätigung und Vermögen noch 40 Prozent des Steueraufkommens. Das ist eine Verwerfung, mit der müssen wir uns beschäftigen. Die Grundsteuer ist die letzte verbliebene Steuer, die Anlagevermögen in diesem Lande besteuert, nachdem die Vermögenssteuer ausgesetzt ist. Wenn Sie daran auch noch rütteln wollen, heißt das, Sie wollen künftig, dass nur noch die lohnabhängig Beschäftigten und Verbraucher das Gemeinwesen finanzieren,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Genau das wollen die!)

und das wollen wir nicht. Wir wollen eine ausgewogene Steuerpolitik,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bei der auch Vermögen und Ertrag aus wirtschaftlicher Betätigung angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Das Fiskalvermögen in diesem Lande wird noch über die Abgeltungssteuer gesteuert. Deshalb wäre es auch ungerecht, die Grundsteuer abzuschaffen, weil dann eine weitere "Unwucht" eintritt, dass nämlich das Fiskalvermögen weiter besteuert wird und das Grundvermögen nicht. Das sollen Sie Ihren Wählern sagen und dann können die mal entscheiden, ob das wirklich zukunftsfähig ist.

### Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter ...

### Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Das ist es nicht. Danke.

### Vizepräsidentin Jung:

Danke. Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Möller, Sie haben 40 Sekunden.

#### Abgeordneter Möller, AfD:

Also, Herr Kuschel,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Mit Tieffliegern unterhalte ich mich nicht!)

wenn Sie sagen, dass die Grundsteuer nur irgendwelche Anlagenbesitzer, irgendwelche Hausbesitzer bezahlen, dann haben Sie offensichtlich überhaupt keine Ahnung von den Zahlungsmechanismen im Wohnungsmarkt.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Quatsch!)

Sie regen sich doch immer auf, dass die Mieten so hoch sind. Sie wissen ganz genau oder Sie müssten es eigentlich wissen, wenn Sie hier so groß tönen, dass die Grundsteuer – natürlich als Nebenkosten – in der Regel auf die Miete umgelegt wird. Und wer zahlt sie denn dann? Der Hartz-IV-Empfänger am Ende genauso wie die Alleinerziehende mit Kind.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Haben Sie mir zugehört? Sie erzählen Quatsch!)

Wo bleibt dann da Ihr sozialer Anspruch? Der ist weg, der ist weg.

(Beifall AfD)

# (Abg. Möller)

Sie haben einfach keine Ahnung von dem, was Sie reden oder Sie reden absichtlich Unsinn.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie haben vielleicht noch Ahnungen, aber ich habe Kenntnisse!)

# Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Kuschel.

# Abgeordneter Möller, AfD:

Wir können das ja später noch mal vertiefen.

(Beifall AfD)

### Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe den ersten Teil und rufe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde auf

b) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema: "Mordfall Lübcke – Rechtsterroristische Netzwerke auch in Thüringen bekämpfen" Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7421 -

Ich eröffne die Aussprache und erteilte das Wort der Abgeordneten Marx, Fraktion der SPD.

### Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, der Mord an Walter Lübcke ist vor allem eine Tragödie für seine Angehörigen und Freunde, denen ich namens meiner Fraktion und sicher des ganzen Hauses an dieser Stelle mein aufrichtiges Beileid ausdrücken und viel Kraft wünschen möchte. Ich danke auch ausdrücklich noch einmal der Landtagspräsidentin für die heutige Schweigeminute für Walter Lübcke.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat darauf hingewiesen, dass der Verstorbene lange Zeit – zehn Jahre – auch in Thüringen gewirkt hat.

Die Hintergründe für diesen feigen Mord sind noch nicht vollständig aufgeklärt. Die Ermittlungen, die der Generalbundesanwalt an sich gezogen hat, laufen noch. Gleichwohl erreichen uns fast täglich neue Meldungen zu diesem Fall, die uns mit großer Sorge erfüllen müssen. Walter Lübcke ist nicht das erste Todesopfer rechter Gewalt. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt allein seit dem Jahr 1990 insgesamt 193 Opfer, die aus extrem rechten oder rassistischen Motiven zu Tode gebracht

# (Abg. Marx)

worden sind. Gleichwohl ist es der erste politische Mord an einem Repräsentanten des Staates seit vielen Jahrzehnten und der traurige Siedepunkt eines seit Jahren verrohenden gesellschaftlichen Klimas. Unser Staat konnte Walter Lübcke davor nicht schützen.

Für dieses verrohende Klima tragen alle – auch Teile hier im Hohen Haus – eine Mitverantwortung, die die Verächtlichmachung ihrer politischen Gegner, Hass und Hetze den Boden bereiten und damit Radikalisierungstendenzen befördern. Das Sagbare verschieben, das Machbare folgt nach. Wer, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Menschen jagen, erlegen, entsorgen will – oder wie der erst frisch gewählte Europaabgeordnete Maximilian Krah nur einen Tag nach dem Mord an Walter Lübcke verkündete: "Wir schießen den Weg frei" –, der äußert keine Kritik, der hasst.

# (Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und er muss sich nicht wundern, wenn andere das dann umsetzen, denn "Taten statt Worte" ist übrigens ein NSU-Motto gewesen.

Schon bevor der Tatverdächtige gefasst wurde, erinnerte die augenscheinliche Hinrichtung Walter Lübckes an die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds, die in Thüringen ihren Anfang genommen haben. Als der mehrfach vorbestrafte Tatverdächtige Stephan E. gefasst wurde, erhärtete sich schnell der Verdacht rechter Motive, die der Tatverdächtige in seinem Geständnis bestätigte. Die Frage kam gleich wieder auf, ob er ein Einzeltäter war oder Teil eines rechtsterroristischen Netzwerks ist. Ich persönlich habe nicht verstanden und werde auch weiterhin nicht verstehen, wie man ihn als einen "Schläfer" bezeichnen konnte nach alldem, was eigentlich schon sofort über ihn bekannt wurde.

Vieles spricht gegen die Theorie des Einzeltäters. Nach derzeitigem Erkenntnisstand war Stephan E. jahrelang in der extrem rechten Szene aktiv und dort sehr gut vernetzt. Gegen die Einzeltäter-These spricht auch, dass der Tatverdächtige auf konspirative Weise Waffen gehortet hat. Die Ermittler fanden fünf Waffen, darunter eine Pumpgun und eine Maschinenpistole, die Stephan E. auf dem Gelände seines Arbeitgebers in einem Erddepot vergraben hatte. Besonders brisant ist dabei, dass die Tatwaffe laut Aussage des Tatverdächtigen von Markus H. beschafft wurde, der bereits 2006 im Zuge des NSU-Mordes an Halit Yozgat als Zeuge vernommen wurde. Wir haben sehr viele Berührungspunkte der rechtsextremen Szene in Nordhessen, Niedersachsen und Nordwestthüringen. Deswegen müssen auch Bekannt- und Kennverhältnisse nach Thüringen unterstellt werden.

Auch der Widerruf des Geständnisses, der inzwischen erfolgte, in dem Stephan E. angegeben hat, als Einzeltäter gehandelt zu haben, wirft Fragen auf. Aus Ermittlungskreisen heißt es dazu, das Geständnis sei derart detailreich und ausführlich gewesen, dass sich daraus keine Auswirkungen auf die Ermittlungen ergeben, sondern die früheren Angaben weiterhin verwertet werden können. Ich frage mich, ob das frühe Geständnis nicht vielmehr der Versuch war, von Mittätern oder Mitwissern abzulenken. Wir wissen, dass Zeugen zwei Fahrzeuge am Tatort wegfahren sehen haben.

Nach dem Mord an Walter Lübcke stellt sich einmal mehr die Fragen, ob in Deutschland rechtsterroristische Netzwerke operieren oder ob gar Teile des NSU, die noch immer auf freiem Fuß sind, nach wie vor Verbrechen begehen. Es sind ja auch noch Anklagen im NSU-Verfahren offen. Diese

### (Abg. Marx)

Frage zu klären, wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein. Auch die Politik muss ihrer Verantwortung gerecht werden. Das sind wir Walter Lübcke und seiner Familie sowie allen anderen Opfern schuldig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Anfang dazu ist, dass von unserem Haus aus hier ein starker Appell ausgehen muss, dass wir die Würde des Menschen wieder gemeinsam achten sollten. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der CDU hat Abgeordneter Walk das Wort.

### Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher auf der Tribüne, am 2. Juni wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses in Wolfhagen-Istha durch einen Kopfschuss des Tatverdächtigen Stephan E. getötet. Inzwischen wird durch die Generalbundesanwaltschaft auch gegen zwei weitere Männer aus Dortmund und Kassel, über die der Täter Waffen bezogen haben soll, wegen Beihilfe zum Mord ermittelt.

Getötet, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wurde aber nicht an erster Stelle ein Politiker, kaltblütig ermordet wurde ein Mensch, Walter Lübcke, Ehemann, Vater, Großvater und vielen ein Freund. Auch ich kannte Walter Lübcke persönlich. Seiner Familie und seinen Angehörigen gelten unser tief empfundenes Beileid und unser Mitgefühl.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses erbärmliche, feige Attentat ist auch ein Anschlag auf uns alle, ein Angriff auf Rechtsstaat und Demokratie. Schon Anfang des Jahres – und deswegen muss es eigentlich nicht verwundern, Frau Kollegin Marx hat es auch schon angesprochen – hatte das Bundeskriminalamt davor gewarnt, dass rechtsextreme Einzeltäter oder Kleinstgruppen schwerste Gewalttaten auch auf Politiker begehen könnten. Und wir wissen, viele, die in unserem Land Verantwortung tragen, Verantwortung übernehmen auch und gerade ehrenamtlich mitten in unserer Gesellschaft, werden tagtäglich ohne jedes Unrechtsbewusstsein und unverhohlen beschimpft und bedroht.

Die Landtagspräsidentin hatte heute Morgen in der Gedenkminute auch die Verrohung der Sprache angesprochen und zu Recht an die Verantwortung von uns allen hier im Hause appelliert. Hetze und Hass, Gewalt und Mord – die Gewaltspirale beginnt immer mit der Relativierung von Gewalt, Gewalt der Sprache, Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen Menschen. Ich sage ganz klar: Wer den Nährboden menschenfeindlicher Hetze düngt, macht sich mitschuldig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Wort zu den Ermittlungen: Positiv ist festzustellen, dass es den Ermittlungsbehörden gelungen ist, sehr schnell den Tatverdächtigen festzunehmen und inzwischen weitere Mittäter und Helfer zu

# (Abg. Walk)

ermitteln. Daher gilt den Ermittlungsbehörden unser Dank. Dennoch sind viele Fragen offen. Gerade und insbesondere interessieren uns die aus meiner Sicht nahe liegenden Bezüge nach Thüringen. Zu fordern ist hier eine zügige und umfassende Aufklärung zu weiteren Hintergründen, zu den genauen Tatabläufen, zu Netzwerken und weiteren Unterstützern.

Damit ein Blick auf die Lage des Rechtsextremismus in Thüringen: Der Verfassungsschutz geht von über 800 Rechtsextremisten in Thüringen aus. Ich will noch mal eingehen auf die Antwort der Landesregierung vom Januar, Herr Minister, auf meine Kleine Anfrage zu rechtsextremen Netzwerken in Thüringen in Drucksache 6/6654, denn diese zeigt erschreckend auf, dass allein zu 15 in der Anfrage angeführten neuen rechtsextremistischen Gruppierungen nur völlig unzureichende Erkenntnisse vorliegen. Über die von mir beispielsweise angefragten Personenzahlen und Aktivitäten dieser Gruppierungen konnte wenig bzw. gar nichts in Erfahrung gebracht werden. Das ist ein Bild, was uns nicht zufriedenstellen kann und vor allem eines deutlich macht: Wir müssen diese Netzwerke aufklären, die Szene entwaffnen, mögliche Mittäter und Unterstützer zur Verantwortung ziehen. Dazu müssen allerdings die Sicherheitsbehörden gestärkt werden, insbesondere der Verfassungsschutz – da bin ich bei meiner Kollegin Marx, die das genauso sieht –: Verfassungsschutz stärken und nicht abschaffen. Durch Personal, aber auch durch einen verstärkten Einsatz von V-Leuten sowie die Überwachung verschlüsselter Messengerdienste. Nur so kann der Verfolgungsdruck auf Staatsfeinde, auf die Feinde der Demokratie massiv erhöht werden.

Fakt ist aber auch, der Verfassungsschutz leidet unter chronischer Unterbesetzung. Und das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch der Präsident des Amts für Verfassungsschutz. Der Verfassungsschutz ist ein notwendiges Frühwarnsystems. Und natürlich, das ist doch selbstverständlich, muss er dabei parlamentarisch kontrolliert werden. Wir haben in Thüringen ein sehr modernes Verfassungsschutzgesetz, was die parlamentarische Kontrolle angeht. Ich will hier noch mal sagen, dass ich davon überzeugt bin, dass die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission parteiübergreifend ihre Aufgabe sehr verantwortungsvoll, sorgfältig und gewissenhaft wahrnehmen.

Abschließend: Zum Grundgesetzjubiläum vor wenigen Wochen war viel die Rede von unserer wehrhaften Demokratie und die ist nach dem feigen Mord an Walter Lübcke offen herausgefordert. Walter Lübcke musste ganz offensichtlich sein Leben lassen, weil er öffentlich und mit klaren Worten für das eintrat, was als Fundament unserer offenen Gesellschaft gilt, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Darauf können wir auch stolz sein. Wir können stolz sein auf das, was unsere Gesellschaft zusammenhält, nämlich Anstand, Toleranz und Menschlichkeit.

(Beifall CDU, SPD)

# Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Adams, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

# Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank, Frau Präsidentin, für das Gedenken am Anfang dieser Plenarsitzung. Vielen Dank dafür, dass wir damit un-

# (Abg. Adams)

ser Beileid und unser Mitgefühl der Familie und den Angehörigen von Walter Lübcke ausdrücken konnten.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Walter Lübcke war ein Mensch, der Nächstenliebe als Verantwortung auch für die Aufnahme von geflüchteten Menschen verstanden hat. Das war mutig in einem Deutschland im Jahre 2015. Am Ende ist es so, dass er dadurch zum Hassobjekt wurde und am Ende auch ermordet wurde, für diese Haltung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die innenpolitische Debatte drehte sich von da an sofort darum: Ist es ein Einzelfall, ist es ein Einzeltäter? Wir Grüne können nur sagen: weder – noch. Weder ist es ein Einzelfall, weder auf der internationalen Ebene, wenn wir die schrecklichen Taten des Breivik sehen oder des Attentäters von Christchurch denken, noch im deutschen Kontext. Seit 1990, Kollegin Marx hat es gerade gesagt, hat die Antonio Amadeu Stiftung fast 200 Morde aus rechtsextremistischen Bezügen oder Tatmotiven heraus gesehen. Es sind dazu auch die Morde des NSU zu zählen. Darum ist es eine große Verantwortung hier im Thüringer Landtag, auf solche rechtsextremistischen Umtriebe, auf solchen Rechtsterror mit besonderer Sorgfalt zu schauen und die nicht unter den Tisch fallen zu lassen.

# (Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört dazu, die Gruppe Freital als rechtsterroristische Vereinigung zu klassifizieren und zu sehen, und es gehört dazu, die Tat des Stefan E. zu sehen. Es sind keine Einzelfälle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch die vermeintliche Einzeltäterschaft kann nicht bejaht werden. Diese Menschen sind alle eingebunden gewesen in große rechte Strukturen und sie sind dort aktiv gewesen. Auch wenn sie formal nicht weiter erkennbar gewesen sind oder formal inaktiv gewesen sind, weil sie nicht öffentlich aufgetreten sind, dennoch sind sie in diesen Strukturen immer geborgen gewesen und es gilt diese Strukturen deutlich zu machen. Diese vermeintliche Inaktivität der rechten Täter, der Rechtsterroristen, ist vielmehr als Teil einer Strategie zu sehen, die immer schon im rechten Raum diskutiert wurde, nämlich die des einsamen Wolfs: sich zurückzuziehen, leise zu werden und leise, schweigend tödlich zu sein. Das ist das Ziel des Rechtsextremismus und das ist die große Herausforderung unserer Sicherheitsbehörden, diese geplante leise Tödlichkeit des Rechtsterrorismus deutlich zu machen und dem etwas entgegenzusetzen.

# (Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Strukturen aufklären, denn diese Strukturen sind die Rückzugsräume der Rechtsterroristen. Wir müssen die Strukturen der rechten Extremen verdeutlichen und sie in die gesellschaftliche Diskussion holen. Es gilt, nicht mehr weiter wegzusehen. Und wir brauchen eine öffentliche Debatte um die Debattenkultur in unserem Land. Eine große Illustrierte hat es im Fall des von Walter Lübcke in einen Satz, in eine Überschrift gebracht: "Einsatz – und der Hass danach".

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Walter Lübcke hatte an einer Veranstaltung teilgenommen und hat dafür geworben, Menschen, die als Geflüchtete zu uns gekommen sind, auch aufzunehmen. Er hat dafür geworben vor Ort und das Video, das über diese Veranstaltung gedreht wur-

# (Abg. Adams)

de, ist bei den Rechten, bei den Rechtspopulisten zum Kultvideo geworden. Beschimpfungen, Hass und Hetze waren die Kommentare. Und das nehme ich Ihnen übel. Ich nehme Ihnen diesen Hass übel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Uns?)

Wir alle, von der CDU bis zur Linken, haben immer harte Auseinandersetzungen geführt, Kollege Primas hat das vorhin sehr deutlich gemacht. Aber es war nie Hass. Sie haben heute die Chance, nicht nur sich zu distanzieren, sondern es deutlich zu sagen, dass Sie diesen Rechtsterrorismus, dass Sie diese Morde verurteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen eine gut ausgestattete Polizei mit einer hohen Analysefähigkeit und da kann auch unser IDZ in Thüringen helfen. Wir brauchen Aufklärung über rechte Strukturen und wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Haltung von Institutionen wie unserer freien Presse, unserer unabhängigen Gerichte und des offenen Wortes eines Regierungspräsidenten, Walter Lübcke, das nicht verstummen darf. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Möller das Wort.

# Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Also zunächst mal zu Ihnen, Herr Adams: Ihre infame Unterstellung, Herr Lübcke würde von meiner Fraktion oder von mir, oder von wem auch immer in unserer Fraktion gehasst werden oder wäre gehasst worden, weise ich hier erst einmal eingangs zurück und zwar mit aller Deutlichkeit.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: An ihren Taten sollst du Sie messen!)

Ihre Dummheit, solche Bemerkungen in so einer Aktuellen Stunde dann auch noch einzubringen, die spricht im Grunde für sich selbst, muss ich jetzt mal sagen, Herr Kuschel. Dann werden Sie mal konkret, Herr Adams. Dann werden Sie mal konkret und belegen bitte Ihre infame Behauptung, wo einer von unserer Fraktion entsprechenden Hass um sich gespritzt hätte.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Wir lesen alle Ihre Facebook-Einträge!)

Es ist einfach unerträglich, was Sie hier erzählen. Der Mord an Walter Lübcke ist erschütternd und unser Mitgefühl das gilt in diesen Stunden seinen Angehörigen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# (Abg. Möller)

Wir haben immer klargemacht, dass Gewalt niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung werden darf. Wir sind selbst übrigens auch Opfer dieser Gewalt geworden, wir wissen also sehr genau, wovon wir reden.

(Unruhe DIE LINKE)

Deswegen haben wir das auch als Rechtsstaatspartei immer wieder klar gemacht.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Rechtspartei!)

Hier im Thüringer Landtag haben wir auch entsprechende Anträge gestellt, die also auch diesem Ziel dienen, Gewalt aus der Politik zu entfernen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rechte Strukturen deutlich zu machen! Rechte Parteien zu bekämpfen!)

Zu dem Fall Walter Lübcke, Herr Adams, werde ich hier überhaupt nichts Konkretes sagen – einfach schon aus dem Grund, dass die Pietät es verbietet, zum jetzigen Zeitpunkt irgendwelche Spekulationen über Tatverlauf, Motive und so weiter und so fort hier auszusprechen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie haben ein großes Interview dazu gegeben!)

(Beifall AfD)

Ich habe kein großes Interview geführt. Ich wurde gefragt und ich habe eine kurze Antwort darauf gegeben, in der ich gesagt habe, dass dieser Fall noch aufgeklärt werden muss. Dieser Fall wird aufgeklärt – und er wird nicht aufklärt von Ihnen, von den Grünen, auch nicht von der SPD oder von den Linken. Er wird von der Staatsanwaltschaft aufgeklärt, von der Polizei und den dabei mit im Boot sitzenden Ermittlungsbehörden.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Kommentare sind gedruckt!)

Alles weitere, zu spekulieren was Anlass dieses Mordes war, das sollte man mit der gebotenen Pietät zurückstellen, denn das wäre nichts anderes als die politische Instrumentalisierung eines Mordes.

(Beifall AfD)

Das ist eine sehr unanständige Sache, Herr Adams. Das sollten Sie eigentlich wissen. Insofern kritisieren wir auch, was sich in den letzten Tagen und Wochen seit Bekanntwerden des Mordes und des mutmaßlichen Täters an politischer Instrumentalisierung hier in Deutschland leider im öffentlichen Raum zugetragen hat. Ich sage es auch ganz offen: Die Debattenkultur leidet beidseitig. Gerade auch in diesem Punkt sind Aussagen getroffen worden, die so menschenfeindlich waren, dass sie sich überhaupt nichts nehmen mit Aussagen von Rechtsextremisten, die man zu Recht angreifen kann –

(Beifall AfD)

dasselbe Spiel nur anders herum. Hier sollten einmal alle Seiten in Demut in sich gehen und überlegen, ob der Ton, den man dem politischen Gegner gegenüber anschlägt noch angemessen ist und ob der nicht vielleicht auch zur Eskalation beiträgt.

# (Abg. Möller)

```
(Unruhe DIE LINKE)
```

(Beifall AfD)

Wir werben dafür. Im Übrigen meinen wir, dass jetzt die Zeit ist zu trauern. Für die Ermittlungsbehörden ist es die Zeit, zu ermitteln. Wenn dann irgendwann eine Verurteilung erfolgt ist, kann man sagen, jetzt ist der Fall zu beurteilen, aber eben nicht früher. Danke schön.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Was ist mit der Spende des Mörders an die AfD?)

(Beifall AfD)

Ach ja, wissen Sie, Frau König-Preuss, schön, dass Sie es jetzt noch einmal hineingerufen haben. Das war auch eine absolute infame Aktion von Ihnen. Sie haben also einfach einmal versucht, ins Blaue hinein eine Behauptung aufzustellen, dass es eine Verbindung zur AfD gäbe. Dabei ist eigentlich jedem, der sich mit dem Fall ein bisschen beschäftigt hat, sofort klar geworden, es gibt mannigfaltige Kontakte dieses Verdächtigen zur NPD, es gibt keinen einzigen Kontakt zur AfD, aber Sie konnten es einfach nicht lassen.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Was ist mit der Spende?)

In Ihrem Hass auf die AfD mussten Sie diesen Fall in irgendeiner Form instrumentalisieren zum Kampf gegen die AfD. Da haben Sie einfach etwas erfunden und in den öffentlichen Raum gestellt. Sie haben etwas erfunden.

(Beifall AfD)

Sie haben keinen Beleg dafür und Sie halten es jetzt immer noch für richtig, mit solchen Methoden hier eine politische Auseinandersetzung zu führen. Das ist unredlich.

(Beifall AfD)

#### Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Möller, Ihre Redezeit ist zu Ende!

# Abgeordneter Möller, AfD:

Sie sind wirklich ein gutes Beispiel dafür, wie unredlich diese Debatte geführt wird.

### Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete König-Preuss das Wort.

# Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Von Neonazis ermordet: Walter Lübcke; Christopher W.; Daniel Ernst; Selçuk K#l#ç; Janos Roberto Rafael; Can Leyla; Chousein Daitzik; Sevda Dag; Giuliano Josef Kollmann; Sabina Sulaj; Armela Sehashi; Dijamant Zabergja; Charles Werobe; Karl Heinz L.; Klaus-Peter Kühn; André Kleinau; Duy-Doan Pham; Kamal Kilade; Sven M.; Marwa El-Sherbini; Marcel W.; Rick Langenstein; Hans-Joachim Sbrzesny; Karl-Heinz Teichmann; Bernd Köhler; Peter Siebert; M. S.; Michèle Kiesewet-

# (Abg. König-Preuss)

ter; Andreas F.; Andreas Pietrzak; Halit Yozgat; Mehmet Kuba##k; Tim Maier; Mann; 44 Jahre alt; Theodorus Boulgarides; Ismail Ya#ar; Thomas Schulz; Mehmet Turgut; Martin Görges; Oleg Valger; Waldemar Ickert; Aleksander Schleicher; Viktor Filimonov; Stefanos C.; Petros C.; Alja Nickel; Mechthild Bucksteeg; Hartmut Nickel; Thomas K.; Gerhard Fischhöder; Günter T.; Enrico Schreiber; Andreas Oertel; Hartmut Balzke; Ahmet Sarlak; Marinus Schöberl; Ronald Masch; Kajrat Batesov; Klaus Dieter Lehmann; Ingo B.; Habil K#l#ç; Doris Botts; Dieter Manzke; Süleyman Ta#köprü; Abdurrahim Özüdo#ru; Axel Urbanietz; Mohammed Belhadj; Fred Blank; Willi Worg; Eckhardt Rütz; Belaid Baylal; Malte Lerch; Enver #im#ek; Norbert Plath; Jürgen Seifert; Klaus-Dieter Gerecke; Matthias Larisch von Woitowitz; Yvonne Hachtkemper; Thomas Goretzky; Alberto Adriano; Falko Lüdtke; Dieter Eich; Helmut Sackers; Bernd Schmidt; Jörg Danek; Ruth Zillenbiller; Horst Zillenbiller: Karl-Heinz Lietz: Daniela Peyerl: Hans-Werner Gärtner: Kurt Schneider: Patrick Thürmer: Carlos Fernando; Peter Deutschmann; Egon Effertz; Omar Ben Noui; Nuno Lourenço; Erich Fisk; Jana G.; Josef Anton Gera; Georg Jürgen Uhl; Matthias Scheydt; Augustin Blotzki; Horst Gens; Phan Van Toau; Chris Danneil; Olaf Schmidke; Stefan Grage; Frank Böttcher; Achmed Bahir; Werner Weickum; Boris Morawek; Bernd Grigol; Martin Kemming; Sven Beuter; Patricia Wright; Andreas Götz; Sylvio Amoussou; Rabia El Omari; Jean-Daniel Makodila; Legrand Makodila; Christelle Makodila; Miya Makodila; Christine Makodila; Françoise Makodila; Nsuzana Bunga; Maiamba Bunga; Klaus-Peter Beer; Dagmar Kohlmann; Peter T.; Horst Pulter; Michael Gäbler; Piotr Kania; Gunter Marx; Jan W.; Beate Fischer; Klaus R.; Eberhart Tennstedt; Ali Bayram; Bakary Singateh; namentlich unbekannter Obdachloser; Hans-Georg Jakobson; Horst Hennersdorf; Gülüstan Öztürk; Saime Genç; Hülya Genç; Hatice Genç; Gürsün #nce; Matthias Lüders; Hans-Peter Zarse; Mustafa Demiral; Mike Zerna; Mario Jödecke; Karl Sidon; Sahin Calisir; Hans-Jochen Lommatzsch; Bruno Kappi; Yeliz Arslan; Ayse Yilmaz; Bahide Arslan; Silvio Meier; Alfred Salomon; Karl-Hans Rohn; Rolf Schulze; Waltraud Scheffler; Günter Schwannecke; Frank Bönisch; Ireneusz Szyderski; Dieter Klaus Klein; Sadri Berisha; Emil Wendland; Thorsten Lamprecht;

### Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

# Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Nguyen Van Tu; Erich Bosse; Ingo Finnern; Gustav Schneeclaus; Dragomir Christinel; Matthias Knabe; dreiköpfige Familie aus Sri Lanka.

Es ist nicht gelungen,

# Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ...

### Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

in den fünf Minuten alle Namen aller Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland zu nennen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Minister Maier das Wort.

# Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte, ich bin ein bisschen berührt.

Nun zum Fall: Die Ermittlungen zur Tat, zu möglichen weiteren Tatbeteiligten und zur Motivation sind noch nicht abgeschlossen. Die beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtete Sonderkommission arbeitet mit Hochdruck an der Aufklärung dieses Tötungsverbrechens. Die Sicherheitsbehörden Thüringens prüfen aufgrund der relativen Nähe des Tatorts und des Wohnorts des Tatverdächtigen mögliche Verbindungen nach Thüringen. Es werden ebenso intensiv und vorrangig Ermittlungsersuchen der hessischen Sonderkommission von den Thüringer Sicherheitsbehörden bearbeitet und deren Arbeit uneingeschränkt unterstützt. Dazu hat zum Beispiel das Landeskriminalamt Thüringen die Arbeitsgruppe "Nexus" eingerichtet, um mögliche Erkenntnisse aus Thüringen den hessischen Kollegen gebündelt und bewertet zur Verfügung zu stellen. Auch wurden Erkenntnisse des Amtes für Verfassungsschutz zum möglichen Umfeld des Tatverdächtigen den strafrechtlichen Ermittlungsbehörden über den Verfassungsschutzverbund übermittelt.

Ich versichere, dass wir unseren Beitrag zur Aufklärung der Tötung von Dr. Walter Lübcke leisten und das Hessische Landeskriminalamt und den Generalbundesanwalt bei ihren Ermittlungen unterstützen werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Jung:

Ich schließe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde und rufe den dritten Teil der Aktuellen Stunde auf

c) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: "Intransparenz von Immobiliengeschäften der Landesregierung in Gera" Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7434 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Kowalleck, Fraktion der CDU.

### Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat die Intransparenz von Immobiliengeschäften der Landesregierung in Gera als Thema der heutigen Aktuellen Stunde eingebracht.

# (Abg. Kowalleck)

Wir hätten diesen Vorgang, den wir aus den Medien erfahren haben, sehr gerne bereits am Freitag im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen. Leider wurde unser Antrag von Rot-Rot-Grün einfach weggewischt und nicht behandelt. Auch die Landesregierung sah sich außerstande, Auskünfte zu erteilen. Die Landesregierung ist anscheinend unwillig, dem Parlament zu ihrem Immobiliendeal Auskunft zu geben. Die sonst von der Landesregierung stets beschworene Transparenz wird in diesem Fall nicht beachtet.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Falsch!)

Deshalb erwarten wir heute Auskunft durch die Landesregierung über den Kauf von Anteilen der GWB Elstertal in Gera. Die Öffentlichkeit wird mitunter auch auf Twitter vom Ministerpräsidenten mit entsprechenden Informationen versorgt, so auch hier im Fall der Wohnungsbaugesellschaft Gera, als der Thüringer Ministerpräsident twitterte – ich zitiere –: "In Gera entziehen wir 5.000 Wohnungen den Spekulanten und holen sie zurück in öffentliches Eigentum. Die Verhandlungen sind heute erfolgreich abgeschlossen worden."

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor Sie klatschen, sollten Sie vielleicht meinen weiteren Ausführungen lauschen, denn niemand entzieht hier irgendetwas.

(Unruhe DIE LINKE)

Es werden lediglich Wohnungen auf dem Immobilienmarkt angeboten. Und was macht die Landesregierung? Sie kündigt einen Kauf an und macht wohl alles andere dabei als ein gutes Geschäft. Natürlich hat der Geraer Bürgermeister auch recht, wenn er sagt, dass er Unterstützung braucht.

(Zwischenruf Abg. Hausold, DIE LINKE: Oberbürgermeister!)

Dafür haben wir Verständnis. Aber eines steht auch fest: Investitionshilfen, ob für Gera oder andere Kommunen, gehen auch ohne fragwürdige Immobiliendeals.

(Beifall CDU)

In dieser Situation macht es sich der Thüringer Ministerpräsident einfach, indem er meint, an allem wäre die CDU-Vorgängerregierung schuld.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Freilich, der Ministerpräsident hat recht!)

Die Tatsachen sprechen auch hier eine andere Sprache.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja, Herr Geibert war's!)

Schließlich hat auch in Gera über Jahre die Linke die Stadtratsmehrheit gehabt. Die Geschichte der Insolvenz der Stadtwerke ist hinlänglich bekannt. Zum Zeitpunkt des Verkaufs im Jahr 2016 hatten wir eine rot-rot-grüne Landesregierung. Damals hatte Benson Elliot den Mehrheitsanteil aus der Insolvenzmasse der Geraer Stadtwerke erworben.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ihr habt die Stadtwerke in die Insolvenz geschickt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aktuell gibt es Hunderte leere Wohnungen in Gera. Es gibt also keine Wohnungsnot vor Ort. Der Thüringer Ministerpräsident und seine Landesregierung

# (Abg. Kowalleck)

bedienen sich einer verbreiteten Methode der von ihm als Spekulanten gescholtenen Steuervermeidung bei der Grunderwerbssteuer durch die berüchtigten Share Deals.

(Zwischenruf Abg. Korschewsky, DIE LINKE: Ein Schwachsinn!)

Auch hierzu gab die Landesregierung dem Parlament keinerlei Auskunft. Was noch schlimmer wiegt: Mit dem Share Deal bedient sich die rot-rot-grüne Landesregierung eines Tricks, um genau der Steuer aus dem Weg zu gehen, die sie selbst auf den deutschlandweit höchsten Satz gesetzt hat. Der normale Thüringer Bürger hat diese Möglichkeit jedenfalls nicht und muss die hohe Grunderwerbsteuer zahlen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie begeben sich jetzt gefährlich auf AfD-Niveau!)

Das haben wir schon verschiedene Male an dieser Stelle kritisiert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Entweder stellen Sie sich dumm oder Sie sind es!)

Was wir wissen ist, dass der Deal die verfehlte Wohnungspolitik der Landesregierung offenbart. Angesichts des hohen Leerstands in Gera und weit unterdurchschnittlicher Mieten in dieser Stadt ist es absurd, dass das Land dort Wohnungen von einem privaten Investor zurückkaufen soll, um besser günstigen Wohnraum anbieten zu können. Bauen und Wohnen müssen erschwinglich bleiben. Gelingen kann das nur durch die Schaffung von zusätzlichen Wohnraum und durch weniger Regulierung. Wie der teure Rückkauf von erst vor wenigen Jahren von der Stadt Gera verkauften Wohnungen durch das Land helfen soll, dieses Ziel zu erreichen, ist völlig unklar.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Die Stadt hat verkauft? Nein, der Insolvenzverwalter hat verkauft!)

So wird jedenfalls keine einzige Wohnung geschaffen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich am Schluss einmal die Frage: Wie viele neue Wohnungen könnten im Freistaat für 70 Millionen Euro gebaut werden? Die Baukosten für eine Wohnung in Thüringen liegen bei 1.523 Euro je Quadratmeter. Bei 70 Millionen Euro sind das 45.962 Quadratmeter neue Wohnungsfläche.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie machen sich zum Lobbyisten!)

#### Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordnete Lukasch das Wort und ich begrüße sehr herzlich auf der Tribüne den Oberbürgermeister der Stadt Gera, Julian Vonarb. Herzlich Willkommen!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Abgeordnete Lukasch, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ebenfalls ein herzliches Willkommen, Herr Oberbürgermeister. Ich freue mich sehr, dass Sie der Aktuellen Stunde beiwohnen. Ich würde mal sagen, der Antrag "In-

# (Abg. Lukasch)

transparenz von Immobiliengeschäften der Landesregierung in Gera" ist ein bisschen spät. Die erste Pressemitteilung gab es schon im März und der Oberbürgermeister informierte den Stadtrat bereits im Januar. Sie hätten vielleicht mal mit Ihren Fraktionskollegen reden sollen.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Im Haushaltsausschuss haben Sie blockiert!)

Darum geht es gar nicht. Es geht um die zeitliche Folge. Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass Sie das am 24. Juni bei "Twitter" gelesen hätten. Hätten Sie die "Thüringer Allgemeine" am 16.04. gelesen, da stand schon alles drin.

Für das Problem, was verursacht wurde, dass die städtische Gesellschaft im Prinzip in die Insolvenz gegangen ist und öffentliches Eigentum damit vernichtet wurde, holen wir das jetzt wieder zurück.

### (Beifall DIE LINKE)

Ich glaube, dass das ein gutes Zeichen ist. Hier geht es nicht um das Geld und um rechte Tasche, linke Tasche und wie Sie da informiert werden. In Ihrem Antrag steht nicht ein einziges Wort dazu, dass es hier nicht nur um 5.000 Wohnungen geht, sondern es geht um die Mieterinnen und Mieter, die in Gera darin wohnen.

# (Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, ihnen Sicherheit zu schaffen, dass diese Wohnungen nicht noch mal und noch mal verkauft werden. Ich war gestern erst im Finanzministerium, herrenlose Grundstücke hundert Mal verkauft und es gibt keine Lösung, weil man die Eigentümer nicht findet. Um das zu vermeiden, ist das der einzig richtige Schritt, diese Immobilien wieder in Landeshoheit zu nehmen. Es gibt die Option, dass Gera die Wohnungen wieder zurückkaufen möchte. Das begrüße ich sehr, dass auch Gera dafür Anstrengungen unternimmt. Dass Zwischenschritte notwendig sind, um das zu gewährleisten, kann ich nur begrüßen.

Ich kann Ihre Haltung nicht verstehen. Sie hätten genauso gut im Infrastrukturausschuss nachfragen können oder mit einer Kleinen Anfrage. Es war längst in der Presse öffentlich bekannt. Der Stadtrat war zu jeder Zeit durch den Oberbürgermeister informiert.

# (Beifall DIE LINKE)

Angefangen im Januar bis zum März waren mehrere Personen im Stadtrat in Gera. Es war die Finanzministerin selbst im Stadtrat in Gera und hat darüber informiert und nach Lösungswegen gesucht. Nicht einfach nach dem Motto: Dann verscherbeln wir das, das kann man alles privatisieren. Man sucht nach Lösungswegen, das ehemals öffentliche Eigentum wieder zurückzuführen in die öffentliche Hand, damit man gewährleisten kann.

# (Beifall DIE LINKE)

Da spielt es keine Rolle, ob dort 4,50 Euro oder 7,00 Euro Miete gezahlt werden, denn es geht um die Bürgerinnen und Bürger, es geht um Stadtentwicklung, die man nur gemeinsam betreiben kann.

# (Beifall DIE LINKE)

# (Abg. Lukasch)

Ich habe viele Jahre in Gera gearbeitet, ich weiß, wo die Wohnungen stehen. Es ist nur Stadtentwicklung möglich, wenn man das gemeinsam aus einer Hand macht, denn das bei dieser Größenordnung einzeln zu verscherbeln, lohnt sich – wie gesagt – nicht. Ich finde, dieser Schritt geht in die richtige Richtung.

Verwunderlich ist schon, weil das ja im April und – wie gesagt – im Mai auch noch mal in der Presse war, der Oberbürgermeister war mehrmals beim MDR zu sehen zu diesem Thema, dass das in den Haushaltsberatungen gar keine Rolle gespielt hat. Wenn Sie da noch mal nachgefragt hätten, wo wir denn das Geld hernehmen, weil es ja in der Presse stand, das hätte mich dann nicht gewundert.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Jetzt sind wir schuld, dass die Landesregierung nicht informieren will, oder was?)

Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: Sie haben nie nachgefragt. Nie. Sie machen das jetzt zum Wahlkampfthema. Aber, liebe Bürgerinnen und Bürger, wir stehen an Ihrer Seite, und wir finden diesen Schritt richtig. Danke.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die AfD-Fraktion hat Abgeordneter Kießling das Wort.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Herr Kießling sagt die Unwahrheit!)

### Abgeordneter Kießling, AfD:

Herr Kuschel, benehmen Sie sich mal im Parlament!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Am 22. Juni twitterte Herr Bodo Ramelow auf seinem Kanal: "In Gera entziehen wir 5.000 Wohnungen den Spekulanten und holen sie zurück in öffentliches Eigentum. Die Verhandlungen sind heute erfolgreich abgeschlossen worden. Das ist konkrete Politik für die Menschen." Man fragt sich: War das nun der Ministerpräsident, der diese Nachricht verkündete, oder die Privatperson? Wen bezeichnet er verächtlich als Spekulanten? Etwa die Käufer, die Immobiliengesellschaft Benson Elliot, die damals die 74,9 Prozent Anteile an der WBG Elstertal aus der Insolvenzmasse gekauft hatte nach einer EU-weiten Ausschreibung des Insolvenzverwalters, der froh war, einen Käufer für den Anteil an den damals circa 7.000 Wohnungen gefunden zu haben. Warum kam es eigentlich zur Insolvenz? Ist das Land etwa mitschuldig?

Die Stadtwerke Gera kamen durch die Energiepolitik der Altparteien in Schieflage und mussten nach einer Kraftwerkshavarie eine bilanzielle Abschreibung vornehmen, welche zur Insolvenz geführt hat. Damals sollte der Verkauf der Wohnungen 30 Millionen Euro einspielen, um das fehlende Geld bei den Stadtwerken einzuspielen, doch der Stadtrat verhinderte den Verkauf und wollte lieber einen Kredit über 30,5 Millionen Euro aufnehmen. Doch das Land hat mit seinem Landesverwaltungsamt den Kredit nicht genehmigt mit dem Verweis auf die schwierige finanzielle Lage der

# (Abg. Kießling)

Stadt. So kam es, wie es kommen musste, im Juni 2014 die Insolvenz. Was ist das doch für eine tolle konkrete Politik für den Menschen, Herr Ramelow, die er da beschreibt. Toll gemacht!

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das war eine andere Regierung!)

Am 24. Juni 2019 berichtete die "Ostthüringer Zeitung" über den Kauf eines Immobilienpakets in Höhe eines höheren zweistelligen Millionenbetrags. Dabei geht es um den Kauf der Anteile der GWB Elstertal Geraer Wohnungsbaugesellschaft mbH. Diese sollen jetzt neu in Landeseigentum übergehen. Der Kauf ist bereits verhandelt. Auch der Stadtrat von Gera hat bereits am Donnerstagabend in einer Sondersitzung zugestimmt, dass weitere Anteile in Höhe von 19,1 Prozent von der Stadt Gera an das Land verkauft werden, damit das Land nun erstmalig uneingeschränkte Handlungsmehrheit über die verbliebenen Wohnungen hat. Dieser Verkauf über die verbliebenen Wohnungen soll quasi laut Mitteilung der OTZ wohl 10 Millionen etwa einspielen. MDR berichtet aber von einem Stadtratsbeschluss, wonach 15 bis 20 Millionen vom Land dafür fließen sollen. Alles, ohne vorher die gewählten Abgeordneten bzw. die Ausschüsse zu informieren.

Gera ist nicht von Wohnungsnot geplagt wie etwa Jena oder die Landeshauptstadt Erfurt. Eine Stadt wie Gera – so wunderschön sie auch ist – ist eben nicht von Immobilienspekulanten heimgesucht. Bei der Menge an frei stehenden Wohnungen – ich habe da mal fix nachgeschaut in einem Immobilienportal, über 570 Wohnungen sind sofort zu mieten oder 78 günstig zu kaufen – ein Umstand, den übrigens auch der Landesrechnungshof so sieht und der der Landesregierung eigentlich bekannt sein sollte.

Wenn wir – wie am 28.06. geschehen – im zuständigen Haushalts- und Finanzausschuss hierzu Fragen haben, so wurden diese von den gewählten Parlamentariern von Rot-Rot-Grün verweigert. Selbst auf massive Nachfrage im Ausschuss erwiderte die Finanzministerin sinngemäß nur, dass man zu einer Stellungnahme im Moment nicht bereit sei. Was für ein Skandal!

(Beifall AfD)

Laut dem Ministerpräsidenten sind die Verhandlungen mit den britischen Eigentümern in Millionenhöhe bereits abgeschlossen. Dennoch erfährt man von der Landesregierung nichts über die essenziellen Rahmenbedingungen zu diesem Kauf, weder den Zustand der Wohnungen noch den Reparaturrückstau und den damit verbundenen Kosten. Sogar den aktuellen Leerstand der GWB Elstertal will man uns nicht mitteilen, so lag er doch beim Verkauf im Sommer 2016 an den Investor bei circa 20 Prozent. Dieser hatte durch Investitionen mehrerer Millionen Euro und durch den Verkauf von Wohnungen den Leerstand auf 10 Prozent halbiert.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident mit Rot-Rot-Grün hat mal einfach so nach Gutsherrenart entschieden, in Gera mal eben circa 5.000 Wohnungen zu kaufen. Ist dies die von Ihnen so oft zitierte Transparenz gegenüber dem Volk und dem Parlament?

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Was haben Sie denn getrunken?)

# (Abg. Kießling)

Die fehlt nämlich hier. Ist dies versprochene Nachhaltigkeit einer rot-rot-grünen Landesregierung? – muss man sich fragen. Ihr Handeln ist einer Landesregierung unwürdig und erinnert mehr an das Wirken, als Ihre Partei noch SED hieß, Herr Kuschel.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt haben Sie es mir aber gegeben!)

Wann gedenken Sie denn nun, das Parlament zu informieren, nachdem Sie bereits seit Monaten verhandelt haben? Im vorliegenden Fall wird wohl zu befürchten sein, dass die Immobilien in Gera weit über dem Wert gekauft wurden. Der Presse sind Summen von 70 Millionen Euro zu entnehmen. Auch ist zu entnehmen, dass weitere Millionen zu investieren sind, und das alles ohne Beteiligung des Parlaments. Was ist das für eine intransparente rot-rot-grüne Regierung, die das Geld der Steuerzahler verprasst?! Wenn Sie uns weiter hinters Licht führen wollen, wird die AfD-Fraktion dies bei der nächsten Gelegenheit in einem Untersuchungsausschuss zum Thema machen,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Darf man denn vom Rednerpult aus immer lügen?)

wie Sie mit Steuergeld Gewinne für Investoren zahlen. Sie haben bereits 2014 und 2016 die Möglichkeit gehabt, die Insolvenz abzuwenden und die Wohnungen/Anteile günstiger zu erwerben. Sie werden auch dafür im Herbst die Quittung bekommen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

### Vizepräsidentin Jung:

Danke schön. Als nächster Redner hat Abgeordneter Warnecke, Fraktion der SPD, das Wort.

### Abgeordneter Warnecke, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Zuhörer auf der Tribüne und am Livestream, sehr geehrter Herr Vonarb!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, ich muss schon sagen, die Einreichung dieser Aktuellen Stunde mit dem Titel "Intransparenz von Immobiliengeschäften der Landesregierung in Gera" ist für mich eine Überraschung gewesen – deswegen, weil Sie zunächst versucht haben, das Thema im letzten Haushalts- und Finanzausschuss zu setzen und zu hinterfragen. Ich sage "versucht haben", weil das sehr umfangreiche Berichtsersuchen kurzfristigst von Ihnen eingereicht worden ist – für alle Zuschauer, das heißt deutlich nach Ablauf der Fristen, die unsere Geschäftsordnung vorsieht –, weswegen es nicht behandelt worden ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet natürlich andererseits, dass in der nächsten regulären Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses Ihre Anfrage auf der Tagesordnung stehen wird und somit da Ihre umfangreichen Frage- und Berichtsersuchen beantwortet werden.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Wann ist die denn, Herr Warnecke?)

In der nächsten regulären Sitzung.

# (Abg. Warnecke)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie können doch eine Sondersitzung beantragen!)

Also es gibt einen Kalender, da stehen alle Sitzungen drin. In dieser Ausschusssitzung können wir dann über Kaufpreis, Wertermittlung, Finanzierung und Beihilfefragen detailliert nachfragen und debattieren. Zur Ehrlichkeit gehört, dass Sie den Antrag nicht fristgerecht eingereicht haben, so ist es. Punkt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Nach der Sommerpause, das müssen Sie schon dazu sagen!)

Nun zur Sache selber: Die Landesregierung entspricht lediglich einem Wunsch der Stadt Gera nach Unterstützung. Wir begrüßen ausdrücklich den Kauf der Anteile der Wohnungsgesellschaft Elstertal durch das Land mit dem Auftrag, mit dem Ziel einer späteren Rekommunalisierung dieser Gesellschaft. In diesem Zusammenhang erinnere ich an § 1 Zweites Wohnbaugesetz, in welchem die Wohnungsförderung als öffentliche Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen festgeschrieben worden ist. Nichts anderes hat die Landesregierung getan. Wenn die CDU-Opposition im Landtag etwas debattieren möchte oder gar wie die AfD-Fraktion skandalisieren, was ich nicht teile, dann bitte auch das Nichthandeln des ehemaligen Finanzminister Voß, als er die Gelegenheit hatte, die Wohnungsgesellschaft zu erwerben. Es gilt zu bedenken und abzuwägen, dass Gera ohne die Wohnungsgesellschaft Elstertal über keinen eigenen kommunalen Wohnungsbestand mehr verfügt.

Eine Stadt wie Dresden, die sich 2006 ihres kommunalen Wohnungsbestands entledigte, hat aus ihren Fehlern gelernt und jetzt eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft gegründet. Warum? Weil es am Ende die kommunalen und die genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen sind, die den Stadtumbau vorantreiben, die den sozialen Frieden einer Stadt herstellen und die ihren Bürgern Wohnungen zu leistbaren Mieten anbieten. Um es deutlich zu sagen: Ob eine Wohnung für einen Mieter bezahlbar und damit leistbar ist, hat nur sekundär etwas mit der nominellen Gesamtmiete zu tun. Viel wichtiger ist das verfügbare Familieneinkommen des Mieters bzw. das Renteneinkommen. Und es macht mir große Sorgen, dass für viele Mieter die monatliche Wohnkostenbelastung mit dem Eintritt in das Rentenalter sprunghaft ansteigt und das auf über 30 oder 40 Prozent ihrer Rente.

Und wenn wir jetzt eine Wohnungsgesellschaft mit dem Ziel der Kommunalisierung erwerben, nehmen wir auch den 5.000 Mieterhaushalten die Angst vor unberechtigten Mieterhöhungen oder Kündigungen. Der Rückkauf ist somit nicht nur ein guter Tag für die betroffenen Mieter, sondern auch für die Stadtentwicklung und für ganz Gera. Und ganz persönlich als Vertreter des Deutschen Mieterbunds Thüringen begrüße ich den Einstieg des Landes ausdrücklich. Ich bin überzeugt davon, dass die Landesregierung hier richtig gehandelt hat. Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass die Landesregierung hier auch die richtigen Maßstäbe angelegt hat und auch davon, dass sie alle Kommunen Thüringens gleichbehandelt.

Wir stehen hier nicht allein. Ich möchte auf den Direktor des Verbands der Thüringer Wohnungswirtschaft verweisen, der betont, dass alle seine Erfahrungen gezeigt haben, dass eine Stadt wie

# (Abg. Warnecke)

Gera gut beraten ist, über eine eigene kommunale Wohnungsgesellschaft zu verfügen, denn nur ein kommunales Wohnungsunternehmen bietet ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten, um die sozialen Aufgaben einer Kommune am Wohnungsmarkt auch zu erfüllen.

Ebenso positiv bewertet der Direktor des VTW Frank Emrich den notwendigen Mitteleinsatz des Landes. Also bleibt es abschließend festzuhalten, dass die Landesregierung nicht nur pragmatisch, sondern auch richtig gehandelt hat. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Kobelt das Wort.

# Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielen Dank erst mal an die CDU für den Titel. Über Wohnungspolitik zu sprechen, ist immer gut. Ich möchte auch ganz klar sagen, dass wir als Bündnis 90/Die Grünen für eine kommunale Wohnungspolitik stehen. Wir stehen dafür, dass kommunale Gesellschaften, Genossenschaften in dem Wohnungsmarkt aktiv sind. Ich war selbst im Stadtrat in Weimar acht Jahre lange im Aufsichtsrat einer kommunalen Gesellschaft und als ich in den Stadtrat gekommen bin, gab es folgende Debatte: Da ging es nämlich darum – und es hat viele motiviert, sich dort zu engagieren, auch mich –, dass in Weimar die kommunale Wohnungsbaugesellschaft verkauft werden sollte. Das war damals eine Idee von CDU und Weimarwerk. Es ging darum, nach dem damals noch positiv gesehenen Vorbild von Dresden den kommunalen Haushalt, also sozusagen auch die Verschuldung von Weimar durch die Kulturstadtanleihe, mit einem Schlag die Kulturstadtanleihe abzulösen, durch den Verkauf Geld zu akquirieren, Weimar schuldenfrei zu machen und dann eine glänzende Zukunft vorauszusehen. Es gab allerdings drei, vier Querulanten, Abgeordnete der CDU-Fraktion, und die haben mit uns zusammen, mit den Abgeordneten von der SPD und mir damals als Grünem, den Antrag eingebracht, dass das nicht geschehen soll. Sonst wäre diese Wohnungsbaugesellschaft verkauft worden. Solche Diskussionen gab es damals in vielen Städten und ich bin sehr froh, dass die Parlamentarier in den Stadträten oder in den Kreistagen das gerade nicht gemacht haben. Ich bin auch sehr froh, dass die Kommunen die Möglichkeit haben, weiter in Wohnungsgesellschaften aktiv zu sein. Leider gab es die Möglichkeiten zum gewissen Zeitpunkt in Gera nicht. Deswegen kann ich das Ansinnen prinzipiell verstehen, dass in kommunalen Gesellschaften auch wieder die Wohnungen zurückgenommen oder zurückerobert werden, kann man fast sagen. Ich denke, dass das Land dort eine sogenannte Brückenfunktion hat. Das soll nicht der Regelfall sein, aber im Fall von Gera finde ich es in Ordnung, dass Gera nicht allein gelassen wird und dass sie die Möglichkeit bekommen, gerade in solch einer finanziellen, Schieflage, sage ich mal, auch eine Unterstützung vom Land zu bekommen. Ich sage aber auch als Grüner ganz eindeutig: Das sollte eine Ausnahme und auch ein Übergang sein und wir wollen so schnell wie möglich die Bedingungen so herstellen, dass das auch wieder zurück in kommunales Eigentum geht. Das wird natürlich nicht so schnell, von heute auf morgen, möglich sein, aber wenn sich die Finanzsituation in Gera verbessert, auch mit Landesunterstützung und eine positive Entwicklung hat, soll es auch die Möglichkeit geben, dass die

# (Abg. Kobelt)

Kommune die Wohnungsbaugesellschaft wieder bewirtschaften kann, weil Wohnungsbau meiner Meinung nach in kommunale Hände gehört. Dort können lokal gute Entscheidungen getroffen werden und kann vor allen Dingen auch in den Wohnungsmarkt investiert werden. Heute kam so ein bisschen von der CDU, ja, es ist wichtig, neu zu bauen und das können Private auch besser, weil sie da flexibel sind. Der Meinung bin ich nicht. Ich denke, dass die Kommunen, so wie es in vielen organisiert ist, mit Wohnungsbaugesellschaften prinzipiell ein gutes Kontrollgremium haben. Sie haben eine geringe Renditeerwartung, weit unter den von privaten Investoren. Das heißt nicht, dass niemand in den Wohnungsbau von Privaten investieren soll, aber starke kommunale Gesellschaften sind das Herzstück auch von Sozialpolitik im Wohnungsbereich in der Kommune. Das wollen wir als Bündnis 90/Die Grünen unterstützen. Deswegen bin ich auch kein Freund davon, dass wir zusätzliche Landesgesellschaften gründen, die dauerhaft Wohnungsbau betreiben sollen. Dort gibt es eine Möglichkeit für Investitionen oder für Grundstücksverwaltung von der LEG, darüber sollte man auch diskutieren, ob die im Einfamilienhausbereich tätig sein sollten oder sich vielleicht eher auf innerstädtische Bereiche von Kommunen und Städten konzentrieren sollten, aber eine zusätzliche Gesellschaft befürworte in diesem Zusammenhang nicht. Insgesamt möchte ich klar sagen, dass unsere Fraktion den Ankauf in Gera unterstützt, aber als eine Ausnahme und mit der dringenden Option, das auch wieder in kommunale Hand zurückzugeben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Ministerin Keller das Wort.

# Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf auch ganz herzlich den Oberbürgermeister, Herrn Vonarb, grüßen von hier unten. Wer den Ministerpräsidenten vermisst, das können Sie ja nicht sehen, er sitzt also neben dem Herrn Oberbürgermeister. Schön, dass Sie da sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, viele Kommunen haben in den vergangenen 20 Jahren in der Übertragung von kommunalem Eigentum in private Hände den Königsweg gesehen, ihre Haushalte zu sanieren. Dazu gehörte vor allem die Veräußerung kommunaler Wohnungsbestände. Man klopfte sich auf die Schulter in dem Glauben, dass man ein erfolgreiches Modell gefunden hätte, mit dem viele Milliarden in die kommunalen Haushalte fließen würden. Es dauerte aber nicht lange, bis die Ernüchterung folgte, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Obwohl bereits vor der Veräußerung abzusehen war, dass insbesondere die Eigentümer, die Wohnungsbestände aus kommunalem Eigentum erworben hatten, oftmals nicht das Wohl der Mieterinnen und Mieter, sondern den Renditegedanken im Blick hatten, war man sehenden Auges in die Falle gelaufen. So wurden vielerorts nach dem Verkauf Wohnungsbestände heruntergewirtschaftet und die Bewohnerinnen und Bewohner sich selbst überlassen. An einen Rückkauf war jedoch in den meisten Fällen nicht zu denken, denn die Einnahmen aus den Verkäufen waren entweder bereits ausgegeben oder in den

kommunalen Haushalten fest für andere Maßnahmen verplant. Selbst wenn im Einzelfall für einen solchen Rückkauf noch wenige Mittel bereitstanden, wollten die privaten Unternehmen die Gunst der Stunde nutzen, um diese Wohnungen zu einem Mehrfachen ihres ursprünglichen Kaufpreises wieder an die Kommune zu verkaufen. Letztlich waren die betroffenen Kommunen in unterschiedlicher Ausprägung in ihrer ursprünglich vermeintlich tollen Idee einer Haushaltskonsolidierung durch die Veräußerung ihrer Wohnungsbestände gefangen.

Spätestens jetzt stellte man fest, dass man gar keinen kommunalen Einfluss auf Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, also auch auf kommunale Mietwohnungen mehr hatte. Natürlich waren die Kommunen unterschiedlich betroffen. Während einzelne Gemeinden wie etwa Dresden diese seinerzeit getroffenen falschen Entscheidungen wieder zu korrigieren versuchten, indem sie neue Wohnungsgesellschaften wie die WID, also Wohnen in Dresden, ins Leben riefen, befanden bzw. befinden sich andere Gemeinden schlimmstenfalls im Rahmen einer Haushaltskonsolidierung unter staatlicher Aufsicht und haben gar keine Chance, ihr ehemaliges Wohneigentum zurückzuerwerben.

Die Entwicklung in Gera verlief anders, ist aber nicht weniger schwierig, denn die seinerzeitige Entscheidung, einen Teil der Geschäftsanteil an der GWB Elstertal zu veräußern, hat die Kommune nicht selbst getroffen. Sie war aufgrund der Insolvenz ihrer Stadtwerke nicht mehr Herr des Verfahrens. Ich darf Sie an die Abläufe erinnern: 74,9 Prozent der Gesellschaftsanteile der 1990 als Eigengesellschaft der Stadt Gera gegründeten gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Elstertal wurden zum 01.01.2003 von der Stadt Gera an die Stadtwerke Gera verkauft. Als die Stadtwerke 2014 in die Insolvenz gingen, war der Insolvenzverwalter Herr des Verfahrens. Und weil die damalige Landesregierung keine Bereitschaft zeigte, die GWB Elstertal vor diesem Schicksal zu bewahren, wurden 74,9 Prozent der Gesellschaft, die sich im Besitz der Stadtwerke befanden, vom Insolvenzverwalter im Jahr 2016 an die Benson Elliot Gera Holding mit Sitz in den Niederlanden verkauft.

Im Januar 2019 teilte das Unternehmen Benson Elliot der Stadt Gera mit, dass es beabsichtige, seine Anteile an der GWB Elstertal zu veräußern und unterbreitete der Stadt ein Exklusivangebot zum Rückkauf der Gesellschaftsanteile. Die Stadt Gera kam sehr schnell zu einem Ergebnis: Ja, sie würde gerne die Anteile von Benson Elliot erwerben, aber nein, die Mittel dafür sind im Stadthaushalt nicht vorhanden und eine Kreditaufnahme in der benötigten Höhe war angesichts der Haushaltslage nicht möglich. Also wandte sich die Stadt Gera an das Land und bat um Unterstützung.

Um diesen Punkt festzuhalten, sehr geehrte Damen und Herren: Die Landesregierung hatte und hat nicht die Absicht, Wohnungsgesellschaften zu erwerben. Das Kabinett hat sich mit der Bitte der Stadt Gera beschäftigt und ist nach vielen Diskussionen dann im April 2019 zu einem Beschluss gekommen. Am 16. April 2019 stellte das Kabinett ein wichtiges Landesinteresse an dem Erwerb der Anteile an der GWB Eltertal fest, um zu vermeiden, dass im schlimmsten Fall 100 Prozent der Anteile an der GWB Eltertal in Privathand gelangen. Denn es gibt eine Vertragsklausel im Vertrag zwischen dem Insolvenzverwalter und Benson Elliot, dass der Käufer der 74,9 Anteile von Ben-

son Elliot darauf bestehen kann, dass Gera auch seine Anteile von 25,1 Prozent mit verkaufen muss.

Das Kabinett war und ist der Auffassung, dass es angesichts dieser Situation und seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge der Bitte der Stadt Gera nachkommen muss. Es wäre kein verantwortungsvolles Handeln, mehr als 5.000 Wohnungen und im schlimmsten Fall sogar fast 7.000 Wohnungen in Gera dem freien Spiel des Marktes zu überlassen. Die Verunsicherung vieler Mieterinnen und Mieter, die heute schon nicht nur in Berlin und München und nicht nur in den Thüringer Städten im angespanntem Wohnungsmarkt wie in Jena, Erfurt und Weimar Sorge haben, ob sie in Zukunft ihre Miete noch bezahlen können, würde in Gera und Thüringen weiter steigen, wenn die in Gera zum Verkauf stehenden Wohnungen an einen meistbietenden Investor mit zweifelhaftem Ruf verkauft würden. In diesem Sinne beauftragte das Kabinett am 16. April 2019 mich als die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft und die Finanzministerin, den Ankauf der GWB Elstertal Anteile von Benson Elliot vorzubereiten und dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. Diesen Auftrag haben die beiden Ministerien zusammen mit dem Vorstand der Thüringer Aufbaubank in enger Abstimmung mit dem Oberbürgermeister von Gera in den vergangenen Wochen ausgeführt. Wir haben viel Zeit darauf verwandt, sorgfältig zu prüfen, ob der vom Verkäufer festgestellte Wert der zu verkaufenden Anteile gerechtfertigt ist. Benson Elliot hatten die Landesbank Baden-Württemberg mit einem Wertgutachten beauftragt, das die Anteile von Benson Elliot an der GWB Elstertal mit 175.300.000 Euro bewertet hat. Die Stadt Gera hat diesen Wert durch ein Gutachten des Gewerbeimmobilienberatungsunternehmens Cushman & Wakefield im März 2019 überprüfen lassen mit dem Ergebnis, dass die Wertermittlung korrekt sei.

Wir haben nach der Beauftragung des Kabinetts die Thüringer Aufbaubank gebeten, zu diesen beiden Gutachten eine Stellungnahme zu erarbeiten und dazu auch eigene Recherchen anzustellen. Das hat die TAB auch mit Unterstützung der uns beratenden Kanzlei getan und ist zu einem differenzierten Ergebnis gekommen. An einigen Punkten, wie zum Beispiel der Bewertung der Restnutzungsdauer der Immobilien, kommt die TAB zu dem Ergebnis, hier seien die LBBW und Cushman & Wakefield zu optimistisch gewesen. In anderen Punkten, zum Beispiel bei der Bewertung der Mieten, seien sie zu pessimistisch gewesen. Insgesamt kam die TAB zu dem Ergebnis, dass sich der von Benson Elliot festgelegte Wert im Rahmen des Üblichen befinden würde, aber ein wenig zu hoch läge. Diese Einschätzung hat in den Verhandlungen zum Kaufvertrag eine Rolle gespielt und dann auch zu positiven Ergebnissen geführt.

Für den Erwerb von Anteilen einer Gesellschaft wie der GWB Elstertal hat das Land jedoch Weiteres zu bedenken. Die Beteiligung des Landes an Unternehmen und Gesellschaften ist in Thüringen in den Grundsätzen der guten Unternehmens- und Beteiligungsführung des Freistaats Thüringen geregelt. Dieser Kodex stellt wesentliche Regeln und Handlungsempfehlung für die Steuerung, Leitung und Überwachung der Beteiligungen des Landes dar. Demnach sind grundsätzlich Mehrheitsbeteiligungen, ein der Beteiligungsquote entsprechender Stimmenanteil in der Anteilseignerversammlung und insbesondere auch eine angemessene Vertretung im Überwachungsorgan anzustreben. Um diese Grundsätze in der GWB Elstertal umsetzen zu können, muss der bestehende Gesellschaftsvertrag überarbeitet werden. Solange Gera 25,1 Prozent der Anteile der GWB be-

sitzt, bedarf es dazu einer Zustimmung der Stadt Gera, die vom Stadtrat gegeben bzw. versagt werden kann.

Als Lösungsvorschlag, der die Interessen beider Seiten, des Freistaats und der Stadt Gera, berücksichtigt, hat das TMIL dem OB Geras signalisiert, dass der Freistaat bereit ist, der Stadt Anteile an der GWB Elstertal abzukaufen. Inzwischen hat der Stadtrat in Gera den Oberbürgermeister ermächtigt, bis zu 19,1 Prozent der städtischen Anteile an der GWB Elstertal an das Land zu veräußern. Da nach meinem Kenntnisstand 36 von 40 Stadträten mit dem Vorgehen der Stadt und, was mindestens genauso wichtig ist, mit dem Vorgehen der Landesregierung im Umgang mit der GWB Elstertal einverstanden sind, gehören dazu auch viele Stadträte der CDU und auch der AfD.

Vielleicht, sehr geehrte Abgeordnete der CDU und der AfD, fragen Sie einmal bei Ihren Kolleginnen und Kollegen in Gera nach, was diese bewogen hat, den Weg für richtig zu halten, den die Landesregierung und der Oberbürgermeister gehen wollen.

# (Beifall DIE LINKE)

Mir scheint, dass die Verantwortung im Stadtrat gegenüber Mieterinnen und Mietern in Gera hier zu Recht im Vordergrund stand. Welche Motive bei Ihnen dominieren, überlasse ich dem Urteil der Zuhörer. Die Interessen der Mieterinnen und Mieter in Gera sind es nach meinem Dafürhalten wohl eher nicht.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU kritisiert die Intransparenz der Immobiliengeschäfte der Landesregierung in Gera. An der Stelle muss ich wirklich sagen: Also ich bitte Sie, die Landesregierung hat nach der Entscheidung des Kabinetts am 16. April mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, die auf dem Markt befindlichen Anteile von Benson Elliot zu erwerben. Alles, was danach erfolgte, waren Verhandlungen zum Kaufvertrag. Sie sollten wissen, dass solche Verhandlungen nicht auf dem Marktplatz und auch nicht im Landtag stattfinden, dass solche Verhandlungen vertraulich sind und erst dann öffentlich ausgebreitet werden, um auch bewertet zu werden, wenn sie abgeschlossen sind. Der Ankauf der Anteile von Benson Elliot an der GWB Elstertal ist noch nicht erfolgt. Wenn er erfolgt ist, wenn die Transaktion beendet ist, dann steht die Landesregierung Ihnen, dann stehen die Finanzministerin im Haushalts- und Finanzausschuss und ich im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft und Forsten selbstverständlich und gerne Rede und Antwort. So lange, sehr geehrte Abgeordnete, müssen Sie mit meinem heutigen und schon sehr weitgehenden Bericht einfach erst einmal auskommen.

Ich komme zum Schluss. Das Kabinett hat gestern beschlossen, dass die zum Verkauf stehenden Anteile von Benson Elliot an der GWB Elstertal sowie Anteile der Stadt Gera an der GWB Elstertal erworben werden sollen. Als Käufer fungiert die Thüringer Industriebeteiligungs GmbH & Co. KG, kurz TIB. Diese erhält aus den liquiden Beständen des Wohnungsbauvermögens eine zweckgebundene Zuwendung, um die von der Benson Elliot gehaltenen Anteile in Höhe von 74,9 Prozent sowie Anteile der Stadt Gera in Höhe von bis zu 19,1 Prozent am Stammkapital der GWB Elstertal für einen befristeten Zeitraum zu erwerben. Die TIB verpflichtet sich hierbei, auf Aufforderung des Freistaats Thüringen diese Anteile einem vom Land bestimmten Dritten unentgeltlich zu übertragen. Dies alles soll jetzt zügig mit der gebotenen Sorgfalt umgesetzt werden. Ein Zuwendungsvertrag zwischen dem TMIL und der TIB wird gerade erarbeitet, dem das Finanzministerium und dem

auch die Gremien der TIB nach Fertigstellung zustimmen müssen. Hier werden selbstverständlich alle beihilferechtlichen und vergaberechtlichen Aspekte peinlich genau betrachtet und die Verhandlungen zwischen der TIB und der Stadt Gera zum Ankauf der städtischen Anteile der GWB Elstertal werden jetzt ebenfalls zügig vorangetrieben, in die das TMIL und das TFM einbezogen sein werden. Wir haben kein Interesse daran, das Verfahren über die Sommerpause hin zu verlängern.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss als Wohnungsbauministerin noch ein paar persönliche Bemerkungen. Wie Sie wissen, wird in Berlin und anderswo angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt darüber diskutiert, ob für einige Jahre ein Mietendeckel eingeführt werden sollte oder ob gar Immobiliengesellschaften enteignet werden sollten. Wenn ich Berichte von Mieterverbänden lese und Erfahrungsberichte von Mieterinnen und Mietern höre, dann habe ich durchaus Verständnis für diese Überlegungen. In Thüringen haben wir glücklicherweise keine Verhältnisse wie in Berlin, Hamburg oder München. Wir gehen deshalb auch andere Wege, vier davon will ich Ihnen nennen. Erstens haben wir eine hervorragende Förderrichtlinie für den sozialen Wohnungsbau zusammen mit dem Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft erarbeitet. Ich würde mir wünschen, dass die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen in Thüringen stärker als bisher auf unsere Fördermittel zurückgreifen würden, um noch angespannte Wohnungsmärkte in unserem Freistaat gar nicht erst weiter wachsen zu lassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens haben wir die Mietpreisbremse in Erfurt und in Jena eingeführt. Drittens werden wir noch in diesem Jahr auch eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen in Erfurt und in Jena einführen.

(Beifall SPD)

Viertens: Zu unserem Thüringer Weg, der Sicherung bezahlbarer guter Wohnungen gehört auch die Bereitschaft wie im Fall der GWB Elstertal in Gera, dafür Sorge zu tragen, dass keine privaten Spekulationen mit Wohnungen auf Kosten der Mieterinnen und Mieter stattfinden werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wer diesen Weg, insbesondere den in Gera, für einen falschen Umgang mit öffentlichen Mitteln hält, der nimmt die sozialen Anliegen der Menschen, und dazu gehört vor allem auch eine bezahlbare und sichere Wohnung, weniger wichtig als andere finanzielle Erwägungen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Regierung bekennt sich gerade im Wohnungswesen ohne Abstriche zu ihrer sozialen Verantwortung und darauf können sich Mieterinnen und Mieter in Thüringen verlassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Jung:

Aufgrund der längeren Redezeit der Landesregierung haben jetzt alle Fraktionen noch 2 Minuten Redezeit. Wünscht noch jemand das Wort? Das kann ich nicht erkennen. Damit schließe ich den dritten Teil der Aktuellen Stunde.

Ich rufe den vierten Teil der Aktuellen Stunde auf.

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Bundesratsinitiative Thüringens zur Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent auch auf Hygieneartikel des täglichen Bedarfs"
Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags
- Drucksache 6/7437 -

Das Wort hat Abgeordnete Stange, Fraktion Die Linke.

### **Abgeordnete Stange, DIE LINKE:**

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Anlass der Aktuellen Stunde war, dass Frau Ministerin Werner in der letzten Woche angekündigt hat, eine Bundesratsinitiative zur Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Monatshygieneartikel auf 7 Prozent in den Bundesrat einzubringen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich begrüße als Linke-Frau diese Initiative ausdrücklich und hoffe, sie hat Erfolg, Frau Ministerin.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent gilt für alle wichtigen Dinge des täglichen Bedarfs – vermeintlich. Denn unter täglichem Bedarf werden nicht nur Grundnahrungsmittel wie Brot oder Milch verstanden, sondern zum Beispiel auch Kaviar, Sammelmünzen, Schnittblumen oder dekorative Bilderwerke. Hygieneartikel wiederum und besonders Menstruationsartikel werden mit einem höheren Steuersatz von 19 Prozent besteuert. Damit werden sie nicht als Artikel des täglichen Bedarfs gewertet, sondern als Luxusartikel.

Auf der Seite des Bundesfinanzministeriums heißt es dazu: "Das Prinzip ist einfach: Das, was im Alltag gebraucht wird, wird auch niedriger besteuert." Da fragt man sich doch: Was wird im Alltag gebraucht? Kaviar oder Sammelmünzen? Oder doch eher Tampons oder Binden?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# (Abg. Stange)

Die Periode ist kein Luxus, das wissen wir Frauen. Und sie ist nichts, wogegen oder wofür sich menstruierende Personen entscheiden könnten, die Periode gehört einfach zum Alltag von Frauen dazu. Somit braucht es auch entsprechender Hygieneprodukte.

Werte Kolleginnen und Kollegen, die hohe Besteuerung der Produkte stellt eine fiskalische Diskriminierung von menstruierenden Personen aufgrund ihres Geschlechts dar. Dies betrifft vor allem auch Personen mit niedrigem Einkommen. Schauen wir uns einmal die Regelsätze bei Hartz IV an, da sind nur 16 Euro für Gesundheitspflege im Monat enthalten. Und, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzt werden von Frauen im Monat 5 bis 6 Euro für Monatshygieneartikel ausgegeben. Ich finde, da macht es schon einen großen Unterschied, ob diese mit 12 Prozent weniger besteuert werden, und wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass dieser Unterschied sehr, sehr schnell politisch erreicht wird, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wichtig die Debatte um die Absenkung des Steuersatzes ist, zeigt zugleich eine Petition im Bundestag, die die Senkung der Steuern auf Monatsprodukte auf den Weg gebracht hat. Innerhalb von wenigen Tagen waren 81.000 Unterschriften für diese Petition auf den Weg gebracht und jetzt wird sich der Deutsche Bundestag mit diesem Thema befassen.

Andere Staaten reagieren auf so eine diskriminierende Wirkung des Steuersatzes von Monatshygieneartikeln sogar mit der vollständigen Abschaffung von Steuern auf diese Produkte. An der Stelle kann ich nur sagen, wir sollten lernen von Irland, Australien, Indien oder Kenia. Dann Deutschland, hast du etwas Positives getan. Lasst uns an der Stelle im zweiten Schritt auch für diese Abschaffung der Mehrwertsteuer kämpfen.

Das Tabu, über Menstruation zu sprechen, brechen wir auch, indem wir eine ungerechte Besteuerung endlich hier einmal thematisieren. Die Periode ist kein Thema von einigen wenigen, sondern ein Großteil der Bevölkerung, denn Frauen hat diese in den zurückliegenden oder vor sich liegenden Jahren noch zu erleben. Damit gehört sie zur Normalität im Alltag vieler. Um diese Normalität damit zu unterstreichen neben der Senkung des Steuersatzes von Menstruationsprodukten, muss auch darüber gesprochen werden, dass kostenfrei Menstruationsprodukte in öffentlichen Toiletten ausgelegt werden. Für mich als Frau ist das heute sehr, sehr wichtig und ich hoffe, Frau Ministerin, die Bundesratsinitiative zeigt Wirkung, damit wir spätestens nächstes Jahr vielleicht hier an der Stelle eine positive Meldung zu berichten, haben.

### Vizepräsidentin Marx:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

# **Abgeordnete Stange, DIE LINKE:**

Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank! Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Kowalleck von der CDU-Fraktion.

### Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für das Thema. Es ist ja doch ein wichtiges Anliegen und vielleicht darf ich einführend sagen, wir haben an dieser Stelle auch schon öfter über das Thema "Mehrwertsteuersätze" gesprochen. Meine Vorrednerin hat verschiedene Beispiele gebracht, ob im Schnellrestaurant das Problem ist, nimmt man das Essen mit oder isst man es dort. Gerade auch das Thema von Kindernahrung oder Kinderprodukten hat uns ja auch schon an verschiedenen Stellen beschäftigt. Wenn Hundekekse mit 7 Prozent besteuert werden und Kinderkekse mit 19 Prozent, ist das auch so ein Beispiel, wozu man sagt: Wo ist denn da der Faktor der Gerechtigkeit? Da kann man ganz viele Beispiele anführen, ob es beim Obst ist, das mit 7 Prozent besteuert wird, oder beim Obstsaft, der mit 19 Prozent besteuert wird. Ich denke, wir sehen das im täglichen Leben. Ich bin auch jemand, der regelmäßig einkauft, ob das Brot, Butter, Bier ist oder auch Hygieneprodukte, ich arbeite da entsprechend meinen Einkaufszettel ab. Ich denke, es ist wichtig, dass man als Abgeordneter die Preise kennt und weiß, wie die Dinge des täglichen Lebens besteuert werden - das ist ja heute auch unser Thema bei der Aktuellen Stunde -, ich weiß deshalb eben auch, dass regelmäßig bestimmte Produkte mit entsprechenden Nachlässen versehen sind. Sie kennen das ja, täglich oder am Wochenende schneien die Prospekte herein und dann sieht man, dass Produkte im täglichen Leben gesenkt werden. Wenn man ein kühler Rechner ist, kann man dann das eine oder andere sparen.

Die große Frage ist ja immer, meine Damen und Herren, wird eine Senkung der Mehrwertsteuer dann überhaupt weitergegeben? Das ist in verschiedenen Fällen durchaus anzuzweifeln. Am Ende ist es doch so, dass der Markt bestimmte Dinge regelt. Ich habe das eben bewusst als Beispiel gebracht. Wir sehen das wirklich immer, wenn die verschiedenen Prospekte der Discounter ins Haus schneien, dass dann die Angebote gemacht werden.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal an die Diskussion erinnern, die wir im Bundestag haben. So hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gesagt, dass er das Vorhaben unterstützt und dass auch die SPD für eine Ermäßigung ist, wenn es gelingt, die Preise flächendeckend und dauerhaft für Periodenprodukte in Höhe der Ermäßigung zu senken. Aber Herr Binding – Herr Pidde wird ihn besser kennen – sagt eben auch, dass nicht sichergestellt werden kann, dass der ermäßigte Steuersatz auch tatsächlich zu einer Entlastung der Verbraucherinnen führt. Die Unternehmen können schließlich nicht gezwungen werden, ihre Preise entsprechend zu senken, und er meint auch, dass gerade auch Steuererhöhungen tendenziell sofort als Preisanhebungen weitergegeben werden, Senkungen eher nicht.

Ich muss aber auch sagen, das ist natürlich die eine Frage. Im vorliegenden Fall steht vielmehr die Frage nach der Gerechtigkeit im Steuersystem und ich denke, darauf hat auch meine Vorrednerin Frau Stange hingewirkt. So haben auch bereits Finanzpolitiker der Unionsfraktionen auf Bundesebene gefordert, dass die Umsatzsteuer auf Produkte der Monatshygiene von 19 auf 7 Prozent ab-

# (Abg. Kowalleck)

zusenken sind. Ich erinnere da an die Aussagen unserer finanzpolitischen Sprecherin Antje Tillmann aus Erfurt. Sie erklärte, dass die Anwendung der Regelsteuersätze auf Produkte der Monatshygiene weder inhaltlich noch steuersystematisch zu begründen sei. Da sind wir ja auch wieder in dieser Diskussion, die ich einführend gesagt habe, diese Frage der Gerechtigkeit. Das umfasst eben auch diese Produkte der Monatshygiene.

Die Unionsfinanzpolitiker haben das Ministerium aufgefordert, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Für mich stellt sich aber an dieser Stelle dennoch die Frage: Warum haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, das als Aktuelle Stunde eingebracht und nicht als Antrag? Wir haben ja auch hier einen Antrag der CDU-Fraktion vorliegen zur Umsetzung eines ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Online-Angebote von Zeitungen und vergleichbaren Medien, werden uns also auch zukünftig mit diesem Thema beschäftigen. Ich denke, es ist wichtig, die Argumente, die wir heute austauschen, ernst zu nehmen und auch Frauen in dieser Frage zu unterstützen. Wir haben das auch hier an dieser Stelle schon gesagt: Gerade die Frauen, die sich finanziell diese Dinge nicht so leisten können wie andere, müssen halt unterstützt werden. Es ist die Frage, ob das zielführend ist bei dem ermäßigten Steuersatz. Da habe ich ja jetzt schon einige Punkte angebracht. Vielmehr brauchen eben auch diese Frauen weitergehende Unterstützung und das sollte man hier nicht auf die Produkte der Monatshygiene begrenzen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit an dieser Stelle.

(Beifall CDU)

### Vizepräsidentin Marx:

Als nächster Redner erhält das Wort Abgeordneter Dr. Pidde von der SPD-Fraktion.

### Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, bei den Hygieneartikeln des täglichen Bedarfs ist der volle Mehrwertsteuersatz zu zahlen. Ich kann deshalb auch den Unmut verstehen, weil auch meine Fraktion das als unangemessen findet und darauf drängt, auch diesen Punkt zu verändern. Allerdings sieht die SPD-Fraktion es so, dass es nicht nur notwendig ist, einen Sachverhalt in der ganzen Mehrwertsteuergesetzgebung zu ändern, sondern dass es einer grundsätzlichen Neuregelung bedarf: Für welche Sachverhalte brauchen wir einen vollen Mehrwertsteuersatz und wo soll die Ermäßigung greifen?

Das deutsche Mehrwertsteuersystem ist dermaßen unübersichtlich und in vielen Teilen, nicht nur hier, wenn es um die Hygieneartikel geht, nicht mehr nachvollziehbar. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz ist vor über 50 Jahren aus sozialen Gründen eingeführt worden, zuerst für Lebensmittel, Waren des täglichen Bedarfs, Trinkwasser, später für Bücher und Zeitungen, Kulturgüter und dann kam auch noch der Nahverkehr dazu, der auf diesem Weg subventioniert worden ist. Über die Jahrzehnte hat sich im Umsatzsteuerrecht ein System von zahlreichen Vergünstigungen festgesetzt. Bei mancher dieser Regelung fragt man sich heute wirklich, warum es diese überhaupt gibt. Herr Kowalleck hat so schöne Beispiele gesagt mit ermäßigtem und vollem Mehrwertsteuersatz. Auch der Unterschied zwischen Maultier und Maulesel möchte erwähnt sein, für das eine sind beim Kauf 7 Prozent Mehrwertsteuer zu zahlen, bei dem anderen 19 Prozent. Das sind schon Din-

## (Abg. Dr. Pidde)

ge, die wirklich an den Haaren herbeigezogen sind. Leider ist die Liste dieser Vergünstigungen und Ausnahmetatbestände mit der Zeit durch Urteile – wo es also geändert werden musste –, aber auch durch erfolgreichen Lobbyismus immer mehr ausgefranst worden. So haben wir ein Ermäßigungssystem, was in vielen Fällen wirklich ungerecht ist, und in anderen Fällen auch als ungerecht empfunden wird.

An ein Beispiel will ich noch mal erinnern, nämlich an die "Mövenpick-Steuer", als die FDP im Bundestag damals durchgesetzt hat, den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Hotelübernachtungen einzuführen, um eine Förderung für die Hotellobby dort zu leisten.

Meine Damen und Herren, das alles zeigt, dass es im Grundsatz nicht darum gehen sollte, bei der Mehrwertsteuer über weitere Sonderregeln zu diskutieren, vielmehr sollte endlich der Mut und Konsenswillen zwischen Bund und Ländern aufgebracht werden, an dieser Stelle wirklich einmal den viel beschworenen Steuerdschungel zu lichten. Bereits 2010 hat der Bundesrechnungshof eine umfassende Reform und Überarbeitung der Ausnahmetatbestände gefordert. Bisher ist allerdings wenig passiert. Meine Fraktion spricht sich dafür aus, nicht klein-klein vorzugehen, sondern eine Überprüfung aller Ermäßigungstatbestände vorzunehmen und dann eine strukturelle Neuordnung im Umsatz- und Mehrwertsteuerrecht zu erreichen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin hat Abgeordnete Muhsal von der AfD-Fraktion das Wort.

## Abgeordnete Muhsal, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Im Bundestag wurde kürzlich eine Petition eingereicht, die den Bundestag auffordert zu beschließen, Hygieneprodukte für Frauen statt mit 19 Prozent mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozentpunkten zu besteuern. So weit, so gut. Da es sich um Produkte des täglichen Bedarfs handelt, ist die Petition nachvollziehbar und die Umsetzung unterstützenswert. Wenig nachvollziehbar ist allerdings, warum Die Linke dazu eine Aktuelle Stunde im Thüringer Landtag beantragt.

(Beifall AfD)

Die Petition ist eingereicht, die Petition wird im Petitionsausschuss des Bundestags behandelt werden. Warum die Thüringer Landesregierung darüber hinaus noch eine Bundesratsinitiative anstrengen soll, bleibt Ihr Geheimnis, und, Frau Stange, dazu haben Sie sich ja auch nicht geäußert.

(Zwischenruf Abg. Stange, DIE LINKE: Das wird die nächste Regierung machen!)

Vielleicht ist der Grund, dass sich die linke Bundestagsfraktion nicht in der Lage sieht, der Petition zuzustimmen, ich weiß es nicht. Vielleicht ist der Grund auch, dass die Linken einmal mehr in populistischer Manier ein Problem aufbauschen und instrumentalisieren wollen, um sich selbst besser dastehen zu lassen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Aus Ihrem Mund hört sich das toll an!)

## (Abg. Muhsal)

Ja, das glaube ich Ihnen, Herr Blechschmidt, das tut Ihnen leid. – Fest steht allerdings, dass das Problem der nicht ermäßigten Mehrwertsteuer kein Problem ist, das ausschließlich auf Frauen fokussiert wäre. Nur nebenbei bemerkt, das Ziel der Petition, den ermäßigten Steuersatz für Frauenhygieneprodukte zu erreichen, teilen wir durchaus, das habe ich gesagt, aber die Begründung dieser Petition treibt doch – ich drücke es mal vorsichtig aus – so manche Stilblüte. So ist beispielsweise davon die Rede, dass Menstruierende nicht nur "systematisch diskriminiert" würden, sondern auch meistens Frauen seien.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Also, das geht ja gar nicht!)

Der menstruierende Mann scheint also die neueste neumodische Erfindung zu sein. Darüber werden sich vielleicht alle im Genderdschungel Verlorengegangenen freuen. Ich denke, der heteronormative Teil der Bevölkerung wird allerdings langsam in Deckung gehen.

(Beifall AfD)

Nichtsdestotrotz ist in der Begründung der Petition darüber hinaus von "offenem Sexismus" die Rede, was wohl ziemlich weit am Kern der Sache vorbeigeht. Für welche Produkte der ermäßigte Steuersatz und für welche der Steuersatz von 19 Prozent gilt, ist seit jeher wenig nachvollziehbar. Das wurde schon angesprochen. Warum Hundekekse 7 Prozent Mehrwertsteuer haben und Kinderkekse aber mit 19 Prozent besteuert werden, das weiß kein Mensch. Warum Feinschmeckerprodukte wie Gänseleber, Froschschenkel, Wachteleier, Krebsfleisch, Riesengarnelen oder Schildkrötenfleisch unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallen, grundlegende Hygieneprodukte aber mit dem vollen Satz besteuert werden, das ist genauso wenig nachvollziehbar. Hygieneprodukte – und dazu gehören beispielsweise auch Zahnpasta, Zahnbürste, Rasierschaum, Rasierklingen für Männer und für Frauen, Toilettenpapier usw. usf.,

(Beifall AfD)

solche Hygieneprodukte gehören zur gesundheitlichen Grundversorgung und sollten daher in Deutschland für jeden zu einem angemessenen Preis verfügbar sein. Das gilt aber auch und vor allem für Kinderhygieneprodukte wie Windeln, für die ebenfalls 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig sind.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt auch andere Menschen, die Windeln brauchen!)

Ja, da haben Sie natürlich recht. Für Inkontinenzprodukte, Frau Rothe-Beinlich, sollte das selbstverständlich auch gelten. Das ist auch kein Witz, Frau Rothe-Beinlich, das zeigt einfach mal, dass von den Linken diese Bundesratsinitiative viel zu kurz greift, wenn es darum geht.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie: Warten Sie doch erst mal ab!)

Beim ermäßigten Steuersatz geht es darum, Menschen in ihren Grundbedürfnissen zu entlasten, und da sollten Familien, Hilfsbedürftige und vor allem Kinder an erster Stelle stehen. Wir als AfD gehen darüber aber auch noch hinaus: Als einzige Partei in Deutschland wollen wir alle Bürger

## (Abg. Muhsal)

spürbar entlasten und auch den regulären Mehrwertsteuersatz deutlich senken, und zwar um 7 Prozentpunkte.

(Beifall AfD)

Wir sagen, es ist Zeit für eine grundlegendere Reform. Sollten wir als AfD die Gelegenheit dazu bekommen, werden wir diese grundlegende familien- und bürgerfreundliche Mehrwertsteuersenkung umsetzen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

## Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Pfefferlein, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

# Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Debatte um die Senkung der Mehrwertsteuer für Monatshygieneartikel geht es mehr als um 2,17 Euro, die der Staat jeden Monat von jeder Frau kassiert, die ihre Periode/Menstruation hat und die benötigten Hygieneartikel braucht,

(Beifall DIE LINKE)

unter anderem Menstruationstassen, Tampons, Binden – da habe ich bestimmt das eine oder andere vergessen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Herren, das wollte ich an der Stelle noch mal sagen. In der Debatte um die Senkung der Mehrwertsteuer für Monatshygieneartikel geht es nämlich um Gleichberechtigung. Da haben wir sogar das Grundgesetz auf unserer Seite, denn darin heißt es in Artikel 3, dass niemand wegen seines Geschlechts benachteiligt bzw. bevorzugt werden darf. 2018 kam eine Studie der Europäischen Union zur Gleichstellung der Geschlechter und der Steuerpolitik in der EU zu einem eindeutigen Ergebnis, dass die Mehrwertsteuer für Hygieneartikel Frauen unzulässig benachteiligt. Im Januar 2019 stimmte das Europäische Parlament dafür, dass diese Produkte geringer besteuert werden sollen. Und was ist passiert in Deutschland? Nichts. Die GroKo sagt nichts dazu. Das Bundesfinanzministerium beruft sich auf das Prinzip, dass der Steuersatz von 19 Prozent die Regel ist. Das gilt eben auch für die Produkte, die die Frau in der Regel benutzen muss. Ich begegne bislang großem Unverständnis, wenn ich mit Leuten über dieses Thema ins Gespräch komme. Die Argumentationsleiste reicht von "Gibt es denn keine wichtigeren Themen auf dieser Welt?" bis zu "Meine Güte, jetzt macht mal endlich halblang mit dieser Gender-Debatte". Ein besonders auffälliges Exemplar für die Senkung der Mehrwertsteuer war wohl von einem Mann geschrieben. Es begegnete mir als Kommentar im Netz: "Bier fällt ja schließlich auch unter die 7-Prozent-Mehrwertsteuer und der Kauf dieses Produktes ist für Männer unvermeidbar." Da hat sich einer Gedanken gemacht. Leider zeigt die Bemerkung aber auch, dass das nicht richtig ernst genommen wird. Und ich sehe auch hier im Parlament durchaus Ihr Unverständnis über diese Debatte. Aber es ist eine Debatte, die wir führen müssen und die ich auch führen will.

## (Abg. Pfefferlein)

# (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb stehe ich auch ganz hinter der Thüringer Bundesratsinitiative zur Senkung der Mehrwertsteuer von 19 Prozent auf 7 Prozent auf die Hygieneartikel des täglichen Bedarfs. Wir müssen doch nicht warten, bis in Brüssel eine Richtlinie dafür erarbeitet wird. Das soll übrigens schon 2021 kommen. Es geht hier nicht wirklich um geschlechterspezifisch benötigte Produkte, es geht darum, dass uns allen klar wird, dass es eine geschlechterspezifische Preisgestaltung gibt, und das ist diskriminierend.

## (Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht wird das auch immer wieder von Verbraucherschutzverbänden angemahnt, denn diese Preisunterschiede fallen nicht immer auf. Sie sind oft fein verpackt. So kostet der baugleiche Rasierer in Pink mehr als der in Blau, die Reinigung einer Business-Bluse mehr als die Reinigung eines Business-Hemdes, der Kurzhaarschnitt für Frauen mehr als ein ähnlicher Schnitt für Männer. Sogar Cremes mit gleichen Inhaltsstoffen und gleicher Rezeptur kosten unterschiedlich viel. Da werden vom Hersteller einfach weniger Milliliter in die Verpackung gefüllt, die im Regal in der Frauenabteilung des Supermarkts stehen. Das ist Gender-Marketing, und zwar überwiegend auf Kosten der Frauen. Warum sollen Frauen, die ohnehin viel schlechter bezahlt werden oder in Teilzeitjob arbeiten, mehr für die gleichen Dinge bezahlen wie Männer?

(Zwischenruf Abg. Muhsal, AfD: Wer hindert Männer, pinke Rasierer zu kaufen? Niemand!)

Sie können noch mal vorgehen, Frau Muhsal.

Und deshalb finde ich diese Initiative gut, weil sie auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam macht und eben auch darauf, wie Frauen mit niedrigem Einkommen benachteiligt werden,

## (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wie Frau Ministerin ganz richtig in der Begründung zur Bundesratsinitiative ausführt. Es ist eben ungerecht und diese Debatte kann ein Zeichen setzen für mehr Gleichberechtigung.

Da darf gern ein kleiner Vergleich herhalten: Mehr als die Hälfte der EU-Länder erhebt auf Hygieneartikel einen geringeren Steuersatz als Deutschland oder besteuert Monatshygiene gar nicht wie zum Beispiel – Frau Stange hat es gesagt – Irland. Auf der ganzen Welt entwickeln Aktivistinnen nun Kampagnen, um die Steuersätze zu mindern oder abzuschaffen. Deutschland tut sich schwer, deshalb müssen wir mit solchen Initiativen etwas nachhelfen und unterstützen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Damit setzen wir ein Signal und zeigen, Periodenprodukte sind Güter des täglichen Bedarfs. Wir holen das Thema aus der Tabu-Ecke und machen Frauen und ihre Situation sichtbar.

## (Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das richtige Signal. Wenn wir das geschafft haben, bleibt nur zu hoffen, dass es beim Handel auch so ankommt und die niedrigere Umsatzsteuer nicht wieder auf den Preis aufgeschlagen wird. Da werden wir genau hinschauen, denn wir wollen einen günstigeren Preis, keinen gesteigerten Gewinn der Handelskette.

## (Abg. Pfefferlein)

Lange Rede, kurzer Sinn: Periodenprodukte sind keine Luxusprodukte. Steuern runter! Denn es ist ungerecht, wenn Frauen aus biologischen Gründen mehr zahlen und Männer die Freiheit haben, diese zusätzlichen Kosten nicht aufbringen zu müssen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# Vizepräsidentin Marx:

Für die Landesregierung erhält Frau Ministerin Werner das Wort.

## Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es wurde schon auf die Petition "Besteuerung von Periodenprodukten mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %" eingegangen. Diese Petition wurde von 81.125 Menschen unterzeichnet. Die durch diese Petition hervorgerufene öffentliche Debatte macht nicht zuletzt eines deutlich: Die bestehenden bzw. die nicht bestehenden Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuerrecht sind für die Bürgerinnen und Bürger oft nicht mehr nachvollziehbar. Vielen Dank deswegen an die Fraktion Die Linke, die das Thema zu Recht für eine Aktuelle Stunde aufgegriffen hat.

Die eingangs benannte Petition thematisiert dieses Thema und zielt auf einen Beschluss des Deutschen Bundestags ab, Periodenprodukte wie Binden, Tampons und Menstruationstassen mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent zu besteuern. Ich unterstütze diese Petition ausdrücklich, den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent zu senken.

Insofern, Herr Kowalleck, ist das jetzt auch die Antwort auf die Aktualität: Das ist eben jetzt die Petition, die im Bundestag behandelt wird. Und warum kein Antrag dazu notwendig ist: Weil die Landesregierung schon aktiv ist und an dem Antrag entsprechend arbeitet. Ich werde darauf noch eingehen.

Lassen Sie mich aber auch noch mal – Herr Pidde hat schon einige Momente der Historie benannt – auf die Historie eingehen. Einkommensunabhängige Steuern, zu denen die Mehrwertsteuer gehört, sind zunächst erst einmal ungerecht, denn die Steuerbelastung wirkt umso mehr, je niedriger das Einkommen der Betroffenen ist. Das war auch der Grund, warum ursprünglich der ermäßigte Mehrwertsteuersatz eingeführt wurde. Soziale Gründe waren ausschlaggebend; es ging darum, dass man dafür sorgen wollte, dass für jeden Menschen die Grundversorgung erschwinglich ist, dass auch das Existenzminimum für Geringverdienende gesichert ist. Insofern wurden also Güter des täglichen Bedarfs ermäßigt. Inzwischen hat sich aber eine Produktgruppe von über 50 Produkten herausgebildet. Wenn man sie sich anschaut – es wurden jetzt schon einige Beispiele benannt –, dann sieht man sehr viele Ungereimtheiten. Unverständlich ist eben unter anderem, dass Menstruationsartikel bisher mit dem allgemeinen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent besteuert werden.

Wir sollten nicht vergessen – das wurde hier auch schon benannt –, Frauen können sich nicht aussuchen, ob sie menstruieren wollen. Das heißt, dass der aktuell gültige Mehrwertsteuersatz auf die genannten Produkte Frauen aller gesellschaftlichen Schichten und finanziellen Hintergründe systematisch diskriminiert, so auch in der Petition nachzulesen.

### (Ministerin Werner)

Für Frauen mit niedrigem Einkommen ergibt sich aber eine zusätzliche Belastung. Sie werden mehrfach benachteiligt. Es wurde schon gesagt: Im Hartz-IV-Regelsatz sind gerade einmal 16 Euro pro Monat für den Bereich Gesundheitspflege vorgesehen. Damit muss der persönliche Bedarf, also Hygiene, Körperpflege, Kosmetik, realisiert werden. Auch Zahnpasta, Duschgel, Deo usw. müssen dafür gekauft werden und natürlich – auch das wurde schon benannt – auch entsprechende Menstruationsprodukte. Diese klare und systematische Diskriminierung muss künftig ausgeschlossen werden.

### (Beifall DIE LINKE)

In der Begründung der Petition wird auf eine Aussage des Bundesministeriums der Finanzen hingewiesen, nach der eine ermäßigte Besteuerung von Frauenhygieneprodukten nach EU-Vorgaben zulässig, aber nicht zwingend ist. Man habe im Rahmen einer Gesamtabwägung entschieden, von der Möglichkeit zur Anwendung des ermäßigten Steuersatzes für Hygieneprodukte insoweit keinen Gebrauch zu machen. Ich glaube, das ist nicht akzeptabel.

Thüringen wird nicht nur deshalb eine Entschließung des Bundesrats zur Überprüfung des Katalogs der Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuergesetz beantragen. Im Bundesrat wollen wir anregen, dass dieser sich für eine strukturelle Neuordnung und Überprüfung der Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuerrecht ausspricht und die Bundesregierung auffordert, die dazu notwendigen Schritte einzuleiten. Dabei sollte sowohl eine einheitlich ermäßigte Besteuerung des Grundbedarfs erreicht werden, aber auch überprüft werden, ob alle derzeitigen Ausnahmen vom regulären Umsatzsteuersatz noch zeitgemäß sind. Dabei sieht mein Ministerium insbesondere Handlungsbedarf unter anderem bei der Besteuerung von Hygieneprodukten für Frauen sowie von Pflegeprodukten und Dienstleistungen für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. In anderen EU-Staaten, beispielsweise in Frankreich und Spanien, erfolgte bereits eine Absenkung des Steuersatzes auf diese Produkte. Das europäische Parlament hat die Mitgliedsstaaten sogar aufgefordert, die sogenannte Pflege- und Tamponsteuer abzuschaffen.

Notwendig ist aber auch eine strukturelle Neuordnung und Überprüfung des Anwendungsbereichs des ermäßigten Umsatzsteuersatzes insgesamt. Genau das wird Thüringen anregen, denn die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes in der derzeitigen Ausgestaltung ist sehr kompliziert, sie führt vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten, zu Mitnahmeeffekten und missbräuchlichen Gestaltungen. Zudem hoffen wir zwar, dass eine Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes über einen entsprechend reduzierten Preis auch beim Verbraucher oder bei der Verbraucherin ankommt, aber garantieren können wir das derzeit nicht. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben diesbezüglich auch Zweifel aufkommen lassen. Insofern ist der ermäßigte Steuersatz in seiner derzeitigen Wirkungsweise oft nicht zielgenau.

Auf EU-Ebene – und da ist es auch noch mal wichtig, dass wir als Länder hier auch aktiv werden – gibt es Überlegungen, die Anwendung von ermäßigten Umsatzsteuersätzen zukünftig flexibler zu gestalten. Das wird sowohl vom Bundesrat als auch von der Finanzministerkonferenz sehr kritisch gesehen, weil es eben das System weiter verkomplizieren würde. Soweit ich weiß, diskutieren auch die Finanzministerinnen und -minister der Länder deshalb im Hinblick auf die ermäßigten

### (Ministerin Werner)

Steuersätze eine Weiterentwicklung des Umsatzsteuerrechts mit einfacheren Regeln, klaren Abgrenzungskriterien und weniger Betrugsanfälligkeit.

Bei einer Prüfung der Ermäßigungstatbestände sollte dann insbesondere eine stärkere Entlastung von Familien erreicht werden, statt sogenannte Luxusgüter wie zum Beispiel Trüffel, Sammelmünzen oder Kaviar unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz fallen zu lassen. Für die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist natürlich langfristig gesehen ein ausgewogenes und schlüssiges Gesamtkonzept notwendig. Handlungsbedarf besteht nämlich weiterhin auch bei der Besteuerung der Verpflegung in Schulen, Kindertagesstätten und vergleichbaren sozialen Einrichtungen. Diese Speisen werden nur in einem Teil der Einrichtungen ermäßigt besteuert. Die Voraussetzungen, die derzeit dazu führen, sind von den Eltern kaum zu beeinflussen. Das zeigt noch mal den Handlungsbedarf. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Marx:

Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Ich schließe den vierten Teil der Aktuellen Stunde und rufe den **fünften Teil** auf

e) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema: "Extreme Rechte an den Wurzeln packen – Rechtsrock in Thüringen konsequent bekämpfen" Unterrichtung durch die Präsidentin des Landtags - Drucksache 6/7445 -

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Abgeordneten Henfling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

# Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Aktuelle Stunde ist zwar aktuell, aber sie ist leider nicht neu. Am Wochenende findet wiederholt eine Rechtsrockveranstaltung, die "Tage der nationalen Bewegung", in Themar statt und – als würde das auch nicht ausreichen – findet wahrscheinlich auch noch das "Jugend im Sturm" – Festival der rechtsextremen Scheinpartei "Der III. Weg" in Mitteldeutschland statt, also vermutlich in Kirchheim. Und wieder werden überall Neonazis nach Thüringen strömen und kleine Ortschaften überrollen. Und für ein Wochenende wird auch unsere Aufmerksamkeit wieder auf diesen neonazistischen Komfortwelten liegen. Und ja, wir alle haben Glück, dass wir in Themar eine mutige Zivilgesellschaft haben, die sich diesen Nazis entgegenstellt und die auch an diesem Wochenende wieder Proteste gegen dieses Neonazikonzert organisiert.

## (Abg. Henfling)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist heute hier schon auch in der Aktuellen Stunde zu dem vermutlich rechtsterroristischen Mord an Walter Lübcke gesagt worden. Sie sagen das immer so und das schleift sich so ein, aber ich glaube, es ist noch mal ganz besonders wichtig zu betonen, wie wichtig das ist, die Menschen zu unterstützen, die sich gerade auch in ländlichen Regionen gegen Neonazis stellen, die dort teilweise üblen Bedrohungen ausgesetzt sind, die eben nicht einfach wegziehen und sagen können, ich verlasse jetzt meine Dorf, weil sie dort Verpflichtungen haben, weil sie dort Eigentum haben und sich trotzdem dagegen wehren. Ich glaube, in den nächsten Monaten wird es wichtig sein, dass wir diese Menschen noch viel stärker unterstützen, nicht nur hier im Parlament, sondern auch vor Ort. Ich würde mir wirklich wünschen, dass alle demokratischen Parteien in diesem Hause das ernst nehmen und diesen Menschen zur Seite stehen.

# (Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach diesem Wochenende sind zwar vielleicht erst mal die vielen Neonazis weg, aber was weiterhin da sein wird, ist die Wiese, auf der weiterhin verfassungsfeindliche und menschenverachtende Veranstaltungsformate stattfinden werden. Es wird die Nazigaststätte von Tommy Frenck immer noch da sein, in der es Liederabende geben wird und nostalgische Nazideko und die extrem Rechte wird auch weiterhin Geld verdienen und dieses in ihre Strukturen geben und diese Strukturen stärken. Und es wird der Ort bleiben mit seinen Alltagsproblemen und einer – das haben wir gemerkt, als wir in Themar waren – gespaltenen Gesellschaft. Es ist sehr wichtig, dass wir die Proteste am Wochenende unterstützen. Ich bin auch sehr dankbar, dass der Innenminister und sein Ministerium diesmal sehr gut vorgearbeitet haben, dass die Taskforce sich hier wirklich angestrengt und dafür gesorgt hat, dass wir eventuell doch einen Etappensieg erringen können.

## (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns natürlich auch ehrlich machen: Wir wissen alle, dass das nicht reicht und dass wir noch viel stärker daran arbeiten müssen, dass die Rechtsrockveranstaltungen, die ein Pfeiler neonazistischer Infrastruktur sind und auch im Übrigen rechtsterroristischer Infrastruktur darstellen, bekämpft werden. Der Hass, der auf Rechtsrockkonzerten gelebt wird, getanzt, gesungen und gegrölt wird, der endet am Ende auch in der Tötung von Menschen. Ralf Wohlleben beispielsweise, der Unterstützer des NSU-Trios war der Organisator auch des "Fest der Völker", das auch von der Zivilgesellschaft in Jena am Ende verhindert wurde.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Von Antifaschistinnen und Antifaschisten!)

Ja, von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Ich habe Zivilgesellschaft gesagt. Bei mir gehören die da dazu, Katharina.

## (Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Blood & Honour hatte mit dem NSU-Netzwerk personelle Verflechtungen, die bei verschiedenen Personen des NSU-Netzwerks festgestellt werden konnten. Und wir müssen dieses Problem erkennen, wir müssen es benennen und wir müssen vor allen Dingen die Vernetzung endlich in den Vordergrund rücken.

## (Abg. Henfling)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns Bündnisgrüne und für die rot-rot-grüne Koalitionsfraktion heißt das, dass wir konsequent und ganzheitlich gegen Rechtsextremismus und Neonazis in Thüringen vorgehen wollen. Wir müssen unseren Blick weiten. Während wir Rechtsrockkonzerte in den Fokus nehmen, dürfen wir zum Beispiel den Alltagsrassismus in Thüringen nicht aus den Augen verlieren und müssen auch weiterhin schauen, dass wir einen Blick auf die zahlreichen Nazimmobilien haben. Die Nazimmobilien sind permanent da. Sie sind dazu da, die Ideologie zu festigen, dort wird Musik produziert und werden Vernetzungen verdichtet. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zum Schluss dienen sie eben auch als Rückzugsort für Neonazis.

Wir beobachten, dass Kampfsport in Thüringen und auch deutschlandweit in der Neonaziszene eine viel größere Rolle spielt. Das sollten wir sehr genau beobachten und darauf auch einen Fokus legen. Auch da gehört es dazu, dass wir beispielsweise den Landessportbund und auch die Sportvereine stärker in den Fokus nehmen.

Letztendlich ist es aber vor allen Dingen aus meiner Sicht wichtig, den Druck, den wir jetzt auch am Wochenende auf die rechte Szene erhöhen, weiter aufzubauen. Es darf keinen Spaß machen, in Thüringen ein Rechtsrockkonzert durchzuführen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss das Ziel sein und dann werden wir auch diese Rechtsrockkonzerte in Zukunft verhindern können. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Marx:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Möller von der AfD-Fraktion.

### Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste am Livestream und – da ist ja noch jemand – liebe Gäste! Die Grünen sind wieder mal dabei, Rechtsrockkonzerten die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die sie ansonsten nie bekämen. Das kann man machen.

(Beifall AfD)

Man kann Rechtsrockteilnehmern das Bier wegkaufen, man kann es dann sogar mit linksextremen Gegendemonstranten gemeinsam wegtrinken, man kann sich auch als Amtsträger oder Landtagsabgeordneter mit Organisationen und ihren Emblemen fotografieren lassen, Schulterschluss zeigen mit solchen Organisationen, die eigentlich vom Verfassungsschutz als linksextremistisch beobachtet werden. All das kann man tun. Was man nicht tun kann ist,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie könnten mal zum Thema reden!)

dass Rechtsrockkonzerte weiterhin unter das Versammlungsrecht fallen, denn wir haben nicht ohne Grund einen weiten Versammlungsbegriff. Daran wird man so lange nichts ändern können, wie Peter Tauber nicht Bundeskanzler ist und die

## (Abg. Möller)

(Beifall AfD)

Grundrichter von ihm persönlich zugeteilt oder eben entzogen werden und die Väter und Mütter des Grundgesetzes in ihren Gräbern rotieren. Also Sie merken schon, ihrer Fixierung auf Rechtsrockkonzerte

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir merken, Sie verteidigen Rechtsrockkonzerte, Herr Möller!)

können wir nichts abgewinnen. Ich darf Sie aber beruhigen, Frau Henfling, wir gehen da nicht hin. Das liegt nämlich alles ziemlich weit neben unserem musikalischen und politischen Geschmack.

(Beifall AfD)

Das Gleiche, Frau Henfling, gilt aber auch für Linksrockkonzerte. Zum Beispiel das "Wir sind mehr"-Konzert in Chemnitz, 14 Tage nachdem Daniel Hillig dort ermordet worden ist und das sogar der Bundespräsident bewarb. Keine Ahnung, was Frank-Walter Steinmeier daran so gut findet, wenn Bands wie K.I.Z. auftreten und – nennen wir es mal – singen, ich zitiere das jetzt mal mit Erlaubnis der Präsidentin: "Sei mein Gast, nimm ein Glas von meinem Urin und entspann dich. Zwei Huren in jedem Arm mit Trisomie 21." Da frage ich mich: Was findet man an solchen Zeilen, an solchen Widerlichen Zeilen gut? Der inklusive Gedanke ist es sicherlich nicht,

(Beifall AfD)

vielleicht die Tatsache, dass diese Spezialmusikanten von K.I.Z. es immerhin geschafft haben, so etwas wie einen Reim zusammenzustammeln. Aber egal, was der Grund ist, mehrere Zehntausende linksradikale und linksextremistische Teilnehmer grölten in Chemnitz begeistert mit, als wiederum gesungen wurde, ich zitiere: "Ich war in der Schule und habe nix gelernt, doch heute habe ich einen Affen und ein Pferd." Was will ich Ihnen damit sagen?

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Textzeile ist falsch zitiert!)

Nein, die ist nicht falsch zitiert. Die habe ich aus dem offiziellen Liedtext. – Aber egal, wir wollen hier jetzt nicht in den Liedtext einsteigen, so toll ist er nicht, und ich will auch keine Exegese betreiben. Aber was will ich ihnen damit sagen? Dass ich diesen Sänger verachte, ich verachte auch den linksextremen Mob, der da mitgrölt, ich verachte auch die Organisatoren dieses Konzerts.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Verachtung haben Sie vorhin in der Aktuellen Stunde zum Mord an Herrn Lübcke nicht gezeigt!)

Ich verachte im Grunde die ganze verlogene Haltung hinter diesem Linkskonzert.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich verachte die AfD!)

Aber ich käme im Traum nicht darauf, deswegen zu versuchen, diese verachtenswerte Ansammlung zu verhindern, weil ich nämlich weiß, dass dieses Zusammentreffen genauso wie ein Rechtsrockkonzert unter die Versammlungsfreiheit fällt und dass sich auf diese Versammlungsfreiheit auch Leute berufen dürfen, die ich nicht leiden kann, ja sogar Leute berufen dürfen, die ich abgrundtief verachte. Wissen Sie, wie man das Ganze nennt? Das nennt man Toleranz.

## (Abg. Möller)

(Beifall AfD)

Man kann nämlich nur das tolerieren, Herr Adams, was einem mehr oder weniger zuwider ist. Genau das wäre auch der richtige Umgang mit Rechtsrockkonzerten, solange von ihnen keine Gefahr für die Ordnung und Sicherheit ausgeht. Und wenn das der Fall ist, kann man das mit Auflagen bekämpfen oder das Konzert als Ultima Ratio sogar verbieten.

(Beifall AfD)

Man hätte also entsprechende Möglichkeiten damit umzugehen und könnte sich deswegen um die wirklichen Probleme in diesem Land kümmern. Mit Sicherheit sind das nicht Rechtsrockkonzerte. Ich kann Ihnen also wirklich mal empfehlen, wenn jetzt Wahlkampf ist, gehen Sie mal auf die Leute draußen zu, erklären Sie denen mal, was für eine wichtige Rolle Rechtsrockkonzerte für Sie spielen bei der Durchsetzung von innerer Sicherheit beispielsweise. Sie werden von den Leuten einiges zu hören bekommen, denn die trauen sich nicht mehr in die Freibäder, die haben so einen Hals auf Clankriminalität,

(Beifall AfD)

die haben Angst vor Messerangriffen. Aber Rechtsrockkonzerte, ganz ehrlich, wenn so ein paar Sonderlinge ihre Musik abspielen, das ändert diese Gesellschaft nicht, das ändert diese Gesellschaft genauso wenig wie die Linksrockkonzerte.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Ihr Problem, Rechtsextreme sind bei Ihnen Sonderlinge!)

Deswegen empfehle ich ihnen einfach: Schauen Sie weg, bleiben Sie tolerant und kümmern Sie sich um die wahren Dinge in unserer Gesellschaft!

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Keine Toleranz für Intoleranz! Niemals!)

#### Vizepräsidentin Marx:

Die nächste Rednerin ist Frau König-Preuss, Fraktion Die Linke.

#### Abgeordnete König-Preuss, DIE LINKE:

Ich muss kurz erst mal das klarziehen, dass hier gerade von der AfD gesagt wurde "Schauen Sie weg" im Hinblick auf Rechtsrockkonzerte, von denen zumindest der überwiegende Teil der Abgeordneten hier im Hause, glaube ich, sehr wohl wissen, wohin sie, diese Rechtsrockkonzerte, führen können. Ich will es mal an einem Beispiel machen. Am Freitagabend spielt in Themar "Oidoxie". "Oidoxie" ist die deutsche "Combat 18"-Band. "Combat 18" ist der militante und bewaffnete Arm von "Blood and Honour". "Blood and Honour" wurde im Jahr 2000 verboten, "Combat 18" nicht, was alle, die sich damit beschäftigen, nicht nur irritiert, sondern bis heute fragen lässt, was

## (Abg. König-Preuss)

bitte damals eigentlich das Bundesinnenministerium gemacht hat und warum der militante und bewaffnete Arm "Combat 18" nicht verboten wurde. Diese Band spielt am Freitag, diese Band zieht natürlich "Combat 18" Mitglieder an und ich sage bewusst "Mitglieder", auch wenn so einige Sicherheitsbehörden die Strukturen bis heute nicht erkennen wollen und sagen, es würde sich nur um lose, um einzelne Personen handeln, unter anderem in Thüringen seien es nur Einzelpersonen und keine Struktur.

Wir fordern schon länger, nicht erst seit dem Mord an Herrn Lübcke, das Verbot von "Combat 18". Ich will aber nicht bei "Combat 18" nur bleiben, übrigens der Kopf von "Combat 18" in Deutschland wohnt seit einigen Monaten in Eisenach. Vielleicht wäre es auch sinnvoll, da mal etwas dagegen zu tun, und vielleicht sollte dieses An-den-Wurzeln-Bekämpfen auch bedeuten, dass man die Oberbürgermeisterin in Eisenach in ihrem Engagement gegen die NPD unterstützt, anstelle sie dafür zu kritisieren,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass sie Patrick Wieschke, der unter anderem wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag verurteilt wurde, nicht die Hand gibt. Da die AfD aber sich hier mit ihrer Rede mal wieder so schön ins rechte Abseits gestellt hat und meinte, man könne ja wegschauen und es hätte ja alles gar nichts mit irgendwas zu tun, will ich mal einen Hinweis geben. Der geständige Mörder von Herrn Lübcke war unter anderem Mitglied der Artgemeinschaft, einer völkischen Organisation. In dieser völkischen Organisation ist zum Beispiel Ralf Wohlleben, nachdem er letztes Jahr aus der Haft freigekommen ist, aufgenommen worden. Er lebt mittlerweile bei dem Chef der Artgemeinschaft in der Nähe von Thüringen. Sie haben einen Mitarbeiter angestellt, der auch Mitglied der Artgemeinschaft war. Der war aber nicht nur Mitglied der Artgemeinschaft, der war auch Mitglied der FAP, einer verbotenen Neonazipartei, der Wiking-Jugend und der Nationalistischen Front.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Lügen Sie doch nicht so rum!)

Wissen Sie was? Zeigen Sie mich an. Klagen Sie auf Unterlassung!

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie haben Immunität! Ich bin nicht so dumm!)

Und sorgen Sie dafür, dass Sie das, was Sie hier sonst in diversen Reden probieren, auch in der Praxis umsetzen, und das bedeutet, Mitarbeiter, die in mehreren Neonaziorganisationen über Jahre hinweg tätig waren, nicht im Thüringer Landtag zu beschäftigen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde das, was die Thüringer Landesregierung jetzt in Themar für das Wochenende macht, richtig gut. Und ich bin, glaube ich, keine, die oft irgendwas gut findet, wenn es aus dem Innenministerium kommt, sondern bin eher für eine kritische Perspektive bekannt,

(Heiterkeit DIE LINKE)

insofern hoffe ich, dass die Anerkennung, insbesondere an die neu gegründete Taskforce, da auch ankommt und an die Menschen geht, die sich dafür eingesetzt haben, die diese Taskforce errichtet haben und die das jetzt auch umsetzen.

(Beifall DIE LINKE)

## (Abg. König-Preuss)

Die Taskforce wird allerdings nicht verhindern können, was am Wochenende in Themar geschieht, was am Wochenende in Kirchheim geschieht, was am Wochenende zumindest in Teilen möglicherweise auch beim sogenannten Flügeltreffen geschieht, das gibt es ja auch noch. Und wenn es darum geht, Rechtsrock, Neonazis an den Wurzeln zu bekämpfen, dann heißt das, nicht erst dann anzufangen, wenn sie mit Combat-18-Tätowierungen auf dem Kopf wie ein bekannter Thüringer Neo-Nazi herumlaufen, sondern es bedeutet im ganz Kleinen anzufangen. Herr Walk, das richtet sich jetzt konkret an Sie, in Eisenach ist das Problem weder Die Linke noch Antifaschistinnen und Antifaschisten. In Eisenach ist das Problem rechts.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten in Eisenach Ihren Fokus darauf richten, mit denen, die sich gegen rechts engagieren, gemeinsam dagegen vorzugehen und nicht mit einer dauerhaften Kritik aufzufallen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Marx:

Als nächster Redner erhält das Wort Abgeordneter Walk von der CDU-Fraktion.

### Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werter Besucher! Frau Kollegin König-Preuss, was Sie zum Schluss eingeworfen haben mit der dauerhaften Kritik, kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Fakt ist, dass es in Eisenach ein erhebliches Problem im Bereich rechts gibt, dass alle Demokraten aufgefordert sind, sich darum zu kümmern, dass die Situation geändert wird.

Zum Thema: Die Ausgangslage ist bekannt. Am 5. und 6. Juli 2019 findet in Themar das Rechtsrockfestival "Tage der nationalen Bewegung" statt. Ich gehe davon aus, dass die vom Anmelder angegebene Zahl von 800 Teilnehmern ähnlich wie bei den vorausgegangenen Veranstaltungen wesentlich höher ausfallen wird. Klar ist leider auch: Erneut werden Teilnehmer aus der gut vernetzten Rechtsextremisten-Szene aus ganz Europa nach Themar anreisen. Wir wissen auch nicht erst seit heute: Der Freistaat gilt schon seit längerer Zeit als zentraler Anziehungs- und Veranstaltungsort für Neonazis. Die Zahl rechter Konzerte ist in den letzten fünf Jahren massiv angestiegen. Sie liegt derzeit bei etwa 60 Konzerten im Jahr mit Teilnehmerzahlen im fünfstelligen Bereich.

Auch dass diese Veranstaltung zur weiteren Vernetzung und Radikalisierung genutzt wird und dabei noch Gewinne erzielt werden, die dem weiteren Auf- und Ausbau rechter Strukturen dienen, ist hinlänglich bekannt und unerträglich. Wir als CDU wollen verhindern, dass Rechtsextremisten unter dem Deckmantel der Versammlungs- und Meinungsfreiheit mit kommerziellen Pseudomusikveranstaltungen Profite machen und dabei noch mit Liedern, Texten, Symbolen Demokratie und Menschenwürde gleichzeitig herabwürdigen.

Daher haben wir auch unser Versammlungsgesetz im Mai in den Landtag eingebracht und es sollte in Thüringen den Grundstein für ein modernes Versammlungsrecht legen und für kommunale Aufsichtsbehörden größere Rechtssicherheit schaffen.

## (Abg. Walk)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh bitte! Könnt ihr euch mal ernst-haft damit auseinandersetzen?)

Aber alle anderen Fraktionen haben sich der inhaltlichen Diskussion in den Fachausschüssen leider verweigert und den Gesetzentwurf letztlich ganz abgelehnt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter zum Teil schwierigen Bedingungen leisten die Kommunen vor Ort und unsere Sicherheitsbehörden schon jetzt engagiert ihren Beitrag für unsere Demokratie. Dafür gebühren ihnen auch gerade von dieser Stelle aus unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall CDU)

Das Gleiche gilt ausdrücklich auch für das bürgerschaftliche Engagement vor Ort. Ich finde es auch wichtig und zielführend, dass die Polizeiführung im Beisein von Ihnen, Herr Innenminister, in der Einwohnerversammlung vorgestern ihr Einsatzkonzept öffentlich darlegt und sich auch den kritischen Fragen der Bürger stellt. Die kontinuierliche Beobachtung und Überwachung, die Erteilung von Auflagen und Platzverweisen, die konsequente Verfolgung von Straftätern sind wichtige und geeignete Einsatzmaßnahmen, um das extremistische Wohlgefühl nachhaltig zu schmälern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU steht klar gegen Extremismus und wir wollen konsequent extremistische Zusammenkünfte verhindern oder diese zumindest erschweren. Dazu brauchen Verfassungsschutz, Polizei, Versammlungsbehörden unsere gemeinsame Unterstützung. Vor allem müssen Sicherheitsbehörden und insbesondere der Verfassungsschutz nachhaltig auch personell gestärkt werden, um die Erkenntnislage, die Überwachung und den Verfolgungsdruck stetig und dauerhaft zu erhöhen.

Abschließend ein Wort zum Polizeieinsatz. Die Polizeiführung hat sich für ein sogenanntes offensives Einsatzkonzept entschieden, Herr Minister. Es ist davon auszugehen, dass die Einsatzlage am Wochenende wieder einmal sehr komplex, äußerst schwierig und auch dynamisch sein wird. Wir wissen auch nicht, ob es Ersatzveranstaltungsorte geben wird. Das macht das Ganze noch schwieriger. Ohnehin hat ja die Polizei die besonders sensible und schwierige Aufgabe, stets folgenden schwierigen Spagat hinzubekommen: auf der einen Seite nämlich die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit und auf der anderen Seite der Waage die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Dazu sage ich von hier aus: Ich wünsche dabei viel Erfolg. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

#### Vizepräsidentin Marx:

Als nächste Rednerin erhält das Wort Frau Abgeordnete Lehmann von der SPD-Fraktion.

#### Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, das Thema "Rechtsrock", nicht nur in Themar, sondern überall in Thüringen, hat uns in den vergangenen Jahren hier im Parlament immer wieder beschäftigt. Jetzt kann man sich im Vorfeld immer die Frage

## (Abg. Lehmann)

stellen, ob das zielführend ist, dass wir das hier jedes Mal wieder diskutieren. Aber wenn es nach wie vor Fraktionen gibt, die der Meinung sind, dass es eine Kultur des Wegschauens geben müsste und man sich nicht aktiv damit auseinandersetzen sollte, dann bin ich mir doch sicher,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Wenn es die Gerichte nicht verhindern können, was wollen Sie da machen?)

dass die Auseinandersetzung hier im Parlament und auch hier in der Landesregierung kontinuierlich notwendig ist.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und es ist auch deswegen notwendig, nicht nur, weil wir damit auch permanent überregionale Schlagzeilen haben, weil es kein Bundesland gibt, in dem es so viele Rechtsrockkonzerte gibt, wie in Thüringen, sondern es ist auch notwendig, dass wir als Politikerinnen und Politiker und auch als Parlament uns bewusst machen, dass wir hier ein Problem haben und dass wir tatsächlich kontinuierlich eine Auseinandersetzung damit brauchen. Was es aber auch braucht – und das ist, glaube ich, gerade im Vorfeld des großen Nazikonzerts am Wochenende notwendig –, ist noch mal zu erwähnen, dass wir natürlich ein starkes Engagement vor Ort brauchen. Ich bin froh, dass sich in und rund um den kleinen Ort Themar dann ein sehr aktives Bündnis gegründet hat und dass die schon seit zwei Jahren jetzt inzwischen da auch versuchen, dieses Konzert zu verhindern, bzw. auch einen aktiven und bunten Protest dagegen ausüben und eben sehr wohl zeigen, dass es auch die Menschen vor Ort sind, die nicht wollen, dass Nazis in ihrem Ort demonstrieren, und auch zeigen wollen, dass Thüringen eben ein offenes und tolerantes Bundesland ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen darüber hinaus aber auch ein konsequentes Handeln der Verwaltung. Da bin ich sehr froh über die Entwicklung, die wir in diesem Jahr in Themar haben. Und wir brauchen eine starke Unterstützung im Land und ich glaube, dass wir gerade in diesem Jahr sehen – und das hat meine Kollegin Katharina König-Preuss ja schon angesprochen –, dass die Task Force, die es im Innenministerium gibt, tatsächlich wirkt, und auch, dass das Engagement, das der Innenminister in den letzten beiden Jahren da an den Tag gelegt hat, eben jetzt auch tatsächlich Früchte trägt. Dafür bin ich sehr dankbar und darüber bin ich froh, weil es natürlich zeigt, dass es nicht ganz umsonst ist, diesen Kampf zu führen, sondern dass wir sehr wohl, wenn es auch kleine Erfolge sind, manchmal kontinuierlich auch Erfolge feiern.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was nichts hilft, und darauf will an der Stelle auch noch mal eingehen, ist, ein Versammlungsgesetz einzubringen, das am Ende nicht dazu führt, dass es mehr Rechtssicherheit gibt, sondern lediglich dazu führt, dass das Versammlungsrecht insgesamt eingeschränkt wird. Das haben wir ja auch hier im Haus schon ausführlich im Rahmen der Gesetzesnovelle, die die CDU hier vorgebracht hat, diskutiert. Und Sie wissen auch, warum wir dieses Gesetz abgelehnt haben. Wenn es Ihnen wichtig ist, diese Debatte noch mal ausführlicher zu führen, können Sie das gerne hier im Hause, aber auch natürlich im Ausschuss kontinuierlich tun. An unserer Position wird es schlicht und ergreifend nichts ändern.

## (Abg. Lehmann)

Was ich mir wünsche, ist, dass am Wochenende möglichst viele Demokratinnen und Demokraten nach Themar gehen und dort eben für Toleranz, für Menschenwürde demonstrieren und zeigen, dass die Demokratinnen und Demokraten in Thüringen geschlossen stehen und dafür kämpfen, dass wir hier in einem guten Bundesland und gut miteinander leben können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Marx:

Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten sehe ich nicht. Für die Landesregierung erhält das Wort Herr Minister Maier.

# Maier, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die flächendeckende Verbreitung rechtsextremistischer Musikveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet zeigt, dass sich die Szene stabilisierende und mobilisierende Funktion rechtsextremistischer Musik – in welcher Form- und Veranstaltungsart auch immer – in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgebaut hat.

Wie bereits in den letzten Jahren fanden auch im Jahr 2018 die großen Musik- und Rednerveranstaltungen der rechtsextremistischen Szene im Bundesgebiet beinahe ausschließlich in Sachsen und Thüringen statt. Mit Bedauern ist festzustellen, dass unser Freistaat auch aufgrund seiner zentralen Lage und hier ansässiger Veranstalter auch weiterhin Austragungsort für derartige Großveranstaltungen mit Rechtsrockcharakter ist. Es ist dennoch nicht hinnehmbar, dass sich weiterhin Neonazis bei sogenannten Konzerten unbehelligt versammeln und zusammen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die in ihr lebenden Menschen hetzen. Dasselbe gilt natürlich für die zahlreichen kleineren Veranstaltungen, die wir ebenfalls im Auge haben. Die rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, die sogenannten Rechtsrock-Konzerte, sind zwar nur eine Ausprägung extremistischer Umtriebe, zeigen aber das hohe Mobilisierungspotenzial und, ganz wichtig, die Finanzkraft und die Gesinnung der Szene.

Die Attraktivität dieser Musikveranstaltungen resultiert aus ihrer weitgehenden Verbotsfestigkeit. Die vermehrte Paarung von Musik und Redebeiträgen bezweckt einerseits, die Attraktivität gegenüber den reinen Vortragsveranstaltungen zu steigern und so politische Reden von einem tendenziell größeren Publikum zum Vortrag bringen zu können. Zum anderen dienen die Redebeiträge dazu, die Veranstaltung unter den Schutz der grundgesetzlich garantierten Versammlungsfreiheit zu stellen. Die damit verbundenen Erschwerungen von behördlichen Auflagen und Verboten ist besonders für Großveranstaltungen von essenzieller Bedeutung, denn diese Veranstaltungen werden gerichtlich häufig als Versammlung nach Artikel 8 Grundgesetz bewertet und stehen unter diesem Schutz. Durch die angemeldeten Auftritte von Rednern erhalten die Veranstaltungen den Charakter einer politischen Versammlung und sind im Gegensatz zu rein kommerziellen Musikveranstaltungen kaum zu verbieten, sondern werden in der Regel mit Auflagen versehen. Der Rechtsstaat, seine Vertreter und die Gesamtgesellschaft müssen hier ansetzen und die Verbreitung rechtsextre-

### (Minister Maier)

men Gedankenguts verhindern. Rechtsextremisten sind in die Schranken des Rechts zu verweisen.

Der Handlungsspielraum der Landesregierung sowie der jeweils zuständigen Behörden ergibt sich aus den rechtlichen Vorgaben des Versammlungsgesetzes und wird in vollem Umfang zur Begrenzung solcher Aktivitäten ausgeschöpft. So hat sich die Landesregierung nachdrücklich dafür eingesetzt, die Rahmenbedingungen für rechtsextremistische Aktivitäten in Thüringen zu erschweren. Wesentlicher Punkt ist dabei die heute schon öfter angesprochene Einrichtung der Taskforce "Versammlungslagen" im Thüringer Innenministerium, die die Versammlungsbehörden der Kreise bei der Bescheiderstellung unterstützt. Sie bündelt zentral die Informationen von Versammlungsbehörden, Polizei, Landesverwaltungsamt, Amt für Verfassungsschutz, den Vertretern des öffentlichen Interesses und betroffenen Gemeinden in einem Netzwerk, bei Bedarf weiterer Ministerien und Behörden. Sie beobachtet das Versammlungsgeschehen, wertet es rechtlich und operativ aus, erarbeitet innovative Lösungsansätze, unterstützt die Versammlungsbehörden bei komplexen Versammlungslagen, koordiniert als Schaltstelle die Zusammenarbeit von Versammlungsbehörden, Gemeinden, Städten, Landesverwaltungsamt, Polizei, Verfassungsschutz und anderen Fachbehörden. Die Taskforce nimmt eigene Vor-Ort-Termine gemeinsam mit den zuständigen Behörden war. Sie nimmt regelmäßig an der wöchentlichen Sicherheitslage in der Landespolizeidirektion, an den Sitzungen in der Thüringer Informations- und Auswertungszentrale von Polizei und Amt für Verfassungsschutz und anderen Dienstberatungen teil. Zudem begleitet die Taskforce Klage- und Eilverfahren bei den Verwaltungs- und Zivilgerichten und leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder zur grundsätzlichen Klärung offener Rechtsfragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen ersten, wie ich finde, durchaus bemerkenswerten Erfolg konnte die Taskforce im aktuellen Fall Themar erringen. Das erstinstanzliche Urteil – und ich betone, es war die erste Instanz, natürlich ist das Urteil anfechtbar bzw. noch nicht rechtskräftig, durch höhere Instanzen wird das wahrscheinlich noch mal beschieden –, das VG Meiningen, bestätigte erstmals mehrheitlich die erteilten Auflagen im Rahmen des Versammlungsgesetzes. Von besonderer Bedeutung ist hierbei insbesondere das strikte Alkoholverbot. Darüber hinaus ist die Feststellung des Gerichts, dass es sich um eine "Versammlung unter freiem Himmel" handelt, von entscheidender Bedeutung. Klingt wie ein juristisches Detail, ist aber von großer Bedeutung. Hätte das Gericht den Versuch der Anmelder, die Veranstaltung als "Versammlung in geschlossenen Räumen" zu deklarieren, Erfolg gehabt, wären Auflagen auch bei zukünftigen Veranstaltungen nur noch sehr eingeschränkt möglich gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sicherheitsbehörden beobachten die Lage und Entwicklung und halten den hohen behördlichen Druck auf die rechtsextremistische Szene weiter aufrecht. Auch führt die Landesregierung zugleich ihre Aktivitäten, die auf die Verdrängung von rechtsextremistischem Gedankengut in der Gesellschaft gerichtet sind, fort.

Erlauben Sie mir noch einen Nachsatz an die Adresse der Rechtsextremisten: Dass ein Innenminister auch mal Emotionen zeigt, heißt nicht, dass er im Kampf gegen Rechtsextremismus weich wird. Das Gegenteil ist der Fall. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

# **Vizepräsidentin Marx:**

Vielen Dank, Herr Minister. Ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt.

Bevor ich das Plenum schließe, weise ich Sie noch einmal darauf hin, dass morgen früh um 8.00 Uhr der Untersuchungsausschuss 6/3 zu einer außerplanmäßigen Sitzung im Raum F202 zusammentritt.

Ich schließe jetzt die Plenarsitzung und darf Sie morgen früh um 9.00 Uhr alle wohlbehalten hier wieder begrüßen. Einen guten Abend.

Ende: 18.52 Uhr